Frankreichs Kriegsziel

SAINVILLE
Frankreichs Kriegsziel

Jacques Bainville / Frankreichs Kriegsziel

Jacques Bainville

Frankreichs Kriegsziel

LES CONSÉQUENCES POLITIQUES
DE LA PAIX

Mit einer Einleitung von
Prof. Dr. Friedrich Grimm

40. Tausend

Hanseatische Verlagsanstalt Hamburg

Aus dem Französischen übertragen von
Albrecht Erich Günther

*

Gedruckt in der Hanseatischen Verlagsanstalt Aktiengesellschaft, Hamburg-Wandsbek
Copyright 1939/1940 by Hanseatische Verlagsanstalt Aktiengesellschaft, Hamburg 36
Printed in Germany

Man kann den Folgen nicht entgehen; Aber wer eine Grube macht, der wird selbst darein fallen; und wer den Zaun zerreißet, den wird eine Schlange stechen. Prediger Salomo, Kapitel 10, Vers 8.

Zur Einführung

Zu den modernen französischen Historikern, die den größten Einfluß auf ihre Volksgenossen ausübten, gehört zweifellos Jacques Bainville, dessen „Geschichte Frankreichs" heute in 268 Auflagen verbreitet ist.

Für uns Deutsche ist Jacques Bainville der Mann, der während des Weltkrieges einer der geistigen Führer des integralen französischen Nationalismus war, die sich die Wiederbelebung der historischen Politik Frankreichs zum Ziel gesetzt hatten, die in der Verhinderung der deutschen Einheit das ewig gleichbleibende Ziel aller französischen Politik sieht.

In seinem Buch „Histoire de deux peuples" hat er die „historische", „traditionelle" oder „klassische Politik" Frankreichs von der ersten Königszeit bis heute in der einfachsten und klarsten Form dargestellt. Dieses Buch, das 100 Auflagen erlebt hat, erschien mitten im Kriege, im April 1915, und hat für die geistige Vorbereitung des Willens zu einem „Siegerfrieden" in Frankreich eine verhängnisvolle Rolle gespielt. Es diente dazu, der öffentlichen Meinung in Frankreich das Prinzip des Westfälischen Friedens wieder nahezubringen, das nach Bainville Richtschnur und Vorbild für den Frieden nach dem Weltkriege sein sollte. Deutschland sollte wieder, wie im Frieden von Münster und Osnabrück, in seine kleinsten Teile zerlegt werden. Sinn und Zweck des Großen Krieges war für Bainville die Wiederzerstörung von Bismarcks Werk und die Wiederzertrümmerung der deutschen Einheit, die er als eine „anormale Erscheinung", ein

Grundübel und eine Bedrohung der französischen Ruhe und Sicherheit ansah.

Mit dieser Auffassung befand sich Jacques Bainville in Übereinstimmung mit der historischen Schule seiner Zeit, mit Ernste Lavisse, Gabriel Hanotaux, aber auch mit der ganzen sonstigen Oberschicht Frankreichs, die die Geisteshaltung des französischen Volkes während des Weltkrieges bestimmte, mit dem Frankreich der Revanche, mit Männern wie Clemenceau, Poincaré, Maurice Barrès, Charles Maurras und anderen, die, blind für jeden Fortschritt, unbeirrbar noch in den Vorstellungen des 17. Jahrhunderts wurzelten, das Frankreich eine alles beherrschende Vorzugsstellung in Europa gesichert hatte.

Das ist jene Oberschicht, deren Elite in der Académie Française vereint ist, dem konservativsten Element des französischen Geisteslebens. Es ist kein Zufall, daß Jacques Bainville als Nachfolger Poincarés in die französische Akademie seinen Einzug hielt, wie Charles Maurras, der heute als einer der Überlebenden aus seinem Mitarbeiterkreis sein Werk fanatisch fortsetzt, als jüngstes Mitglied in die Akademie aufgenommen wurde.

Die französische Politik hat 1919 in Versailles ihr Ziel, die Wiedererrichtung der Deutschländer, nicht erreicht, obwohl Clemenceau sich alle Mühe gegeben hatte, die deutsche Einheit zu zerschlagen.

Deshalb wandte sich Jacques Bainville gegen ihn mit einem Buch, das er 1920 herausgab, und das den Titel trägt: „Les conséquences politiques de la paix.“ Schonungslos deckte Jacques Bainville die Mängel auf, die diesem Friedensinstrument anhafteten und den baldigen Zusammenbruch des ganzen Kartengebäudes zur Folge haben müßten.

„Clemenceau war", so schreibt Bainville, „als Mann des Krieges nicht für den Frieden vorbereitet. Er dachte nur daran, Deutschland soviel Böses wie möglich zuzufügen. Seinem Haß fehlten indessen Kenntnisse und klare Sicht." Der Hauptvorwurf, den Jacques Bainville gegen Clemenceau richtet, ist deshalb der, daß er, nachdem ihm die völlige Zerstückelung des Bismarckreiches im Inneren nicht geglückt sei, an den Grenzen überall die Zerstückelung der deutschen Einheit versucht habe. Völlig nutzlos, da diese Zerstückelung der Grenzmarken Deutschland nur unnötig gedemütigt und die Gefahr neuer Kriege heraufbeschworen habe. Er wendet sich scharf gegen die Randstaaten- und Einkreisungspolitik, durch die Clemenceau im Osten „Gegengewichte" gegen Deutschland schaffen wollte, Staaten, die dazu bestimmt waren, Deutschland vom Rücken her in Schach zu halten. Er spricht verächtlich von diesem Versuch, das Nationalitätenprinzip mit dem Gleichgewichtsprinzip zu versöhnen. Hier sei ein Problem der Mechanik durch eine Metapher gelöst worden, durch das Gleichnis vom „Gürtel" oder der „Barriere" (S. 54). Man habe Deutschland mit einem „Rosenkranz aus lauter kleinen Serbien umgürtet".

Vor allem wendet sich Bainville gegen die Lösung, die die polnische Frage in Versailles gefunden hat. Der Friedensvertrag, so sagt er, habe Deutschland zugunsten von Polen zerstückelt, im Osten, an einem besonders empfindlichen Punkt, der völlig außer Reichweite der Verbündeten liege. Das sei um so gefährlicher, als die Bevölkerungsdichte Polens nur ein Drittel derjenigen Deutschlands betrage, und seine Stärke nicht einmal auf den zwanzigsten Teil der Stärke Deutschlands geschätzt werden dürfe, wenn man die inneren Schwächen des polnischen Staates und seine gefährdete Lage in Betracht ziehe. Deutschland brauche nur seine Tatze auszustrecken, um die ostpreußische Insel wieder an

sich zu ziehen. In diesem Bild könne man das kommende Unheil Polens und Europas erkennen (S. 53). Für die neuen Staaten wie Polen und die Tschecho-Slowakei könne Deutschland immer nur Drohung oder Anziehungspunkt sein. Für Polen gebe es überhaupt keine Wahl, nur Kampf bis zum Tode (S. 54).

Voll Angst fragt sich Bainville im Jahre 1920: „Wie wird Deutschland wohl in 15 Jahren aussehen?"

Das Buch von Bainville ist 1935 in einunddreißigster unveränderter Auflage von Pierre Gaxotte, der auch ein Mitglied der gleichen Schule ist, mit einem Geleitwort versehen worden, in dem Pierre Gaxotte seinen Meister als einen Propheten verherrlicht, der die Zukunft vorausgesehen habe. Das Buch wird heute, seit Beginn des neuen Krieges, in Frankreich und den Ländern französischer Sprache wieder in besonderem Maße herausgestellt als ein „prophetisches Buch", das alle Franzosen kennen müßten.

Es ist in der Tat ein prophetisches Buch, an dem auch wir Deutsche nicht vorübergehen können, weil Jacques Bainville, wie ein Neutraler einmal gesagt hat, ein „Zeuge gegen sich selbst" ist, weil er besser, als dies ein Deutscher könnte, die ganze Befreiungspolitik des Führers unfreiwillig rechtfertigt und uns eine Fülle von Argumenten gibt, gleichzeitig aber auch die Geistesverfassung in Frankreich uns deutlich werden läßt, mit der eine Verständigung unmöglich ist, die wir aber kennen müssen, wenn wir verstehen wollen, weshalb es trotz des Friedenswillens der Völker immer wieder zu kriegerischen Konflikten zwischen Deutschland und Frankreich gekommen ist.

Ein prophetisches Buch!

Wie klingen für uns heute Ausführungen wie die, wo Bainville 1920 von den Deutschen spricht „mit einem einzigen Führer an ihrer Spitze, der sie lehren wird, ihre Ketten

zu brechen"! (S. 31.) Oder der andere Ausspruch, der heute schon zum geflügelten Wort im französischen Schrifttum geworden ist, daß der Frieden von Versailles „zu milde war für das, was er an Härten enthielt"! (S. 46.) Oder der Satz, daß der „Friedensvertrag von Versailles den ewigen Krieg organisiert" habe (S. 57). Oder das Wort, daß „das Frankreich der großen Revolution im Laufe einer seltsamen Umkehr der Dinge zum reaktionärsten Lande der Welt geworden" sei (S. 121).

Der Weg Deutschlands ist nach Jacques Bainville klar vorgezeichnet. Seine Befreiung werde ihren Anfang im Osten nehmen (S. 182). Sogar die Reihenfolge der einzelnen Akte der deutschen Befreiung sieht Jacques Bainville richtig voraus: Zuerst die Wiedervereinigung Österreichs mit Deutschland, dann die Heimkehr der Sudetendeutschen, dann Danzig und der Korridor.

Von Österreich sagt Jacques Bainville, daß die Logik des Nationalitätenprinzips verlangt hätte, daß das eigentliche Österreich mit dem übrigen Deutschland vereinigt würde (S. 96). Wenn dann Prag oder Warschau Frankreich zu Hilfe rufen würden, könne Frankreich nicht helfen. Wenn die Stunde komme, werde Deutschland im Osten machen können, was es wolle.

Jacques Bainville hat auch richtig erkannt, daß Deutschland und Italien sich zu gemeinsamer Arbeit zusammenfinden würden, weil Deutschland und Italien aus dem Weltkriege besiegt und niedergeworfen hervorgegangen seien (S. 155) und deshalb bei den meisten Italienern der Gedanke vorwalte, daß eine Solidarität zwischen Deutschland und ihrem Vaterlande bestehe (S. 150).

Auch die kommende deutsch-russische Zusammenarbeit hat er richtig vorausgesehen. Der Versailler Vertrag habe das Bündnis zwischen Deutschland und Rußland geknüpft. Dar-

über dürfe man sich nicht täuschen. In dem Augenblick, in dem man zwischen Deutschland und Rußland auf Kosten beider Länder ein Polen wiederherstellte, sei die Gemeinsamkeit der Interessen und Empfindungen begründet gewesen. Polen scheine geradezu dazu erfunden zu sein, um die Annäherung zwischen Deutschland und Rußland zu beschleunigen (S. 136/137). Zwischen Deutschland und Rußland seien Verträge überflüssig. Polen führe sie zusammen (S. 139).

Er sieht auch den Zusammenbruch Polens voraus, dessen Widerstandskraft gegenüber dem doppelten Flankendruck, dem es in nahe bevorstehender Zukunft ausgesetzt sein werde, offensichtlich gering sei. Als Pufferstaat zwischen Rußland und Deutschland gedacht, verfüge es nicht über die Mittel, die es für diese Rolle nötig habe (S. 140). „Wir werden an ihm ein schweres Gewicht mitzuschleppen haben und müssen froh sein, wenn es nicht unterliegt, wie es schon früher einmal unterlegen ist" (S. 144).

Die Verantwortung für den neuen Krieg erscheint durch dieses Buch Jacques Bainvilles in klarem Licht. Ganz allgemein sagt Bainville, daß Deutschlands Kampf gegen Versailles berechtigt sei, und daß es in diesem Kampf sehr viel stichhaltigere Gründe für die Revanche habe, als sie früher Frankreich hätte geltend machen können (S. 103). Er untersucht aber auch die Frage, wer im künftigen Kriege der „Angreifer" sein werde und führt hierzu (S. 182) folgendes aus: „Ein indirekter Angriff, dessen Opfer ein uns befreundetes und verbündetes Land wäre (man denke vor allem an das stets gefährdete Polen), eine Annektion, gar wenn sie sich ohne Anwendung von Gewalt vollzöge (wie etwa in Österreich) — die in gefährlicher Weise das Gebiet und die Kräfte Deutschlands vermehrte —, alle diese Fälle, deren Rückwirkungen wir doch zu spüren bekommen

werden, wenn wir untätig bleiben, fallen unter die Kategorie derer, in denen wir wegen unserer Intervention als die Angreifer betrachtet werden würden."

Ganz abgesehen davon, daß Deutschland Polen nicht angegriffen hat, zeigt diese Ausführung des französischen Nationalisten deutlich, daß, selbst wenn der militärische Einmarsch deutscher Truppen in Polen ein Angriff wäre, er Frankreich gegenüber nur als ein „indirekter Angriff" bezeichnet werden könnte, d. h. als Angriff gegen einen Verbündeten, und die Intervention Frankreichs zugunsten dieses Verbündeten Frankreich Deutschland gegenüber immer zum „Angreifer" stempeln werde.

Der letzte Grund für den neuen Krieg aber liegt in Versailles. Jacques Bainville sieht es als berechtigt und natürlich an, daß Deutschland gegen Versailles ankämpfen werde. Er sagt, alle Wahrscheinlichkeit spreche dafür, daß Deutschland es als seine Aufgabe empfinde, sich vom Versailler Vertrag zu befreien und ihn zu vernichten; und zwar mit allen Mitteln, die einem Volk von 60 Millionen bleiben können, das seine Ketten brechen wolle (S. 98).

Im übrigen hat Jacques Bainville die entscheidende Bedeutung des deutsch-französischen Problems wie selten ein anderer französischer Schriftsteller erkannt. „Unsere Außenpolitik bleibt", so sagt er (S. 186), „endgültig durch die deutsche Frage bestimmt", durch ein „Deutschland — das ist der unermüdlich wiederholte Kehrreim dieses Buches —, das zwanzig Millionen Einwohner mehr zählt als wir."

Aus dieser klaren Erkenntnis zieht aber Bainville nicht die naheliegende Schlußfolgerung, daß nur eine ehrliche Verständigung mit Deutschland die Sicherheit Frankreichs verbürgen könne. Er lehnt die deutsche Einheit ab. Er glaubt immer noch, sie zerstören zu können. Mit einem einigen Deutschland gibt es für ihn keine Verständigung, ja nicht

einmal eine Entspannung (S. 186). Daß Thiers nach 1871 die Politik der Zusammenarbeit und Annäherung an Deutschland versucht hat, rechnet er ihm als Fehler an. Das sei der Weg, der später zu Caillaux geführt habe (S. 80). Als ob der Versuch eines ehrlichen Ausgleichs zwischen beiden Ländern ein Verbrechen sei!

So kommt Jacques Bainville, der die Probleme so klar sieht, doch aus den Vorstellungen eines verbohrten, integralen Nationalismus und Chauvinismus nicht heraus. Er ist dem ewigen Gesetz der französischen Tradition verfallen. Er versinkt in Pessimismus. Eine deutsch-französische Versöhnung ist für ihn unmöglich. Er sieht nur ein Ziel: Nochmals wieder beginnen und einen zweiten Frieden erstreben, der diesmal sein Ziel erreicht; die völlige Zertrümmerung der deutschen Einheit. Er meint, man müsse das Werk wiederaufnehmen, das in Versailles nicht vollendet worden sei. Die Chirurgen von Versailles hätten den Leib Europas geöffnet, ohne das Geschwür (die deutsche Einheit) entfernt zu haben (S. 105).

Heute hat der letzte Mitarbeiter von Bainville, Charles Maurras, die Fahne des integralen Nationalismus wieder erhoben. Er predigt jeden Tag in der Action française sein Ceterum censeo Germaniam esse delendam, die deutsche Einheit müsse wieder zertrümmert und der Westfälische Frieden müsse wiederaufgerichtet werden.

Am 31. August 1939 hat Charles Maurras in der Action française seine neue Kampagne eröffnet. Er schreibt: „Die Ursache der Kriege heißt die deutsche Einheit. Die deutsche Einheit ist der Feind. Wenn man die deutsche Einheit zerbricht, erreicht man das Wesentliche, und der ganze Rest — Gleichgewicht, Völkerrecht, Sicherheit der Grenzen — kommt dann von selbst. Was man 1919 hätte tun müssen, was man übermorgen tun muß, das ist nicht nur, das

Deutschtum nach außen hin auflösen, sondern es im Innern zerspalten, zerbrechen, aufteilen, die Verschiedenheiten der Religion, des Geistes, der Natur, des Regimes benutzen, unterstützen und begünstigen durch Ungleichheit der Behandlung, endlich diesem zerstückelten Deutschland gegenüber ständige Interventionsmöglichkeiten offenhalten, d. h. das Rheinland auf ewig besetzen. Wenn Bainville verlangte, daß man die Monarchie in Württemberg, in Österreich, in Bayern oder Baden unterstütze oder den Sozialdemokraten helfen sollte, Preußen zu ruinieren, dann hatte er recht. Wenn er es tadelt, daß man die separatistischen Bewegungen im Rheinland, in Bayern, in Hannover und Hamburg niederschlagen ließ, hatte er recht."

Seitdem ist kein Tag vergangen, an dem Maurras nicht in der Action française sein Ceterum censeo, die restlose Zerstörung und Zerstückelung Deutschlands, verkündet hätte. Er ist dazu übergegangen, eine Sammlung zu veranstalten, die die weiteste Verbreitung der Action française und ihrer Zerstückelungspropaganda im französischen Volk ermöglichen soll. Er rühmt sich am 22. Oktober 1939, schon ein Zeichnungsergebnis von 2 433 487 Franken erreicht zu haben. Er veröffentlicht täglich Zuschriften aus allen Kreisen, die seine Politik, Deutschland zu zerstückeln und die Rheinlande wieder für Frankreich zu gewinnen, begrüßen.

Man darf diese Dinge nicht leicht nehmen. Gewiß, es ist zunächst nur eine kleine Schicht von Intellektuellen um die Action française, die Zeitung „Je suis partout", den „Gringoire" usw., die diese Propaganda in Frankreich betreibt.

So fing es aber auch 1914 an.

Maurras wendet sich bewußt zunächst nur an die Intelligenz, an die Politiker, Abgeordneten, Journalisten und Historiker.

Aber diese machen in Frankreich schließlich die Politik. Es ist bedenklich, wie die Ideen von Maurras schon heute weiter verbreitet werden. So schreibt Henri Béraud im „Gringoire“ vom 12. Oktober 1939: „Das Unglück Deutschlands und unser eigenes ist die deutsche Einheit. Ein Sieg, der die Einheit des Reiches aufrechterhielte, wäre nur ein Waffenstillstand. Alle Franzosen wissen jetzt, daß sie weder Frieden noch Waffenruhe haben, solange ein Großdeutschland an ihrer Grenze bestehen wird. Wir wissen, daß ein starkes Deutschland ein unverbesserliches Deutschland ist.“

Im „Jour“ vom 22. September 1939 nimmt René Bizet in einem Artikel „Saarlouis ist immer noch Frankreich“ die französische Saarpropaganda wieder auf.

In der „Epoque“ vom 22. September 1939 heißt es, daß die Politik der französischen Könige die richtige gewesen sei. Napoleon I. habe einen Fehler begangen, als er die 800 Fürsten des alten Deutschen Reichs beseitigt habe, und Napoleon III. habe falsch gehandelt, als er es mit Rußland verdorben und so Bismarck gestattet habe, zum ersten Male die deutsche Einheit zu verwirklichen.

Die gleiche Tendenz verfolgt ein Artikel von Jacques Dyssow in dem halbamtlichen „Petit Parisien“ vom 7. September 1939, „Allemands d'hier et d'aujourd'hui“, „Die Deutschen von gestern und heute“. Darin heißt es, der Krieg gelte „den Barbaren und Teutonen“, die seit vier Jahrhunderten aus Brutalität die schlimmsten Verbrechen gegen die menschliche Kultur begangen hätten.

Die Zeitung „Candide“ vom 6. September 1939, Nr. 808, schreibt im Leitartikel: „Der Kaiser und Hitler sind die Aspekte desselben Gesichtes. Die Finasserien des guten Herrn Stresemann und der Faustschlag des Führers sind Äußerungen der gleichen Politik. Es ist vergeblich, geringfügige Unterscheidungen zwischen dem deutschen Volk und

den Männern festzustellen, die es führen. Deutschland bleibt sich gleich in den Beherrschern, die es sich gibt. Es ist nicht Hitler, sondern Deutschland, das besiegt aus diesem Kriege hervorgehen wird."

In der Zeitung „Gringoire" vom 7. September 1939 ruft Henri Béraud die Erinnerung an 1914 wieder wach. Er berichtet von einem Major Rodary, der „wie Clemenceau der Meinung war, daß nur eine unerbittliche Zertrümmerung Deutschlands den Menschen den wahren Frieden geben könne. Ein Raubtiervolk werde immer ein Raubtiervolk bleiben. Man müsse deshalb mit den Boches Schluß machen. Selbst der Name Deutschland müsse von der Karte verschwinden". Dann fährt der Artikel fort: „Das Hitler-Deutschland ist sicher abscheulich. Aber das Reich Hindenburgs war nicht viel besser. Man muß es aussprechen, weil es die Wahrheit ist, und auch um allen Träumereien ein Ende zu bereiten. Einige möchten immer noch an die zwei Deutschländer glauben. Sie täuschen sich, und ihr Irrtum ist gefährlich. Ein Boche ist ein Boche, ob er sich Erzberger oder Göring nennt."

Auch der „Matin" vom 9. September 1939 bringt einen Artikel der gleichen Tendenz unter der Überschrift: „Gutes Deutschland? Schlechtes Deutschland? Eine Rasse, die ihren Eroberungs- und Mordinstinkten ewig treu bleibt." Darin heißt es, daß Deutschland zu allen Zeiten eine Raubtiernation gewesen sei. „Altes Deutschland? Neues Deutschland? Eine Rasse, die sich niemals geändert hat."

Das sind bedrohliche Zeichen. Wir stehen vor dem neuen Versuch einer geistigen Oberschicht, in Frankreich die traditionelle Idee der Richelieupolitik wiederzuerwecken. Diese Idee hat sich während des Krieges von 1914—1918 in Frankreich durchgesetzt. Sie war es, die 1918/1919 hauptsächlich den Geisteszustand in Paris schuf, von dem Clemenceau selbst

gesagt hat, daß es die „Besessenheit eines Volkes gewesen sei, das der Sieg außer Rand und Band" gebracht hatte.

So ist heute das Buch Bainvilles von 1920 für uns Deutsche nicht nur ein prophetisches, sondern auch ein lehrreiches Buch. Es muß allerdings kritisch gelesen werden. Der Deutsche, der zum erstenmal einen Blick in diese Geistesverfassung tut, ist erschreckt über die naive Brutalität, mit der hier mit einer wissenschaftlichen Selbstverständlichkeit die völlige Auflösung Deutschlands als ein natürliches Recht Frankreichs gefordert wird, was nicht einmal Imperialismus oder Annexionismus sein soll, sondern eine Befreiungstat, für die das deutsche Volk noch obendrein dankbar sein müßte.

Die Bücher von Bainville aus den Jahren 1915 und 1920 sind, zusammen mit den Büchern von Barrès, Hanotaux und Maurras[1], auch heute wieder die wichtigsten Grundlagen für diese Geistesrichtung in Frankreich, die von allen die gefährlichste ist, weil die Gefahr besteht, daß sie gerade wegen ihrer Intransigenz sich in Zeiten kriegerischer Erregung in Frankreich immer wieder behauptet.

Wir haben seit der Machtergreifung durch Adolf Hitler in Frankreich beachtliche Bestrebungen gehabt, die bemüht waren, die „Irrtümer der Vergangenheit" zu überwinden und eine Verständigung mit Deutschland zu suchen. Wir haben freudig die Bewegung der Frontkämpfer begrüßt, die über den Gräbern der Millionen die Hand zur Versöhnung ausstrecken wollten. Niemals hat ein deutscher Staatsmann mit solcher Überzeugungskraft die Überwindung der Theorie des Erbfeindes gefordert, wie das der Führer getan hat.

Wir können es auch heute noch nicht glauben, daß im französischen Volke der Wille zur Verständigung nicht tief in den Herzen eingeschrieben sein sollte.

[1] Vgl. besonders Maurras, Charles, Devant l'Allemagne Eternelle, Paris, 1937.

Wir haben aber nicht das Recht, die Kräfte in Frankreich einfach zu übersehen, die eine Verständigung unmöglich machen.

Jacques Bainville ist der Typ der geistigen Kräfte in Frankreich, mit denen eine Verständigung undenkbar ist. Er ist der Mann des integralen Nationalismus, der in der Vergangenheit wurzelt, der letzten Endes zum integralen Krieg, und zwar zum Vernichtungskrieg, führen muß.

Es war ein Versagen unserer Staatsführung von 1914, daß wir die Entwicklung dieser Kräfte in Frankreich während des vorigen Krieges nicht genügend erkannt haben. Das führte uns zu der Enttäuschung von Versailles.

Unsere endgültige Einstellung Frankreich gegenüber während dieses Krieges und nach dem Sieg muß davon abhängen, ob in Frankreich sich diese Kräfte der Tradition nochmals durchsetzen oder die Kräfte der Vernunft und der Bereitschaft zu einer Verständigung mit Deutschland siegen.

Das deutsche Volk und seine Führung sind auch heute noch zu einer ehrlichen Verständigung mit Frankreich bereit. Aber in der Frage der nationalen Einheit gibt es keine Zugeständnisse, keine Kompromisse.

Man kann das Rad der Geschichte nicht zurückdrehen. Deshalb muß man auch in Frankreich den Mut haben, die Konsequenz aus der einmal erkannten Lage zu ziehen. Jacques Bainville hat diesen Mut nicht. Er findet den Weg aus dem circulus vitiosus nicht, der das deutsche und französische Volk immer wieder in einen gegenseitigen Vernichtungskrieg treiben muß.

Diese Einstellung zu den Kriegszielen, wie sie heute Maurras und seine Schule in Frankreich offenbaren, steht in Widerspruch zu der englischen Politik des Gleichgewichts. Es ist deshalb interessant festzustellen, daß die Anhänger der Zerstückelungspolitik in Frankreich versuchen, schon jetzt die eng-

liſchen Bedenken gegen ihre extremen Ziele auszuräumen. Bislang ohne Erfolg. Ein Timesartikel vom 3. November 1939 enthält eine glatte Abſage an dieſe franzöſiſche Politik. Eine lebhafte engliſch-franzöſiſche Diskuſſion iſt im Gange, die unſere ganze Aufmerkſamkeit verdient.

Der wiſſenſchaftliche Wert der Kriegsbücher von Jacques Bainville ſteht hier nicht zur Debatte. Das mögen die Fachleute unter ſich ausmachen. Daß aber Jacques Bainville eine politiſche Idee klar dargeſtellt hat und damit ſelbſt zum Träger dieſer Idee wurde, kann füglich niemand beſtreiten.

Die Kenntnis von dieſer Idee, die ſich auch heute noch bis weit in die Kreiſe des Quai d'Orſay auswirkt, darf aber dem deutſchen Volk nicht vorenthalten werden. Sie muß weit und breit bekannt werden, auch über Deutſchlands Grenzen hinaus. Das iſt nicht nur eine deutſch-franzöſiſche, ſondern eine europäiſche Angelegenheit. Sie iſt wichtiger als jede Erörterung der Kriegsſchuldfrage im engeren techniſchen Sinn, weil ſie an die Grundfrage rührt, was letzten Endes die Unruhe in der Welt immer wieder verurſacht hat.

So iſt es alſo zu begrüßen, daß, nachdem das Werk Bainvilles von 1915 kürzlich in deutſcher Überſetzung erſchienen iſt[1], jetzt auch das Werk Bainvilles von 1920 im ungekürzten Text von 1920 deutſch herausgegeben wird. Beide Schriften gehören zuſammen, ſie bilden ein Ganzes.

Richtig geleſen, bilden ſie für uns Deutſche ein Rüſtzeug zur Abwehr, eine Mahnung zur Einigung aller Deutſchen und zugleich eine Rechtfertigung der Befreiungspolitik des Führers, der uns von 1933 ab Schritt für Schritt aufwärtsgeführt hat auf dem Wege zu Ehre, Freiheit und Gleichberechtigung, zu dem neuen Frieden der Ordnung und des Rechtes, den wir alle erſtreben. Prof. Dr. Grimm.

[1] Bainville, Geſchichte zweier Völker, Hamburg, Hanſeatiſche Verlagsanſtalt, 1939.

Geleitwort

Dieses Buch nimmt eine Ausnahmestellung im Werke Jacques Bainvilles ein. Die natürliche Neigung seines Geistes führte Bainville mehr dazu, zu verstehen und zu erklären, als die Zukunft vorauszusagen. Im Jahre 1920 indessen hat er in die Zukunft geblickt; er schrieb dieses Buch und konnte dann ohne Bedenken anderen die Rolle des Propheten überlassen, da er alles angekündigt hatte, was sich seit 1920 zugetragen hat und wahrscheinlich auch das, was sich in den nächsten Jahren zutragen wird. Es gibt kaum eine Lektüre, die so deutlich den Eindruck einer außerordentlichen, gleichzeitig klaren, festen, raschen, kraftvollen und wirklichkeitsnahen Intelligenz hervorruft, die sich mühelos von den geographischen Einzelheiten zum höchsten Überblick aufschwingt und sich der geschichtlichen Erfahrung mit einer verblüffenden Sicherheit und einer entzückenden Leichtigkeit bedient.

Der auffallendste Zug unserer Zeit ist ohne Zweifel das Absinken der politischen Intelligenz. Der Betrieb des parlamentarischen Regimes erfordert Führer, die sich mehr durch Geschicklichkeit als durch Kraft, mehr durch Wandlungsfähigkeit als durch Beharrungsvermögen, mehr durch Geriebenheit im kleinen als durch eine Gesamtschau auszeichnen. So kommen Menschen ohne Erfahrung zur Macht, die sich einbilden, diesen Mangel beseitigen zu können, indem sie sich mit pedantischen und beschränkten Spezialisten

umgeben. So sind die Einzelheiten des Vertrags von Versailles das Werk von Sachverständigen und technischen Spezialisten. Das Ganze und seine großen Linien indessen sind Dilettantenarbeit. Einsicht und Sachkunde schlagen sich mit den Nebensächlichkeiten herum. Die allgemeinen und wesentlichen Entscheidungen aber, von denen die Dauer und der Erfolg aller anderen abhängen, sind von Menschen gefällt worden, die sich nicht von der Kenntnis der Vergangenheit, sondern von den oberflächlichen Grundsätzen einer demagogischen Doktrin leiten ließen.

Das ist die Tragödie von Versailles und infolgedessen auch der Gegenstand dieses Buches. Aus den grundlegenden Mißverhältnissen des Friedensvertrages entspringen die Folgen. Es zeichnet Jacques Bainville aus, daß er sie vorhergesehen und die Politik umschrieben hat, die sie, im Rahmen des Möglichen, hätte verhindern können.

Pierre Gaxotte.

Vorwort

Dieses Werk wurde nicht geschrieben, weil ein englischer Autor ein Buch unter dem Titel „Die ökonomischen Folgen des Friedens" geschrieben hat. Unser Werk ist keine Antwort an Keynes. Das wird sofort sichtbar werden. Wir wollen in der Einleitung nur einen einzigen Gegensatz hervorheben.

Nach einem Kriege, der die Kräfte und Hilfsmittel der wichtigsten Staaten der Welt ins Spiel gebracht hat, ist der Begriff des Politischen selbst in Mißkredit geraten. Vielleicht verursachte er Kopfschmerzen? Allerdings bot sich den Lenkern der Völker, die ein großes Friedenswerk abzuschließen hatten, niemals ein so ausgedehnter und so undurchsichtiger Stoff dar. Das hätte ein Grund mehr sein sollen, gründlich nachzudenken und viel Voraussicht zu beweisen. Die Vorausberechnung der Folgen konnte mühsam werden. Mangels einer rechnenden Voraussicht aber wurde ein ungeheurer Teil der Zukunft dem Unbekannten und dem Zufall überlassen, ein Teil, der weit über die Grenzen hinausgeht, die die tiefsten Geister erreichen, wenn sie sich abmühen, den Lauf der großen Ereignisse zu lenken.

In einem Jahrhundert, das an den unendlichen Fortschritt des menschlichen Geistes glaubte, hatte Fontenelle gesagt: „Es ist gewiß — und die Völker werden sich immer mehr davon überzeugen —, daß die politische Welt ebenso wie die physikalische nach Maß, Zahl und Gewicht geregelt wird." Arme Völker! Alles geschah in ihrem Namen; sie aber

haben nur das Recht, alles über sich ergehen zu lassen. Wann haben sie bemerkt, daß der Friede gegen die physikalischen Gesetze verstieß? Aber Maß, Zahl und Gewicht dürfen nicht ungestraft außer acht gelassen werden. Die Völker indessen werden nicht einmal verstehen, warum sie dafür eines Tages zu büßen haben werden.

1920. J. B.

1. Kapitel

Gewalt der Tatsachen oder Schuld der Menschen?

Es ist nicht selten, daß nach einem gewonnenen Kriege der Sieger oder, wenn es ein Koalitionskrieg war, mindestens einer der Sieger, durch den Frieden enttäuscht ist und sich betrogen glaubt. So beklagten sich die Preußen im Jahre 1815, daß der Wiener Kongreß für sie „mit einer Farce" geendet habe. Auch wir haben in älterer Zeit einen Friedensvertrag geschlossen, der zu der Redensart Anlaß gab: „dumm wie der Friede". Raymond Poincaré, dessen Kritik gegenüber den Verträgen von Versailles, Saint-Germain und den anderen Pariser Vororten keineswegs schonend war, hat mit Recht bemerkt, daß die Enttäuschung, die sie hervorriefen, nichts Neues war.

Man hat alles Mögliche über die Lücken des Versailler Vertrags gesagt, über das, was er uns vorenthalten hat und über den entgangenen Gewinn, den er für uns bedeutete. Was er uns an Gebieten, Grenzen, Geld bringt, ist weniger, als was man allgemein gehofft hatte. Besonders fiel auf, daß wir nicht einmal die Grenzen von 1814 wiedergewonnen haben, sondern die von 1815 erhielten, die Grenzen nach der Niederlage von Waterloo, deren Demütigung das französische Volk so lange empfunden hat. Es ist so offensichtlich, daß es banal geworden ist, darauf hinzuweisen, daß dieser Friede für England „in bar" und für uns „auf Kredit" abgeschlossen ist. Millerand, der schließlich der Erbe dessen wurde, was er nicht selbst geschaffen hatte, sprach

nach der Erfahrung von wenigen Monaten das endgültige Urteil aus, als er von der Regierungstribüne aus erklärte, daß der Vertrag von Versailles trotz der ausführlichen und bis ins kleinste gehenden Bestimmungen, die die Wiedergutmachung unserer Schäden und Verluste sicherstellen sollen, „reicher an Versprechungen als an Realitäten sei".

Man hätte sich eine Art des Friedens denken können, die uns zwar auch nicht alles gewährt hätte, was wir wünschten, die uns aber auf eine andere Weise bezahlt hätte, einen Frieden z. B., der uns auf dem Papier weniger Milliarden zugesichert, dafür aber uns wirkliche Milliarden gespart hätte, indem er unsere Militärlasten in einem beträchtlichen Ausmaße verringert und unsere Jugend von der Wehrpflicht befreit hätte. Diese Wohltat wäre mittelbar, aber unermeßlich gewesen. Geeignete Voraussetzungen, um mit dem System des bewaffneten Friedens aufzuräumen, wären das erste Ziel gewesen, nach dem man hätte streben müssen. Für die willig gebrachten Opfer wäre man reichlich und rasch durch Sicherheit und Ruhe und durch die Befreiung von der schrecklichen Sklaverei der allgemeinen Wehrpflicht entschädigt worden. Das war der Hauptpunkt des Friedens. Er ist den Unterhändlern entgangen, und die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit, die durch Einzelheiten, wenn nicht durch Lappalien gefesselt war, hat ihn ebensowenig erfaßt.

Gewöhnlich werden die Folgen auf dem Gebiet der Politik erst bemerkt, wenn sie einzutreten beginnen, das heißt, wenn es zu spät ist.

Das Kausalitätsprinzip kümmert kaum den einzelnen Menschen, den Völkern ist es völlig gleichgültig. Es ist ganz natürlich, daß die Demokratien einen umfassenden Frieden abgeschlossen haben, ohne seine Rückwirkungen in Betracht zu ziehen. In den arabischen Märchen, die sonst so wenig

philoſophiſch ſind, gibt es eine Fabel, die dieſen kindiſchen Fatalismus nicht übel zum Ausdruck bringt. Ein Reiſender wirft in der Wüſte arglos die Kerne der Datteln weg, die ſeine Mahlzeit bilden. Plötzlich erſcheint ein furchtbarer Geiſt vor ihm und ſagt: „Während Du mit Deinen Dattelkernen um Dich warfſt, ging mein Sohn vorüber. Einer davon hat ihn ins Auge getroffen und ihn getötet. Dafür werde ich mich jetzt rächen.“ Damit den Nationen die Folgen politiſcher Handlungen ſichtbar werden, bedarf es der Kataſtrophen oder des Rückſchwunges des Pendels der Geſchichte. Sie ſchicken ſich in ein Leben inmitten unſichtbarer Kräfte, wie der Geiſter aus Tauſendundeine Nacht, die ſie unwiſſentlich verletzen und die plötzlich Sühne verlangen.

Man hat ſich kaum mit den Folgen des Friedens beſchäftigt. Wir wollen von ſeinen politiſchen Folgen ſprechen, denn ein engliſcher Autor hat den Anſpruch erhoben, die wirtſchaftlichen Folgen aufzuzeigen. Das reißeriſche Buch von Keynes iſt ein Pamphlet mit wiſſenſchaftlichem Anſtrich, das ſeinen Senſationserfolg den Paradoxen verdankt, von denen es voll iſt. Es wurde das Handbuch aller, die den Wunſch hegen, daß Deutſchland nichts oder möglichſt wenig von den Koſten ſeines mißlungenen Unternehmens zahlen ſolle. Keynes' Theſe iſt bekannt genug. Sie hat einen gewiſſen Einfluß auf die öffentliche Meinung und auch auf die Regierung in England gehabt. Es iſt bemerkenswert, daß der erſte Autor, der, wenn auch von ſeinem Spezialgebiet aus, vom Standpunkt des Finanzwiſſenſchaftlers, die Folgen des Friedens zu ſtudieren verſuchte, zu peſſimiſtiſchen Schlußfolgerungen gelangte. Allerdings iſt dieſer Peſſimismus einſeitig. Keynes ſieht ſchwarz für die beſiegten Länder; für die Siegerſtaaten iſt er Optimiſt. Seine Schätzung der Schäden, die Frankreich erlitten hat, iſt ſehr niedrig. Er meint, daß wir unſere zerſtörten Gebiete mit weit weniger

Kosten wiederherstellen könnten, als man im allgemeinen annimmt. Dagegen bereitet ihm das Schicksal Deutschlands Sorge. Wie einen düsteren Kehrreim wiederholt er, daß ganz Europa in Verzweiflung und in das Chaos versinken werde, wenn Deutschland nicht geschont und mit der Zustimmung und der Unterstützung der siegreichen Nationen wieder aufgerichtet werde.

In seinem Nachwort spricht Keynes von den „unbekannten Strömungen, die unaufhörlich unter der Oberfläche der politischen Geschichte wirksam sind und deren Folgen niemand vorhersehen kann". Für ihn — sein Gedankengang ist klar und geht aus seinem ganzen Buche hervor — sind diese Strömungen durch wirtschaftliche Kräfte bestimmt, und zwar allein durch sie. Das ist ein anderer, ein veralteter Aspekt, der aus der materialistischen Geschichtsauffassung stammt. Keynes hat einen Vorläufer gehabt, der heute schweigt, der aber während des Krieges von sich reden gemacht hat. Das war Lord Lansdowne. Lord Lansdowne war schon vor dem Vertrag von Versailles Pessimist. Dieser Grandseigneur vergaß, daß er unter Eduard VII. zu einem guten Teil dazu beigetragen hatte, die Entente zu schaffen. Er wurde von dem Gedanken gequält, daß das Kapital unserer alten europäischen Menschheit Tag für Tag dahinschmölze. Der Gedanke an den Bankrott, die Teuerung, das allgemeine Elend verfolgte ihn. Er verkündete den Ruin Europas, wenn die Verbündeten den Krieg bis zum bitteren Ende durchführen wollten. Das war auch der Lieblingsgedanke — allerdings der geheime Lieblingsgedanke — eines anderen Greises, Giolittis, eines der schweigenden Rechner, wie sie Italien mitunter hervorbringt.

Aus diesen düsteren Vorhersagen, die bereits während des Krieges häufig waren, hätte man den Schluß ziehen müssen, daß man lieber Deutschland das Spiel gewonnen oder

wenigstens halb gewonnen geben solle, als die Wirtschaftsmaschinerie der Welt in Unordnung zu bringen. Indessen standen ungleich höhere Interessen auf dem Spiele, und Lord Lansdowne predigte in der Wüste. Giolitti war geschickter: er schwieg. Er begnügte sich damit, durch seine Haltung zum Ausdruck zu bringen, daß er seine ursprüngliche Meinung nicht geändert habe und daß die Sache auf jeden Fall übel auslaufen werde. Verschanzt hinter diese persönliche Position, trachtete er nur danach, lang genug zu leben, um seine Stunde wiederkehren zu sehen. Er rechnete darauf, daß Italien eine Enttäuschung irgendeiner Art erleben werde und behielt sich vor, auf Grund dieser Enttäuschung zur Macht zurückzukehren. So ist es auch gekommen. Aber Giolitti schweigt über die Vergangenheit. Lord Lansdowne sagt kein Wort mehr. Beide waren eine Art von Keynes vor Keynes und haben doch nichts geändert. Man kann bedauern, daß die Politik der Alliierten nicht mehr Zielsicherheit, mehr Klarheit und einen größeren Einfallsreichtum besaß, was ihnen gestattet hätte, den Krieg schneller und unter besseren Bedingungen zu gewinnen. Aber wie hoch auch der Preis für den Sieg ausgefallen ist, wie groß das gegenwärtige Elend sein mag — niemand würde zu sagen wagen: „Es wäre besser gewesen, einen Verständigungsfrieden mit den Deutschen zu schließen. Sogar die sofortige Unterwerfung im Juli 1914 wäre vorzuziehen gewesen. Dann wäre das wunderbare Uhrwerk der Ein- und Ausfuhr nicht gestört worden."

Es ist sogar möglich, daß Europa lange Zeit unter der Teuerung leiden wird. Es kann von Epidemien heimgesucht, vom Bankrott bedroht werden. Trotzdem werden die Staaten und die Nationen nach ihren eigenen Gesetzen leben. Die Wirkung der wirtschaftlichen Notwendigkeiten läßt sich nicht ableugnen. Sie läßt sich zuletzt auf den Kampf um die

Nahrung zurückführen. Man kann behaupten, daß das deutsche Volk sich 1914 zum Kriege entschlossen habe, weil der Boden, auf dem es lebte, nicht ausreichte, um 68 Millionen Menschen zu ernähren. Wenn indessen das Deutsche Reich nicht eine bestimmte Vorgeschichte und eine bestimmte Struktur gehabt hätte, wenn das Gleichgewicht der Kräfte in Europa anders verteilt gewesen wäre, wenn die Bündnisse anders oder auch nur besser festgelegt gewesen wären, wenn England, anstatt unter dem Einfluß seiner liberalen Partei zu zögern, sich sofort und mit voller Kraft zur Intervention entschlossen hätte, dann wäre der Fleischpreis in Berlin kein ausreichender Grund für Deutschland gewesen, das Risiko des Krieges auf sich zu nehmen.

Wenn man nach dem Vertrag von Versailles über die Zukunft Europas pessimistisch denken kann, so unter einem anderen Gesichtspunkt als dem von Keynes. Das wirtschaftliche Chaos ist groß. Aber das politische Chaos ist noch größer. Hat das unsagbare Elend des bolschewistischen Rußlands die Rote Armee daran verhindert, sich zu schlagen? Haben das Defizit und die schlechte Bewertung seines Papiergeldes Polen davon abgehalten, seine Grenzen neu abstecken zu wollen? Auf einem großen Teil des europäischen Raumes führen zehn Nationen Krieg miteinander trotz des Mangels, trotz des Typhus, unter entsetzlichen Lebensbedingungen, die den Menschen eigentlich nur die Sorge um das tägliche Brot lassen sollten. Inmitten dieses Durcheinanders der Nationalitäten, der Religionen und der Rassen aber bleibt Deutschland allein zu einer Einheit zusammengefaßt, allein von einheitlicher Beschaffenheit, immer noch hinreichend organisiert, so daß sein Schwergewicht, mitten in den leeren Raum Osteuropas gestellt, eines Tages den ganzen Kontinent umzustürzen droht. Die Erwägungen der Wirtschaftswissenschaftler werden nichts an den Wirkungen

dieser wesentlichen Gleichgewichtsstörung ändern. Es ist aufschlußreich, unter diesem Gesichtspunkte Thiers' „Geschichte der Revolution" zu lesen. Obwohl Thiers sich sehr für Finanzfragen interessierte, in denen die Klarheit seines Geistes besonders hervortrat, konnte er alle diplomatischen und militärischen Geschehnisse in Europa zur Zeit der Revolution und zur Zeit des Napoleonischen Kaiserreiches darstellen, ohne daß die Assignaten und der teilweise Bankrott Frankreichs im Jahre 1797 oder die „Einlösungsscheine"[1] in Österreich in seiner Schilderung mehr als eine Episode bedeuten, die am Lauf der Dinge nichts geändert hat. Die These Keynes' in ihrer offenkundigen Parteinahme für Deutschland ist damit gerichtet. Ihre ganze Oberflächlichkeit geht bereits aus diesem einen Beispiel hervor.

Die politischen Folgen des Friedens sind also ungleich wichtiger als die wirtschaftlichen. Es ist freilich zugleich schwieriger, sie genau darzulegen. Aber einige aus der Erfahrung und aus dem gesunden Menschenverstand abgeleitete Grundsätze können uns dabei nützen. Sicherlich können auch die größten Staatsmänner nicht alles vorhersehen; sie erraten höchstens die eine oder die andere Rückwirkung der Entscheidungen, die sie getroffen haben. Es gibt indessen Ursachen, deren Wirkungen so sicher sind, daß man ihren Zusammenhang im voraus sehen muß, wenn man sich nicht geradezu absichtlich blind dagegen macht. In diesem Buch gehen wir darum vom Einfachsten aus, um zum Schwierigen zu gelangen, bis zu den Grenzen wenigstens, wo das Schwierige beginnt, sich in unfaßbare Einzelheiten aufzulösen. Das ist das einzige Methodische, was in diesem Buch zu finden ist. Es besteht nur aus Analysen und aus Annahmen, die aus diesen Analysen abgeleitet werden. Es

[1] Im Verlaufe der Geldentwertung 1811 eingeführt. Näheres bei Raudnitz, Das österreichische Staatspapiergeld, Wien 1917. D. Ü.

bietet mehr Wahrscheinlichkeiten oder sogar auch nur Möglichkeiten als Gewißheiten. Auf diesem Gebiet ist die Gewißheit immer gering, wenn es sich darum handelt, zu erkennen, wie die Dinge endgültig ausgehen. Sie ist schon leichter zu erlangen, wenn es sich nur darum handelt, die Richtung zu erkennen, die die Entwicklung einschlagen wird. Bei der Begründung der deutschen Einheit im Jahre 1871 haben sich offensichtlich diejenigen Engländer getäuscht, — und es waren ihrer viele — die sich beglückwünschten, daß für die Zukunft ein großes Kaiserreich zwischen Frankreich und Rußland geschaffen wurde, weil sie es für ein Pfand der Sicherheit für sich und für Europa hielten. Es war leicht, ihnen zu sagen, daß das eine Selbsttäuschung sei. Indessen schien beim Wiener Kongreß ihre Rechnung nicht falsch zu sein, und man mußte noch 25 Jahre warten, ehe der Fehler darin von den Beteiligten empfunden wurde. Als Bismarck nach langen Überlegungen sich für das österreichische Bündnis entschied und sich damit von Rußland entfernte, erkannte er das Risiko dieser Maßnahme. Er machte seinen Nachfolgern klar, daß Deutschland sich auf keinen Fall in einen Krieg für österreichische Interessen verwickeln lassen oder sich der Gefahr einer feindlichen Koalition aussetzen dürfe. Er wies gerade auf das Hindernis hin, an dem Wilhelm II. scheitern sollte. Das sind zwei Fälle gegenüber tausend Irrtümern, die aus mangelnder Voraussicht entstanden sind oder ihre Ursachen in den Grenzen haben, die aller Voraussicht gezogen sind.

Die bemerkenswertesten Voraussagen, die die Geschichte aufbewahrt hat, beruhten auf sehr einfachen, man kann sogar sagen, trivialen Voraussetzungen, die den einfachsten Leuten zugänglich waren. Die Voraussage, die Thiers bei Gelegenheit der Schlacht von Königgrätz gemacht hat, ist ein Musterbeispiel dieser Art[1]. Thiers ging von einem Ge-

[1] Vgl. S. 61. D. Ü.

danken aus, den ein kleiner Ladenbesitzer an seiner Stelle gehabt hätte, wenn es sich statt um die Machtsteigerung Preußens darum gehandelt hätte, daß der Ladenbesitzer mit Unruhe die Geschäftsvergrößerung von Felix Potin[1] beobachtet hätte. „Das Kompendium aller Regeln ist der gesunde Menschenverstand", sagte Ludwig XIV., der ein Mann des gesunden Menschenverstandes war. So gibt es Dinge, die jedermann voraussagen kann, der ein wenig Erfahrung besitzt. Man brauchte nicht ungewöhnlich scharfsichtig zu sein, um zu entdecken, daß die wenigen Worte „und Deutschland andererseits" im Vertrag von Versailles so etwas waren wie der Wurm im Apfel. Als die Abgesandten des Deutschen Reiches diesen Vertrag in derselben Spiegelgalerie unterzeichneten, in der die deutsche Einheit ein halbes Jahrhundert vorher zum ersten Male verkündet worden war, konnte jeder Mensch, selbst von mäßiger Bildung, bereits den Schluß ziehen, daß es ein Wunder wäre, wenn diese Verpflichtungen innegehalten werden würden. Das, was man nicht vorhersagen kann, das ist zum Beispiel, wann die unvermeidlichsten Ereignisse eintreten und wie sie sich abspielen werden. Di Rudini, der sehr jung in das politische Leben eingetreten und sehr alt geworden ist, pflegte zu wiederholen: „Vermeiden Sie zu sagen: das ist folgenschwer. Ich habe allzu oft sagen hören, daß etwas folgenschwer sei. Und insbesondere: nennen Sie niemals Daten!"

Es gibt einen Grad der Verwicklung, den die Vernunft nicht mehr überblickt. Man wird nicht bestreiten, daß dieser Grad in dem Europa erreicht ist, welches aus dem Krieg und den fünf Verträgen von Versailles, Saint Germain, Neuilly, Trianon und Sèvres hervorgegangen ist.

[1] Eine Lebensmittelgroßhandlung mit vielen Zweiggeschäften. D. Ü.

Sehr wenige Menschen besitzen ein vollständiges Wissen von diesen diplomatischen Instrumenten, die mehrere Bände umfassen. Noch seltener sind diejenigen, die sich ein genaues Bild von der vollkommenen Verwirrung machen können, in die der Kontinent geraten ist. Wir haben nicht die Absicht, das Unbeschreibliche zu beschreiben. Man kann nicht hoffen, das Chaos zu erfassen. Wir haben versucht, das Ende des Fadens aufzugreifen und nicht wieder zu verlieren: und das Ende des Fadens befindet sich zweifellos in Berlin.

Viele Fragen bleiben in diesem Buche beiseite. Es hat keinen Zweck, den Leser bis hinter den Kaukasus zu führen. Gerade bei einem solchen Gegenstand muß man sich beschränken und sogar vieles übergehen, um wenigstens eine verhältnismäßige Klarheit zu schaffen. Man läuft Gefahr, in eine tödliche Langeweile zu verfallen, wenn man sich daranmacht, nacheinander die sogenannten großen Probleme zu prüfen, deren Rangordnung nicht immer mit der Wirklichkeit übereinstimmt. Das französische Volk ist für lange Zeit in Europa und im Mittelmeerbecken gebunden. Unsere Aufmerksamkeit muß sich darum zuerst auf das richten, was unmittelbar vor unseren Toren geschieht. Je weiter man sich außerdem von unseren Grenzen entfernt, desto undurchsichtiger werden die Dinge, desto mehr ist man auf bloße Vermutungen angewiesen. Eine der einfachen Gegebenheiten, die selten irreführen und die gestatten, in einen solchen Stoff einzudringen, ist die, daß das, was sich in unserer unmittelbaren Nähe abspielt, für uns auch am wichtigsten ist. Wenn man niemals das geeinte Deutschland in seinem Gegensatz zu einem zerstückelten Europa aus dem Auge verliert — und von diesem Gegensatz wird fast in jedem Kapitel dieses Buches die Rede sein —, so gelangt man wenigstens für eine gewisse Anzahl von Fragen zu einer Art von Rangordnung. Wenn wir hartnäckig auf

einige Punkte zurückkommen, selbst auf die Gefahr hin, uns zu wiederholen und mitunter sogar uns scheinbar zu widersprechen, so geschieht das darum, weil sie alles beherrschen. Ebenso erscheinen im Gebirge die Hauptgipfel bei jeder Wendung des Weges, bis der Wanderer gewissermaßen von ihnen besessen ist. Aber sie erscheinen jedesmal unter einem anderen Aspekt.

Während des letzten Kriegsjahres haben wir ein Buch geschrieben, das wenige Wochen vor dem Waffenstillstand am 11. November erschienen ist und an noch ganz frischen und blutigen Beispielen, an der Geschichte dreier Generationen, deren letzte für die beiden anderen gebüßt hat, nachweisen sollte, daß es geschichtliche Augenblicke gibt, in denen bestimmte herrschende Ideen, bestimmte Worte in den diplomatischen Akten, die infolge dieser Entscheidungen geschrieben wurden, für lange Jahre unabsehbare Folgen einleiten. Ludwig XIV. sagte: „Häufig will man das Verdienst guter politischer Maßnahmen verdunkeln, indem man sich einbildet, daß die Welt sich selbst durch zufällige und natürliche Umwälzungen regiere, die man nicht vermeiden könne. Gemeine Geister neigen zu einer solchen Auffassung, weil sie ihrem Mangel an Einsicht und Tatkraft schmeichelt, indem sie ihnen gestattet, ihre Fehler als Unglück und die Leistung anderer als glücklichen Zufall anzusehen.“ Ebenso war es in der Zeit vom 11. November 1918 bis zum 28. Juni 1919 keineswegs der Zufall, der entschieden hat, und ebensowenig die Gewalt der Tatsachen. Vielmehr waren es die Menschen, mit ihrem Charakter und mit ihren Auffassungen. Tausend andere Kombinationen als diejenigen, die verwirklicht wurden, wären möglich gewesen. Das konnte man seitdem deutlich erkennen, da verschiedene Bedingungen der Verträge unter dieser oder jener Einwirkung, sei es zum Besseren, sei es zum Schlechteren, abgeän-

dert worden sind. Heute gilt es nur noch, abzuwarten und, wenn möglich, den Folgen zuvorzukommen und ihnen eine bessere Wendung zu geben. „Man kann den Folgen nicht entgehen", hatte der Prediger Salomo gesagt, überdrüssig, die Führer der Völker immer wieder die gleichen Fehler begehen und die Massen ihr Leben und ihr Schicksal denselben Führern anvertrauen zu sehen. Die Folgen bleiben niemals aus. Und wir spüren sie bereits.

2. Kapitel

Das Wesen des Friedensvertrages

Am 3. Juli 1919 forderte Lloyd George das Unterhaus auf, den Vertrag von Versailles zu ratifizieren. Er setzte die Gründe auseinander, aus denen das englische Parlament den Frieden billigen müsse. „Ich fordere jeden auf", sagte er, „in irgendeiner der Hauptbestimmungen einen einzigen Zug von Ungerechtigkeit oder eine Entscheidung nachzuweisen, die ein vollkommen unparteiischer Gerichtshof nicht genau in dem gleichen Sinne getroffen hätte wie der Oberste Rat, der während eines halben Jahres in Paris tagte und alle Klauseln auf das gewissenhafteste geprüft hat." Das englische Parlament ratifizierte.

Diesem Friedensvertrag war weiter nichts vorzuwerfen, als daß er vom Standpunkt der Gerechtigkeit aus trefflich war, und infolgedessen ebenso verständig wie gerecht. Andere Verträge waren politische Verträge. Dieser war ein moralischer Vertrag. Es war moralisch, daß Deutschland entwaffnet wurde und daß es an Gebiet dasjenige verlor, was es andern, nichtdeutschen Völkern entrissen hatte, und nur das. Es war ein Gebot der Moral, sogar im höchsten Grade, daß die Kriegsschuldigen abgeurteilt wurden, Wilhelm II. an ihrer Spitze; allerdings trifft es zu, daß das unterblieben ist. Es war moralisch, daß Deutschland seiner Flotte und seiner Kolonien beraubt wurde. Es hätte sie nur mißbraucht, wenn es sie behalten hätte: „Das hätte bedeutet, die Herrschaft der Ungerechtigkeit in der Welt aus-

zudehnen und den Deutschen neue Gelegenheiten zu bieten, auch in Zukunft Böses anzurichten." Schließlich war es moralisch, sogar doppelt moralisch, daß Deutschland gezwungen wurde, zu zahlen; einmal, weil es die Schäden wiedergutmachen mußte, die es andern zugefügt hatte, zum andern aber, weil das deutsche Volk begreifen sollte, daß der Krieg ein schlechtes Geschäft ist, das nichts einbringt. Auf diese Weise sollte dieser Friedensvertrag, der wie ein Gerichtsurteil abgefaßt war, noch den Vorteil in sich bergen, den Verurteilten zu bessern. „Ich hoffe", fuhr Lloyd George fort, „daß Deutschland begreifen wird, daß seine Niederlage zu seinem Heil geführt hat, indem sie es vom Militarismus, von den Junkern und von den Hohenzollern befreit hat. Deutschland hat einen hohen Preis für seine Befreiung bezahlt. Ich meine, es wird zu der Überzeugung kommen, daß dieser Preis nicht zu hoch war. In dem Augenblick, in dem Deutschland zu dieser Überzeugung gelangt ist, wird es würdig sein, in die Liga der Nationen einzutreten."

Diese Rede Lloyd Georges weist neben ihrer Klarheit ebensoviel Dunkel auf. Sie übergeht offensichtlich die Vorteile mit Schweigen, die Großbritannien aus dem Siege gezogen hat, insbesondere, daß es von einer furchtbaren Konkurrenz zur See befreit ist. Anscheinend wurden diese Vorteile von der Masse der Engländer so deutlich empfunden, daß es für Lloyd George nicht nötig war, sie zu betonen. In Frankreich dagegen zählten Clemenceau und seine Mitarbeiter, um die Zustimmung des Landes und die Ratifizierung durch unsere Kammern zu erlangen, immer wieder unsere Gewinne auf: Elsaß-Lothringen, frei von jeder Belastung, an Frankreich zurückgegeben, das Eigentumsrecht an den Saargruben, Marokko von den Einschränkungen unserer Herrschaft befreit. Das läßt den großen Unterschied zwischen den Engländern und uns erkennen. Das, was bei

ihnen nicht gesagt werden mußte, weil ihr Gewinn offensichtlich und greifbar war, mußte bei uns bewiesen werden und trotzdem war niemand zufrieden. Aber der Unterschied zwischen England und Frankreich ging noch tiefer. In bezug auf die Garantie des Friedens durch die Besetzung des linken Rheinufers vertraten die französische und die englische Regierung zwei einander nahezu entgegengesetzte Thesen; unsere Unterhändler sprachen von einer 15jährigen Besetzung, die verlängert werden konnte, wenn Deutschland seine Verpflichtungen nicht innehielt; Lloyd George dagegen sprach von einer Besetzung, die ziemlich langfristig erscheinen könne, die aber eine Abkürzung zuließe, da die Besetzungsfrage im gegebenen Augenblick einer neuen Prüfung unterzogen werden könne.

So hatte es Lloyd George vielleicht nötig, für den Friedensvertrag, den er nach Hause brachte, zu plädieren. Aber sein Bestreben, für den Friedensvertrag zu werben, richtete sich nur auf den puritanischen Liberalismus. England war mit Vorteilen überhäuft worden, und zwar schon seit dem Waffenstillstand, seit die deutsche Flotte auf englischen Reeden lag. England hatte nicht einmal mehr das Bedürfnis, an seine Kriegsgewinne zu denken. Es hatte sie sofort bekommen. Sie waren in seinen Besitz übergegangen. Es ließ sich die Gewinne ohne Skrupel und Gewissensbisse schmecken, die ihm dieser „gerechte" Frieden gewährt hatte — so gerecht, daß er im Laufe der Rede von Lloyd George einen fast immateriellen Charakter annahm.

Den besitzt er auch, und zwar in dem vollen Umfange, in dem er kein politischer Friedensvertrag ist. Ohne Zweifel pflegen die Urheber eines Vertrages die Gründe nicht öffentlich auszusprechen, warum sie diese oder jene Lösung vorgezogen haben. Wenn es sich gar um Verbündete handelt, die nach erlangtem Siege ihre verschiedenen Interessen ver-

folgen, so liegt es noch näher, diese Hintergründe zu verschweigen. Dafür ist die Sprache des Idealismus wie geschaffen; so floß sie ja auch schon von den Lippen der Sieger von 1815. Wir wissen heute, welches die Berechnungen, die Sorgen, die Differenzen jener Alliierten eines anderen Jahrhunderts waren. Jetzt sind wir über die Friedenskonferenz von 1919 kaum weniger unterrichtet als über den Wiener Kongreß. Die Enthüllungen sind diesmal sehr schnell gekommen. Indessen, was wurde enthüllt, was nicht vollkommen klar gewesen wäre? Der Vertrag von Versailles selbst spricht deutlicher als alles andere. Die Seeinteressen Großbritanniens waren, dank der Führung durch einen mächtigen Instinkt, dank der Tradition der britischen Admiralität und des Foreign Office und dank der Gunst der Lage auf der Stelle und ohne jede Diskussion befriedigt worden. Der Rest des Friedensvertrags war von keiner Gesamtanschauung bestimmt. Dieser Rest — das war allerdings die Errichtung eines neuen Europa! Im Obersten Rat berief sich Clemenceau auf die Ansprüche und auf die Opfer Frankreichs. Er berief sich mit Energie darauf, aber mit einer etwas sturen Energie, indem er stets diejenigen Entscheidungen unterstützte, die die größte Härte gegen Deutschland enthielten, ohne daß er damit den Bannkreis der Ideen durchbrochen hätte, in den ihn seine beiden Partner einschlossen, wobei er übrigens an diese Ideen kaum glaubte, ohne freilich mehr an irgendwelche anderen zu glauben. Auf diese Weise gelang es ihm höchstens, bei Lloyd George und dem Präsidenten Wilson den Eindruck zu erwecken, als ob Frankreich „eine nervöse Furcht" bei dem Gedanken empfinde, daß es sich nach dem Abzug der Engländer und der Amerikaner Deutschland allein gegenübersehe[1]. Um Frankreichs — wie der englische

[1] Aus der Rede Lloyd Georges über den Friedensvertrag v. 3.7.1919.

Premierminister etwas von oben herab sagte — „legitime" Besorgnisse zu mildern, hatten England und Amerika versprochen, im Fall eines „nicht gerechtfertigten Angriffes" ihm wieder zur Seite zu stehen. Das war die im letzten Augenblick dem Vertrag von Versailles hinzugefügte „Garantie."

Das war eine wunderliche Kindlichkeit von Männern, die schließlich mehr als gereift waren. Stellten sie sich denn vor, daß die Dinge genau so wiederkehren würden, wie sie sie sich abspielen sahen? Daß es noch einmal eine Emser Depesche oder einen ermordeten Erzherzog geben werde, und daß Deutschland Frankreich mit offenem Visier wie 1870 und 1914 angreifen werde? Dann gaben sie damit zu, daß sie Europa im selben Zustande gelassen hatten, wie am Tage des Kriegsausbruches. Hier wäre vielleicht für die französischen Unterhändler Gelegenheit gewesen, die Unvollkommenheit des Friedensvertrages nachzuweisen und einen anderen Plan für eine europäische Regelung zur Sprache zu bringen. Der Rückgriff auf die Garantie — was auch immer das Schicksal dieser Abmachungen und was ihr praktischer Wert sein mag — zeugt jedenfalls gegen einen Frieden, dem man nicht die Fähigkeit zutraute, aus eigener Kraft zu bestehen, und der das Gesicht der Welt so wenig verändert hat, daß er dazu zwingt, den Fall ins Auge zu fassen, daß der Krieg unter denselben Bedingungen wiederkehre.

*

Verfaßt von Bibellesern für Bibelleser, war der Vertrag von Versailles aber auch unter der Mitarbeit von Sachleuten entstanden, die man heute „technische Sachverständige" nennt. Die Bestimmungen, die sich auf den Handel, auf Zölle, auf Eisenbahntarife, auf die Flußschiffahrt usw. beziehen, waren Gegenstand besonderer Sorgfalt. Spezialisten aus allen verbündeten Ländern, die in diesen Fragen

Bescheid wußten und während des Krieges über die Bedingungen nachgegrübelt hatten, die Deutschland nach seiner Niederlage auferlegt werden sollten, wurden befragt und aufgefordert, die wirtschaftlichen Klauseln des Vertrags zu redigieren. Nach der allgemeinen Überzeugung unserer Zeit ist nichts wichtiger als die Wirtschaft, und es gibt auf diesem Gebiet ein Spezialistentum, dem in unserm wissenschaftlichen Zeitalter die Staatsmänner eine unterwürfige Ehrerbietung erweisen.

Wahrscheinlich haben die gelehrten Spezialisten und die zuverlässigen Experten der Friedenskonferenz in den Vertrag von Versailles raffinierte und wohlabgestimmte Klauseln eingefügt, die geeignet sind, die Konkurrenz des Deutschen Reiches unwirksam zu machen. Man hat uns auseinandergesetzt, daß diese Klauseln vor allem in bezug auf Frankreich nicht nur den Frankfurter Frieden völlig auslöschen, sondern unserm Lande eine solche Überlegenheit und solche Vorteile verschaffen, daß es nur auf seine eigenen Fähigkeiten und seinen Willen ankommt, um seinen Industriellen und Kaufleuten eine bevorrechtigte Stellung in der Welt zu verschaffen; alles sei so vorgesehen und eingerichtet, daß die Erzeugungskraft Deutschlands der französischen Wirtschaft diene, während es früher umgekehrt gewesen sei.

Diese Kapitel des Vertrags von Versailles, die ohne Zweifel vorzüglich ausgearbeitet sind, werden so lange in Geltung sein und Wert besitzen wie der Vertrag selbst. Ebenso erging es ja den entsprechenden Kapiteln des Frankfurter Friedensvertrages, der so geschickt abgefaßt war, um Deutschland zu begünstigen. Wir hegen auch die Hoffnung, daß Frankreich die erforderliche Organisationskraft und den Geist der Folgerichtigkeit besitzt, damit dieser Teil des Vertrages kein toter Buchstabe bleibt. Was wir zeigen wollten, war nur, daß diesem Teil des Friedensvertrages weder die

Überlegung noch die Sachkunde gefehlt haben, während seine allgemeinen und entscheidenden Bestimmungen, von denen der Fortbestand und der Erfolg aller anderen abhängen, von Männern festgesetzt wurden, die nicht aus der Erfahrung schöpften, die den einzigen „technischen Sachverstand" auf dem Gebiet der Politik darstellt, sondern nach den oberflächlichen Grundsätzen einer demagogischen Doktrin handelten. Die Festlegung der neuen Grenzen z. B. war sehr angesehenen Geographen und Ethnographen übertragen, auf die man volles Vertrauen setzen konnte und die gewiß bei der Durchführung ihrer Aufgabe höchstens unbedeutende Irrtümer begangen haben. Was dagegen den Plan angeht, nach dem die Staaten zugeschnitten und modelliert wurden, so genügt es, einen Blick auf die Karte des neuen Europa zu werfen, um zu bemerken, daß er nur durch den Geist der Laune und des Widerspruchs oder vielmehr durch den Zufall der Sympathien bestimmt worden ist, wenn nicht durch den Zufall der Diskussionen zwischen den Alliierten. So hat bekanntlich der Oberste Rat, nachdem er einen Nationalitätenstaat wie Österreich-Ungarn als ein lebensunwürdiges Gebilde bezeichnet hatte, sich alsbald darangemacht, in Gestalt der Tschecho-Slowakei ein neues Österreich-Ungarn zu schaffen, in dem sich sechs von den acht Nationalitäten finden, die das alte umfaßte. Es dürfte keinen Grenzpfahl des tschecho-slowakischen Staates geben, der nicht nach streng wissenschaftlichen Grundsätzen festgesetzt worden ist. Wie lange freilich diese Grenzen ihren jetzigen Verlauf behalten werden und welche Aussichten sie haben, überhaupt bestehen zu bleiben — das zu wissen, war allerdings nicht die Aufgabe dieser wissenschaftlichen Landvermesser.

So sind die Einzelheiten des Vertrages eine Arbeit von Experten und technischen Sachverständigen. Das Ganze, die großen Linien sind dagegen ein Werk von Dilettanten. Daher rühren zwei seiner beherrschenden Züge: erstens ein betonter moralischer Charakter; denn es ist leicht, moralische Gemeinplätze an die Stelle der politischen Erwägung zu setzen, die eine geistige Anstrengung und eine besondere Vorbereitung erfordert. Zweitens ein „ökonomischer Charakter", der nicht weniger betont ist und sich vorzüglich mit dem puritanischen Moralismus verträgt. Diese Verknüpfung ist nicht neu. Hier hat sie die Wirkung gehabt, jede echte politische Erwägung zu beseitigen. Die berühmte Londoner Zeitschrift „Economist" schließt einen Aufsatz vom 5. Juli 1919 über den Wert des Vertrags von Versailles mit den Worten: „Der Deutsche ist nicht von Natur kriegerisch. Aber er muß erst lernen, daß der Krieg sich nicht rentiert. Die neuen Staaten haben diese Lektion auch noch zu lernen; es ist die Aufgabe der Liga der Nationen, sie darin zu unterweisen."

Diese wunderbaren Vereinfachungen dürfen nicht überraschen. Regelte der Präsident Wilson nicht das Schicksal der Welt in 14 Punkten? Predigte Lloyd George nicht in der nonkonformistischen Kirche seines walliserischen Heimatdorfes? Beschränkte sich für Clemenceau die österreichische Frage nicht darauf, daß er sicher war, daß Graf Czernin gelogen habe[1]? Die Friedenskonferenz war in Wirklichkeit ein Konzil. Nachdem ein für allemal eine Verständigung darüber erzielt war, daß die Freiheit der Meere, die deutschen Kolonien und die deutsche Flotte nicht mehr erwähnt werden würden, haben die Hauptunterhändler, gestützt auf ihr

[1] Czernin hatte — aller Wahrscheinlichkeit nach guten Glaubens — die Echtheit der Sixtus-Briefe bestritten. Näheres bei Wilhelm Ziegler, Volk ohne Führung. S. 173 ff. D. Ü.

Heer von Experten und Sachverständigen, die ihnen über die Spezialfragen Denkschriften und Lösungsvorschläge einreichten, ein neues Europa aufgerichtet. So ging aus dem manchmal von Stürmen unterbrochenen Schweigen, das der Oberste Rat um sich verbreitet hatte, der wichtigste der Friedensverträge, der von Versailles, hervor, der den andern Verträgen zum Vorbild diente: so entstand das Monstrum, das wir heute sehen.

*

Inmitten Europas blieb ein Deutschland übrig, das ungefähr um hunderttausend Quadratkilometer verringert war, auf diesem beschränkten Gebiet aber noch 60 Millionen Einwohner, d. h. ein Drittel mehr als Frankreich, vereinigt hat. Das Werk Bismarcks und der Hohenzollern war in seinem wesentlichen Bestande respektiert worden. Die deutsche Einheit war nicht nur aufrechterhalten, sondern gestärkt worden. Die Alliierten hatten ihren Willen bekundet, nicht in die inneren Angelegenheiten Deutschlands einzugreifen. Sie haben trotzdem eingegriffen. Alle ihre Maßnahmen hatten das Ergebnis, den heutigen Bundesstaat zu zentralisieren und die früheren Siege Preußens zu bestätigen. Wenn es unter der deutschen Bevölkerung autonomistische oder föderalistische Bestrebungen gegeben hatte, so waren sie erstickt worden. Der Vertrag zwang, sperrte und pferchte 60 Millionen Menschen in die verengerten Grenzen hinein. Das bedeuten die Worte: „und Deutschland andererseits", auf Grund deren die beiden deutschen Delegierten am 28. Juni 1919 in Versailles den Vertrag unterzeichneten.

Am Eingang der Spiegelgalerie waren Müller und Bell, schwarz gekleidet, vor den Vertretern von 27 Völkern erschienen. Am selben Ort, unter denselben Gemälden, war 48 Jahre früher das deutsche Kaiserreich proklamiert wor-

den. Deutschland kehrte hierher zurück, um sich zugleich schuldig und legitim, unverletzlich und verbrecherisch erklärt zu hören. In seiner Verurteilung erhielt es zugleich seine feierliche Anerkennung. Dachten Müller und Bell, die obskuren Delegierten eines besiegten Deutschland, daran, was die Niederlage als wesentlichen Bestand übriggelassen hatte? Vielleicht war es für viele der Beisitzer und Richter eine Wollust, das furchtbare Reich Wilhelms II. in der Person eines sozialistischen Intellektuellen und eines Provinzanwalts erniedrigt zu sehen. Die schroffe Stimme Clemenceaus fügte der Erniedrigung hinzu: „Wohlverstanden, meine Herren deutschen Delegierten, alle die Verpflichtungen, die Sie jetzt unterzeichnen werden, müssen uneingeschränkt und loyal erfüllt werden." Uns klingt dieser schneidende Ausspruch noch in den Ohren und ebenso die beiden mark- und klanglosen „Ja" aus dem Munde von Müller und Bell, die sich wie Automaten vom Chef des Protokolls vorführen ließen. Eine schwache Stimme und eine hinfällige Bürgschaft! Welche Sicherheit konnten Müller und Bell geben? Der Vertrag von Versailles setzte Kräfte in Bewegung, die bereits dem Willen seiner Urheber entglitten.

„Der Friede ist zu milde für das, was er an Härten enthält." Diese Kennzeichnung haben wir dem Friedensvertrag gegeben, sobald er bekanntgeworden ist. Man wird sehen, daß diese Kennzeichnung richtig ist und daß die Erfahrung sie bestätigt. Der Vertrag nimmt Deutschland alles, außer der Hauptsache, dem politischen Dasein als Staat, aus dem alle anderen Kräfte hervorgehen. Die Urheber des Vertrages meinten Deutschland die Mittel zu entziehen, mit denen es wie 1914 Schaden anstiften konnte. Sie ließen ihm aber das wichtigste dieser Mittel; das, das ihm gestattet, die andern wiederherzustellen, den Staat, den Einheitsstaat, der über die Hilfsquellen und Kräfte von 60 Mil-

lionen Menschenwesen verfügt und der zum Werkzeug ihrer Leidenschaften werden wird.

Der Friedensvertrag läßt diese Hilfsquellen und Kräfte in den Händen einer einzigen Regierung, die vorgestern durch Müller und Bell repräsentiert wurde, hinter der gestern Hugo Stinnes stand, und deren nächste Gestalt und Namen wir noch nicht kennen, die aber immer der Erbe des preußischen Staates ist. Und was die Leidenschaften angeht, Nationalleidenschaften, menschliche Leidenschaften, natürliche und physische Antriebe des deutschen Volkes, so enthält der Friedensvertrag alles, wessen es bedarf, um sie aufs äußerste zu reizen.

Die Garantie, die die Schöpfer des Vertrages zu bieten wähnten, besteht in der Abrüstung. Der Gedankengang der Urheber des Friedensvertrages war folgender: der Besitz außerordentlicher militärischer Stärke hat Deutschland zum Krieg und zur Eroberung getrieben. Ein Deutschland, das nur noch das Recht haben wird, 100 000 Mann unter den Fahnen zu halten, gerade genug, um die Ordnung im Innern aufrechtzuerhalten, wird friedliebend sein und keine Neigung zum Angriff haben. „Die deutsche Armee", so sagte Lloyd George, „war der Schlußstein der preußischen Politik. Man muß sie auseinandertreiben, sie auflösen, sie entwaffnen, ihr die Möglichkeit nehmen, sich von neuem zu versammeln und die Ausrüstung einer ähnlichen Armee unmöglich machen." Das werde genügen. Deutschland werde dann nicht mehr Deutschland sein.

Eine kümmerliche, eines Staatsmanns unwürdige Überlegung!

Napoleon hat den gleichen Gedanken in bezug auf Preußen gehabt, und man könnte es sonderbar finden, daß Wilson, Lloyd George und Clemenceau den Irrtum dieses Ursolda-

ten wiederholten, wenn nicht Napoleon seine Weltanschauung aus der Aufklärung des 18. Jahrhunderts geschöpft hätte, also aus der gleichen Quelle wie die Staatsmänner von Versailles.

Aber die Natur Preußens selbst als eines Landes der Kolonisation und der Eroberung hat den preußischen Militarismus hervorgebracht. Die Ritter des Deutschen Ordens waren den Hohenzollern vorangegangen. Sie haben ihnen eine Notwendigkeit und zugleich das Werkzeug zu ihrer Überwindung hinterlassen. Bei unsicheren und stets vom Deutschtum und Slawentum umkämpften Grenzen, in einem Land ohne natürliche Schranken, das allen Winden offenliegt, ist die militärische Stärke eine Notwendigkeit. Der „Heimatschutz" hat sich unter unseren Augen als eine fast unwillkürliche Schöpfung gebildet, gleichsam ein Deutscher Orden des demokratischen Zeitalters. Die Überreste der alten kaiserlichen Armee, die Banden, die sich der Entlassung entzogen, haben ihre Zuflucht in den Grenzgebieten gefunden, im westlichen und im östlichen Preußen. Vielleicht sind neue Formen des Militarismus im Entstehen begriffen. Es wird nur der Gelegenheit und des Mannes bedürfen, um diesen Militarismus in Bewegung zu setzen. Wenn Stein und Scharnhorst eine preußische Armee nach neuen Grundsätzen geschaffen haben, so hatte der Major Schill die Aufgabe, den kriegerischen Geist wiederzuerwecken. Nach Jena war Preußen zwar entwaffnet, aber der preußische Staat bestand fort. In fünf Jahren hatte er wieder aufgerüstet. Die Verbote des Siegers waren bis zu dem Tage umgangen oder verletzt worden, wo die preußische Armee dank günstiger Umstände die gleiche Legitimität besaß wie der preußische Staat.

Deutschland ist das Preußen von heute. Der Vertrag von Versailles hat Preußen und Deutschland zu einer Einheit

verschmolzen. Was Preußen zu spüren bekommt, muß Deutschland mitempfinden. Die Abrüstung, die der Vertrag von Versailles befiehlt, ist eine noch schwächere Bürgschaft als die, die Napoleon erwirkt hatte — und das, obwohl Napoleon in Berlin einmarschiert war. Man darf dabei nicht vergessen, daß der preußische Militarismus, ehe er eine europäische Gefahr wurde, eine deutsche Gefahr gewesen ist. Bis zum Jahre 1866, in dem der preußische Militarismus die Widerstände gebrochen hat, fand er seine Grenzen oder zumindest ein Gegengewicht in der Verfassung Deutschlands selbst, im Gleichgewicht der Kräfte und den Lebensformen, die das Ergebnis des Bundessystems waren. Im Jahre 1813 verfügte der Militarismus nur über die Hilfsquellen des friderizianischen Preußens, im Jahre 1870 über die Hilfsquellen des Bismarckschen Preußens. Bei seiner Wiedergeburt wird er über die Kräfte des ganzen Deutschen Reiches verfügen, so wie es der Vertrag von Versailles anerkannt und feierlich bestätigt hat.

Der Friedensvertrag hat die deutsche Einheit bewahrt und verstärkt. Darin liegt das, was wir seine Milde nannten. Dieses wesentliche Zugeständnis erschwert nicht nur die Schwierigkeiten für die Überwachung der Abrüstung. Wir wiederholen, daß das Vorhandensein des Staates als politischen Machtzentrums alle anderen Kräfte hervorbringt und daß ein Staat von 60 Millionen Menschen, der menschenreichste West- und Mitteleuropas, damit bereits jetzt politische Macht besitzt. Früher oder später wird sich Deutschland versucht fühlen, davon Gebrauch zu machen. Es wird sogar durch die gerechten Härten dazu getrieben, die die Alliierten ihm in anderen Teilen des Friedensvertrages auferlegt haben. Alles ist dazu angetan, 60 Millionen Deutsche fühlen zu lassen, daß sie gemeinsam und unzertrennlich ein schmerzhaftes Schicksal erfahren haben. Und alles ist dazu angetan,

um in ihnen den Wunsch und die Fähigkeit zu erwecken, sich davon zu befreien; gerade ihre Fesseln werden ihnen dabei als Ansporn dienen.

*

Was mag das Schmerzhafteste für die besiegten Deutschen sein? Was mag sie am meisten anspornen, ihre Befreiung anzustreben? Die Gebiete, die sie verlieren oder die Wiedergutmachungszahlungen, die sie schulden? Beides, und zwar im gleichen Grade und aus dem gleichen Grunde. Die verlorenen Provinzen verknüpfen sich für sie mit dem zu zahlenden Gelde, und ein Badener fühlt sich ebenso wie ein Sachse daran interessiert, Oberschlesien zu behalten, da beide Staatsbürger des gleichen, einheitlichen Landes sind. Unter dem Vorwande, daß damit die Kreditwürdigkeit größer sei, hat der Vertrag alle Deutschen solidarisch für die Schuld haftbar gemacht. Damit hat man sie auch im Protest solidarisch gemacht. Schlesien, Posen, Danzig waren Eroberungen Preußens, die noch vor einem halben Jahrhundert nur die echten Preußen interessierten. Ihr Verlust aber wird von einem Stuttgarter oder Münchner im gleichen Maße empfunden, weil sich der Stuttgarter oder Münchner sagen wird: „Württemberger oder Bayer, ich besitze und ich schulde genau so, wie wenn ich Preuße wäre. Unsere Aktiven und unsere Passiven sind dieselben. Alles, was man Preußen nimmt, nimmt man Deutschland. Man nimmt es mir weg. Was wir uns wieder holen, holen wir für uns alle wieder." Und es sind 60 Millionen, die so denken, Menschen, die sich an der Kette der Reparationszahlungen wund gerieben haben, die aber ihre Stärke immer deutlicher fühlen werden, je mehr die Zeit fortschreitet. Denn der Vertrag gibt ihnen eine gemeinsame Verpflichtung, ein gemeinsames Interesse und — einen gemeinsamen Staat als Sammelpunkt aller Hoffnungen mitten in der Verzweiflung. Während mehr als

eines Menschenlebens müssen die Deutschen den Alliierten Tribut zahlen. Den größten Teil des Tributes müssen sie den Franzosen zahlen, die um ein Drittel weniger sind als sie: 40 Millionen Franzosen haben 60 Millionen Deutsche als Schuldner, deren Schuld nicht vor Ablauf von dreißig Jahren, vielleicht eines halben Jahrhunderts, bezahlt werden kann. Kinder, die noch nicht geboren sind, die den Krieg nur vom Hörensagen kennen werden, nur in Gestalt einer Legende, deren Charakter sich bereits erraten läßt („wir sind nicht besiegt worden"), werden in das Mannesalter eintreten und noch immer vom Erzeugnis ihrer Arbeit vorweg ihren Anteil an den Wiedergutmachungszahlungen leisten müssen. Welche Bürgschaften, welche Vorsichtsmaßregeln hätte diese ungeheuerliche Schuld erfordert! Mindestens die eine, daß man diese Millionen von Geschöpfen nicht an dieselbe Kettenkugel angeschmiedet hätte, mit einer einzigen Regierung, morgen vielleicht mit einem einzigen Führer an ihrer Spitze, der sie lehren wird, ihre Kette zu brechen.

Bitte, betrachten Sie jetzt die Karte des neuen Europa, wenn sie in dem Augenblick, wo dieses Buch Ihnen unter die Hände kommt, nicht bereits zerrissen ist und in mehreren ihrer Teile eine völlige Umwälzung erfahren hat. Deutschland hat erhebliche Gebietsverluste erlitten. Wir haben eben bereits erwähnt, daß es ungefähr hunderttausend Quadratkilometer, das heißt ein Fünftel seiner Oberfläche, verliert. Aber wo verliert es sie? Vor allen Dingen im Osten, an seiner polnischen Grenze. Elsaß-Lothringen, Eupen und Malmédy, der Streifen von Nordschleswig: das sind leichte Amputationen im Vergleich zu denen, die das Reich im Osten erlitten hat. Dem jungen und schwachen polnischen Staat mußte es die Provinz Posen zurückgeben. Es steht

jetzt[1] unter der Drohung, ihm Oberschlesien zurückgeben zu müssen. Und Danzig bildet den Ausgang des Korridors, der in Zukunft Ostpreußen vom übrigen Preußen trennt, genau wie im 18. Jahrhundert, zu der Zeit, wo das Königreich Friedrichs II. nur ein „Königreich aus Grenzrainen" war, wie Voltaire spottete. Die Verbündeten haben Deutschland nicht zerschlagen, sie haben es nicht einmal föderalisiert. Sie haben erklärt, daß man die geschichtliche Entwicklung nicht umkehren könne. An einem Punkte haben sie es doch getan. Und an welchem Punkte! Königsberg, die Stadt Kants, die Stadt, wo der erste König von Preußen sich selbst die Krone aufs Haupt gesetzt hat! Der ehemalige preußische Staat, so schwach er war, so ungünstig die Lage seiner Gebiete sein mochte — „drei Ambosse, auf die drei Hämmer schlagen" —, hat nicht geruht, bis Königsberg an das übrige Preußen angeschweißt und der Polnische Korridor geschlossen war. Und der Vertrag von Versailles hat Ostpreußen wieder zu einer Insel gemacht, während er ein großes Preußen-Deutschland bestehen ließ! Im folgenden Kapitel werden wir die psychologischen und politischen Wirkungen dieser halben Maßnahme prüfen, die so verhängnisvoll unbedacht war.

Man kann also nicht sagen, daß der Friedensvertrag Deutschland nicht zerstückelte. Er zerstückelte es in einschneidender Weise im Osten, an einem besonders empfindlichen Punkt, und völlig außer der Reichweite der Alliierten. Er zerstückelte Deutschland zugunsten Polens, dessen Bevölkerungszahl nur ein Drittel derjenigen Deutschlands beträgt und dessen Stärke nicht einmal auf den zwanzigsten Teil der Stärke Deutschlands geschätzt werden darf, wenn man die inneren Schwächen des polnischen Staates und seine ge-

[1] D. h. im Jahre 1920; die Abstimmung in Oberschlesien fand am 20. März 1921 statt. D. Ü.

fährdete Lage in Betracht zieht. Blicken Sie bitte noch einmal auf die Karte des Europa von Versailles; sie ist sprechend. Inmitten Europas wie ein bösartiges Raubtier zusammengekauert, braucht Deutschland nur eine Tatze auszustrecken, um die ostpreußische Insel aufs neue mit sich zu vereinigen. In diesem Bild kann man das kommende Unheil Polens und Europas deutlich erkennen.

Allenfalls kann man behaupten, daß die deutsche Einheit an der Westgrenze, wo sie durch Frankreich und Deutschland und mit Abstand durch die englisch-amerikanische Garantie in Schranken gehalten wird, nicht mehr gefährlich sei, oder daß die Gefahr gering, ungewiß und leicht zu bannen sei. Vielleicht ... Immerhin ist die Erprobung dieser Behauptung gefährlich genug. Denn diesem Deutschland, das jederzeit fähig ist, wieder ein mächtiger Staat zu werden, müssen wir soviel Lasten, soviel Verpflichtungen auferlegen, die es ungeduldig ertragen wird! Aber die Schöpfer des Friedensvertrages scheinen nicht daran gedacht zu haben, daß es im Osten keine entsprechende Macht gibt, und daß das gewaltige deutsche Gewicht Europa in diesen Abgrund stürzen kann. Damit die kleinen neugeschaffenen oder wiederhergestellten Staaten im Osten Deutschlands wachsen, sich organisieren, ihre Kinderkrankheiten und ihre Wachstumskrisen in einer verhältnismäßigen Sicherheit überstehen können, hätte kein ungeheures Deutschland auf ihnen lasten dürfen. Die Nationalitätenpolitik hätte noch mehr als die Gleichgewichtspolitik die Aufteilung Deutschlands erfordert. Kleinstaaten besitzen keine Sicherheit neben einem einzigen Staat, der groß geblieben ist.

Es scheint, daß die Schöpfer des Vertrages geglaubt haben, daß ihnen die Versöhnung des Nationalitätenprinzips mit dem Gleichgewichtsprinzip gelungen sei, da die befreiten Völker des Ostens mit der Aufgabe betraut worden sind,

als Gegengewicht gegen die deutsche Masse zu dienen. Hier ist ein Problem der Mechanik durch eine Metapher gelöst worden, durch das Gleichnis vom „Gürtel" oder der „Barriere". Von was ist Deutschland aber „umgürtet" worden? Von einem Rosenkranz aus lauter kleinen Serbien!

Behalten Sie immer diese seltsame Karte vor Augen! Setzen Sie sich einen Augenblick an die Stelle der Menschen, die diese neuen Staaten bewohnen, und versuchen Sie, wie diese zu denken. Für sie kann Deutschland nur entweder Drohung oder Anziehungspunkt sein. Entweder Unterwerfung oder Kampf; eine mittlere Linie gibt es nicht. Für Polen gibt es überhaupt keine Wahl. Seine Lage zwingt ihm den Kampf auf, und zwar auf Tod und Leben. Wie steht es aber mit dem tschecho-slowakischen Staat? Anstatt daß er das Deutschtum „umgürtet", wird er vom Deutschtum umgürtet. Das Deutschtum vermag, wenn es will, ihm die Luftzufuhr abzuschneiden, da Handel und Industrie der Tschecho-Slowakei seiner Willkür ausgeliefert sind. Und dann — wir scheuen uns in diesem Buche nicht, Grundtatsachen zu wiederholen, die man sich stets gegenwärtig halten muß —, es gibt drei Millionen Deutsche in Böhmen. Ein Krieg mit Deutschland würde für die Tschecho-Slowakei Selbstmord bedeuten. Für die Prager Regierung ist äußerste Behutsamkeit geboten. Und Behutsamkeit heißt Neutralität. Bedingungslose, absolute Neutralität aber bedeutet bald Unterwerfung.

Weiter im Süden steht es schlimmer. Da liegt Österreich, ein Stück des echten Deutschland, das einzige, das von der deutschen Einheit losgerissen ist. Wenn man Österreich von der deutschen Einheit losriß, so ist kein Grund einzusehen, warum die anderen Teile Deutschlands nur fester an Preußen angeschlossen worden sind. Wenn Wien die Hauptstadt

von Österreich bleibt, so hat es keinen Sinn, daß Bayern und Württemberg ihren Schwerpunkt in Berlin behalten. Sowie man ein unabhängiges Österreich schaffen wollte, hätten auch die anderen Stücke Deutschlands unabhängig werden müssen. Das abgesplitterte Stück liegt in der Reichweite der Hauptmasse. Das bedeutet eine zu große Versuchung für Deutschland, die österreichischen Lande wieder in das deutsche Vaterland aufzunehmen. Und für den Wiener Staat bedeutet es eine zu große Versuchung, sich wieder einer großen und mächtigen Gemeinschaft anzuschließen. Heute ist er für die Welt ein Gegenstand des Spottes oder des Mitleids. Man nennt ihn verächtlich einen Krüppelstaat. Wenn er von anderen Staaten seiner Größe umgeben wäre (er zählt schließlich beinahe ebensoviel Einwohner wie Belgien), wäre es keineswegs lächerlich. Aber diese einzige kleine deutsche Gruppe neben dem deutschen Koloß nimmt niemand ernst. Um bestehen zu können, setzten Polen, die Tschecho-Slowakei und Österreich voraus, daß es neben ihnen kein großes Deutschland gäbe. Das Vorhandensein und die Sicherheit dieser kleinen Staaten forderte andere kleine Staaten. Keine Erwägung dieser Art findet sich im Vertrag von Versailles. Es scheint sogar, daß die Schöpfer des Friedensvertrages keinen Augenblick an diese Gleichgewichtsfragen gedacht haben. Der Vertrag von Versailles ist kein politischer Vertrag.

*

Das Wesen der Politik besteht darin, Voraussicht zu üben. Der Vertrag vom 28. Juni ist durch seinen Mangel an Voraussicht bemerkenswert. Er häuft Schwierigkeiten auf und verschiebt die Lösungen auf später. Er hinterläßt der Zukunft Streitigkeiten und Auseinandersetzungen, nicht nur mit Deutschland, sondern auch zwischen den Alliierten. Wie wird

Deutschland in 15 Jahren aussehen? Wie wird es dann um unsere Bündnisse bestellt sein? Für diesen Zeitpunkt aber ist die Räumung der dritten Zone, des Mainzer Brückenkopfes, vorgesehen, wenn Deutschland seine Verpflichtungen innegehalten hat. Wenn es in Verzug geraten ist, wie das bereits der Fall ist, so laufen nach der französischen These die Fristen während dieser Zeit nicht. Wird diese These überall anerkannt werden? Welche Konflikte können daraus entstehen? Aber im Jahre 1935 soll außerdem eine Volksabstimmung darüber entscheiden, ob das Saarbecken an Frankreich oder an Deutschland fällt. Wenn die Volksabstimmung gegen uns entscheidet, muß Deutschland die Gruben bezahlen, zu deren Eigentümern uns der Vertrag macht. Das stellt große Verwicklungen in Aussicht. Bis zu welchem Grade werden sie durch den Zustand angewachsen sein, in dem sich dann Europa und Deutschland befinden werden? Wie wird in diesem Augenblick das Verhältnis der Kräfte sein? Wir sind auf Vermutungen angewiesen. Große Probleme sind dem Zufall überlassen geblieben.

Ohne Zweifel mußte ein umfassender Friedensvertrag, der so viele Gegenstände umfaßte wie der von 1919, mancherlei Ungewißheiten in sich bergen. Er mußte „eine fortgesetzte Schöpfung" werden. Der Westfälische Frieden unterlag gleichfalls dieser Notwendigkeit, obwohl er Frankreich und seinem nordischen Verbündeten, Schweden, ein Recht der Garantie eingeräumt hatte, das übrigens Schweden bald nicht mehr ausüben konnte. Worauf bezog sich aber die Garantie des Westfälischen Friedens? Auf eine verhältnismäßig einfache und klare Sache, auf die Verfassung des deutschen Staatengebildes, das zu beherrschen keine deutsche Macht imstande sein durfte. Dieser Grundsatz war unbedingt. Er war unveränderlich und ließ keine Interpretation zu, die dem Zweifel Raum gegeben hätte. Die Bürgschaft

der Allierten von 1919 dagegen bezieht sich auf eine Menge von Einzelfragen, die Gelegenheit zu Meinungsverschiedenheiten und zweifelhaften Transaktionen geben: wir haben das in der Kohlenfrage auf der Konferenz von Spa gesehen, und wir werden es noch sehen. Dagegen ist der Hauptpunkt, von dem alles andere abhängt, das Gleichgewicht der Kräfte, nicht einmal in Betracht gezogen.

Dieses Versäumnis gibt dem Frieden seinen wichtigsten Charakterzug. Dieser Friede wollte das Gleichgewicht nicht verwirklichen. Die Rücksicht auf die deutsche Einheit hat dazu geführt. Alle anderen Folgen entspringen daraus und werden in Zukunft daraus entspringen. Die schwerste Folge für Frankreich ist die Aufrechterhaltung des bewaffneten Friedens, die den Besitz einer großen Militärmacht für uns unerläßlich macht, sei es, um unsere Sicherheit zu wahren, sei es, um die Pfänder in Besitz zu nehmen, die bei Nichterfüllung des Vertrages notwendig werden. Die Erfahrung eines Jahres hat bereits gezeigt, daß die Besetzung des linken Rheinufers nicht ausgereicht hat. Wir haben ein erstes Mal nach Frankfurt einrücken müssen. Die Besetzung des Ruhrgebiets war als Sanktion im Anschluß an Spa notwendig geworden. Man kann sagen, daß der Friedensvertrag von Versailles den ewigen Krieg organisiert.

Der Friedensvertrag hat uns nicht einmal in besonders günstige Bedingungen versetzt, wenn wir Krieg führen müssen. Die Grenze, die er uns gewährt, ist die von 1870. Das ist eine Invasionsgrenze, die im Jahre 1815 zuungunsten Frankreichs gezogen wurde. Die Meinung der Heerführer, die eine strategische Grenze forderten, ist nicht berücksichtigt worden. Darüber wurden die „technischen Sachverständigen" nicht gehört. Zwei geschichtliche Beispiele beweisen am besten, daß es bei Fragen dieser Art nützlich ist,

auf die technischen Sachverständigen zu hören. Wenn ein Generalstab erklärt: „Hier kann ich die Verteidigung sicherstellen, dort dagegen nicht", so hat er dafür seine sachlichen Gründe. Als 1866 Österreich Venetien abtrat, hat der österreichische Generalstab die neuen Grenzen der Monarchie festgesetzt. Ergebnis: während dreier Jahre haben schwache österreichisch-ungarische Kräfte ausgereicht, um den Angriffsschwung der Italiener zu brechen, und zweimal sind die Truppen der Mittelmächte von ihren Höhenstellungen und ihren Alpengipfeln auf die Heerstraße der Lombardei vorgestoßen. – Im Jahre 1871 wollte der preußische Generalstab Metz behalten. Er setzte sich durch. Das war der Grund, weshalb wir 1914 nicht einmal Briey verteidigen konnten. Umgekehrt war Bismarck über den Widerspruch Moltkes hinweggegangen und hatte die Pforte von Belfort in unserem Besitz gelassen: Wir sind infolgedessen bereits 1914 in den Sundgau eingedrungen und wurden von dort nicht wieder verdrängt, wie Moltke vorhergesagt hatte.

Da Frankreich mit einem großen Deutschland in Berührung blieb, so hätte es wenigstens einer vernünftigen Grenze bedurft, einer Grenze, die dieser Politik entsprochen hätte. Wir haben sie nicht erhalten. An die Stelle der natürlichen strategischen Gebietssicherheit, die ihrerseits nur ein Ersatz für den Mangel an politischer Sicherheit gewesen wäre, sind juristische Vorsichtsmaßnahmen getreten, Verbote, die Deutschland untersagen, Garnisonen auf dem linken Ufer des Rheins und innerhalb einer Zone von 50 Kilometer Breite auf dem rechten Ufer des Rheins zu unterhalten. Es ist klar, daß diese Klausel ebenso wie die der Abrüstung überhaupt nur soviel wert ist, wie den Umständen und dem Kräfteverhältnis zwischen den Staaten entspricht. So stößt man immer wieder auf das Gleichgewicht der Kräfte, auf das politische Gleichgewicht.

Vielleicht weil er ein Gegner des klassischen Gleichgewichtsprinzips war, hat Präsident Wilson verlangt, daß der Völkerbundspakt dem Vertrag von Versailles und allen anderen Friedensverträgen vorangehe und ihnen übergeordnet sei. Was ist aber die Société des Nations? Das irreale Gleichgewicht an Stelle des wirklichen Gleichgewichts. Die Société des Nations lehnt einmal das individuelle Gleichgewicht ab, das kein größenmäßiges Mißverhältnis zwischen benachbarten oder Konflikten ausgesetzten Staaten zuläßt. Die Société des Nations lehnt ebenso das Gleichgewicht ab, das man das kooperative nennen könnte und das durch Bündniskombinationen gebildet wird. Die Société des Nations meint beide Arten des Gleichgewichts überflüssig zu machen, indem sie die Aufgabe übernimmt, die Gerechtigkeit zwischen den Völkern herzustellen, dem Rechte Achtung zu verschaffen und die Interessen in Einklang zu bringen. Von dem Tage ab, an dem Deutschland für würdig erklärt wird, in die Société des Nations einzutreten, bedarf nach der Wilsonschen Doktrin der Friede keiner anderen Bürgschaften mehr.

Ein einziger Artikel im Pakt der Société des Nations hatte einen klaren und positiven Sinn. Das war der Artikel 10, durch den die Mitglieder sich verpflichteten, untereinander die Unversehrtheit ihres Gebietes und ihre Unabhängigkeit zu schützen und zu verteidigen. Einzig in ihrer Art hat eine mächtige politische Körperschaft, der Senat von Washington, die Kühnheit und den Freimut gehabt, ganz offen zu erklären, daß sie eine solche Last und Pflicht zurückweise. Die Regierungen und Parlamente, die den Artikel 10 angenommen haben, waren nicht aufrichtig und glaubten sich durch eine so weitläufige Verpflichtung nicht ernstlich gebunden, oder sie haben einfach ihre Tragweite nicht überblickt. Der Senat von Washington hat, indem er den Arti-

kel10 verwarf, eine Illusion zerstört und der Welt damit einen unermeßlichen Dienst erwiesen. Nunmehr muß jedes Volk seinen Weg und seine Politik auf den Grundlagen der gewöhnlichen Erfahrung suchen. Es muß sie inmitten einer umfassenden Verwirrung suchen, die der Vertrag von Versailles nicht allein geschaffen, die er aber zusammen mit seinen Anhängseln, den Verträgen von Saint-Germain, Neuilly, Trianon und Sèvres, bedeutend vergrößert hat.

Mitten in diesem Chaos bleibt die Politik Frankreichs wie vor 1914 durch die deutsche Frage beherrscht. Der Frieden hat sie nicht erleichtert. Wie wird nunmehr die Art unserer Beziehung zu Deutschland sein? Das ist die erste Frage, das eine Ende des Fadens. In diesem Punkte gibt es keinen Zweifel. Es gibt keine Wahl. Wenn wir uns auch der Abhängigkeit von Deutschland entzogen haben, so sind wir doch von der deutschen Frage abhängig geblieben.

3. Kapitel

Die Rettung der deutschen Einheit

Heute bedauert jeder, daß das besiegte Deutschland seine politische Einheit, das wichtigste Ergebnis der früheren militärischen Siege Preußens, bewahrt hat. Selbst die französischen Unterhändler der Pariser Konferenz streiten es nicht mehr ab, daß es besser gewesen wäre, wenn die deutsche Einheit unsern Sieg nicht überlebt hätte. Tardieu entschuldigt sich mit der Übermacht der Umstände. Man bestreitet heute nicht mehr die Richtigkeit des Wortes, das Thiers 6 Wochen vor Königgrätz gesprochen hat: „Der wichtigste Grundsatz der europäischen Politik geht dahin, daß Deutschland aus unabhängigen Staaten zusammengesetzt sein muß, die untereinander nur durch ein einfaches föderatives Band verknüpft sind." Tardieu hat nur geltend gemacht, daß Clemenceau und seine Mitarbeiter auf unüberwindliche Schwierigkeiten gestoßen seien, deren hauptsächlichste in dem Widerstand unserer Verbündeten und den allgemeinen Grundsätzen bestanden, die Wilson verkündet hatte und die von allen als Grundlage des Friedens angenommen worden waren.

Wir wollen nicht die Frage aufwerfen, ob diese Grundsätze unverletzlich waren und ob die Bekehrung des Präsidenten Wilson nicht hätte versucht werden können. Die britische Regierung z. B. hatte die Preisgabe des Grundsatzes der freien Meere erreicht. Hätte die französische Regierung zu der Zeit, wo die Positionen für die Verhand-

lungen bezogen wurden, d. h. zwischen dem Waffenstillstand und dem Zusammentritt der Konferenz, nicht gleichfalls erreichen können, daß die Rücksicht auf die deutsche Einheit beiseitegelassen wurde, indem sie passende Argumente vorzubringen wußte? Es ist kein Versuch in dieser Richtung unternommen worden. Der Grund dafür ist sehr einfach. Der „wichtigste Grundsatz der europäischen Politik", von dem Thiers sprach, war dem Bewußtsein entschwunden. Er war schon in erschreckendem Maße unter dem zweiten Kaiserreiche in Vergessenheit geraten. Man kann sagen, daß er zu unserer Zeit nur noch als historische Erinnerung bei einer ganz kleinen Zahl von Menschen lebte, die nicht diejenigen waren, denen die Führung der Verhandlungen anvertraut war. Wenn diesem oder jenem Mitglied der französischen Delegation gelegentlich ein Schimmer der Politik aufging, die man hätte befolgen müssen, so waren das nur ebenso verspätete wie flüchtige Anwandlungen. Das Herz war nicht dabei, noch weniger irgendwelche Ideen. Vor und während des Krieges hat Clemenceau Gelegenheit gehabt, die seinigen auseinanderzusetzen. Er hat sie in einem Buche über Deutschland vereinigt, das einen aufrichtigen Patriotismus verrät. Man wird indessen darin vergebens nach irgend etwas suchen, was den Anschauungen eines Staatsmannes ähnelt. André Tardieu führt in seinen Erinnerungen, die der Selbstrechtfertigung dienen, an, daß keine der Regierungen, die der Clemenceaus vorangingen, selbst in ihren Geheimdokumenten, die Aufteilung Deutschlands unter ihren Kriegszielen in Betracht gezogen habe. Es war indessen im Laufe geheimer Unterhaltungen mit dem Kaiser Nikolaus II. von dieser Frage die Rede; er billigte diesen Gedanken vollkommen. Das beweist, daß der Gedanke imstande war, Anhänger zu finden, denn er entsprach an und für sich nicht den Überlieferungen des russischen

Hofes, der mindestens seit dem Krimkriege sich niemals dem Fortschreiten der deutschen Einigung entgegengestellt und sie 1870 nicht bestritten hatte. Aber André Tardieu hatte recht. Es gab während des Krieges in dieser Richtung nur vereinzelte Versuche, vorüberhuschende Lichtstrahlen. Weder 1916, als die alliierten Hauptmächte ihre Abmachungen für den Fall des Sieges trafen, noch 1917, als sie in Beantwortung des deutschen Friedensangebots ihre Kriegsziele endgültig festsetzten, war die Rede davon gewesen, Deutschland in einen Staatenbund zurückzuverwandeln. Die Abmachungen von 1916 stellten sogar das linke Rheinufer unter unseren Einfluß, ohne daran Anstoß zu nehmen, daß die übrigen deutschen Länder unter der Führung Preußens zentralisiert blieben, so daß dieser Plan dieselben Fehler aufwies wie der Napoleons III.

Das einzige, was André Tardieu zu beweisen gelang, war, daß die französische Staatsleitung während des Krieges weder eine Lehre noch Grundsätze in bezug auf die deutsche Frage besaß. Der Redner, der in der Kammer vom Westfälischen Frieden gesprochen hätte, hätte nicht mehr Erfolg gehabt als Thiers im Jahre 1866. Diejenigen, die davon in Büchern oder in der Presse sprachen, verfielen der Verdammung aller kultivierten Menschen; Paul Deschanel z.B. brachte sein Buch über diese Frage nicht auf den Markt. Diese Ideen waren ohne Zweifel neu, oder vielmehr sie griffen zu weit zurück und setzten eine zu umfassende Geschichtskenntnis voraus, als daß sie wirksame Überzeugungen hätten hervorbringen können. So wurden sie ins Lächerliche gezogen. Die Staatsführung, für die sie fremdartig oder zu neu waren, hätte sie erst geteilt und praktisch angewandt, wenn sie die öffentliche Meinung erobert gehabt hätten. Die Eroberung der öffentlichen Meinung erfordert Mühe und Zeit. Sie war gerade erst begonnen worden. Zu ihrem Erfolge

bedurfte es der Erfahrung, die wir mit dem Friedensvertrag gemacht haben, und dann war es zu spät.

Man wird ohne Zweifel einwenden, daß es unklug gewesen wäre, während des Krieges Deutschland mit der Aufteilung zu drohen, und daß diese Drohung nur dazu gedient hätte, den nationalen Zusammenhalt der Deutschen zu verstärken. Derselbe Grund hätte uns auch daran hindern müssen, zu verkünden, daß der Krieg bis zum vollkommenen Siege fortgeführt werde, bis Deutschland auf die Knie gezwungen sei. Derselbe Grund hätte uns auch daran hindern müssen, Wilhelm II. die Hinrichtung in Aussicht zu stellen, denn bis in die letzten Wochen des Krieges war die Stellung des Kaisers nicht erschüttert. Wann haben die Deutschen Wilhelm II. gestürzt? Als sie begriffen hatten, daß der Sturz der Hohenzollern notwendig war, um den Frieden zu erlangen. Anfang November schwankten Scheidemann und die Mehrheitssozialisten noch.

Wahrscheinlich wäre dasselbe Ergebnis erzielt worden, wenn die Entente erklärt hätte, daß sie Frieden gewähren werde, wenn die deutsche Einheit aufgelöst werde, aber auch nur dann. Vielleicht wäre diese Erklärung zuerst mit Verachtung und sogar mit aufrichtiger Empörung angehört worden. Solange Deutschland an seinen Sieg geglaubt hat, war es nicht bereit, Wilhelm II. zu verleugnen oder auch nur auf sein belgisches „Pfand" zu verzichten. Noch 1918 antwortete Deutschland auf die Forderung, Elsaß-Lothringen abzutreten, mit einem „Niemals!". Mit den Fortschritten unserer Waffen brach sich dieser Gedanke Bahn. Wir wissen heute, daß Bayern schon einige Zeit vor dem Waffenstillstand kriegsmüde war und daß König Ludwig III. daran zu denken begann, wie er sich auf gute Art aus der Gefahr ziehen könne. Was hätte sich ereignet, wenn den Deutschen solche Auswege gezeigt worden wären? Niemand kann sagen,

ob sie nicht ebenso leicht auf ihre Einheit verzichtet hätten wie auf ihre Monarchie. Es war ebensogut möglich, ihnen zu beweisen, daß ihre Einheit die Ursache ihres und unseres Unglücks war, wie, daß die Hohenzollern dafür verantwortlich seien. Um es zu beweisen, hätte man es allerdings wissen müssen.

*

Die Alliierten hatten den „preußischen Militarismus" und die „Autokratie" als Feinde Europas und Urheber des Krieges angeschuldigt. Es war ihnen nicht aufgegangen, daß die deutsche Einheit nicht nur das Werk dieses Militarismus und dieser Autokratie war, sondern daß sie immer wieder versucht sein würde, auf die Mittel zurückzugreifen, die sie geschaffen hatten. Es hat zu keinem Zeitpunkt bei den Beratungen der Alliierten eine sorgfältige Prüfung der deutschen Frage stattgefunden. Die geschichtlichen Ursachen der europäischen Katastrophe, aus denen sich alles erklärte, haben die Aufmerksamkeit dieser Staatsmänner nicht auf sich gezogen, die für Überlegungen dieser Art nicht geschult waren. Das Deutschland, das sie gekannt hatten, war das geeinte Deutschland gewesen. Seine Einheit wurde als eine feststehende Tatsache betrachtet, die im übrigen mit dem Nationalitätenprinzip und dem Selbstbestimmungsrecht der Völker übereinstimmte. Man mußte in das von Bismarck und den Hohenzollern geschaffene Reich, nachdem man es auf seine echtdeutschen Teile beschränkt hatte, nur eine gewisse Dosis Demokratie gießen, dann, meinte man, wenn man bis zur vollständigen Bekehrung des deutschen Volkes noch einige militärische Vorsichtsmaßnahmen traf, alles Menschenmögliche getan zu haben, um den Frieden Europas und den Fortschritt der Menschheit sicherzustellen. Wir schildern hier nicht eine karikierte Nachahmung der „Sach-

sentaufe", aber die Unterhändler der Verbündeten haben sich entweder von dieser Weltanschauung leiten lassen, oder sie haben überhaupt nicht gedacht. Nach dem, was in der Umgebung Clemenceaus gesprochen wurde, muß man schließen, daß der französische Regierungschef die deutsche Einheit als ein Ergebnis der allgemeinen Entwicklung der europäischen Völker im 19. Jahrhundert betrachtet hat, das man nicht rückgängig machen konnte, da man, wie die Redensart lautet, „das Rad der Geschichte nicht rückwärtsdrehen kann".

Clemenceau war kein Anhänger des Gedankens, daß man den Feind schonen müsse. Nachdem seine Kriegsromantik lange dazu beigetragen hatte, Frankreich zu retten, hat sie zum Schluß das Deutsche Reich gerettet. Diese Umkehrung erscheint überraschend. Aber wie der Teufel, so ist die Romantik logizistisch. Im Grunde widerstrebte es Clemenceau, zwischen den Deutschen zu unterscheiden; das ganze Deutschland sollte seine Strenge fühlen. Eine „abgestufte" Behandlung der Bayern oder der Rheinländer hätte ihn im doppelten Sinne empört, einmal, weil die Deutschen, die in seinen Augen ein Ganzes bildeten, alle gleich schuldig waren; und dann, weil eine Unterscheidung zwischen diesen Gleichschuldigen etwas von finsterem Mittelalter an sich gehabt und der Wirklichkeit unserer Zeit nicht entsprochen hätte: in diesem Punkte wenigstens glauben wir seinen Gedankengang nicht zu entstellen.

Die Ideen der republikanischen Generation, der Clemenceau angehört, trafen mit seinem leidenschaftlichen Patriotismus, seinem glühenden Kriegswillen und der Schuldhaftigkeit der Angreifer zusammen. Indessen, wenn man Deutschland bestrafen wollte, hätte man, wie bei der Vernichtung Österreich-Ungarns, auch daran denken müssen, uns nicht selbst zu bestrafen. Die Umgebung Clemenceaus

bemühte sich übrigens, seine Entwicklungstheologie und seine Doktrin von der Sühne in eine Alltagssprache zu übersetzen. Nicht einmal, sondern zehnmal haben einige seiner Mitarbeiter während der Friedensverhandlungen uns selbst oder glaubwürdigen Personen gegenüber dargelegt, daß die partikularistischen Kräfte in Deutschland nicht mehr existierten, daß die Welfen in Hannover nur eine Handvoll, „ein halb Dutzend" Leute seien, daß man nicht fünfzig Jahre Geschichte ausstreichen könne, daß der Krieg und sogar noch die Niederlage die deutsche Einheit gestärkt hätten und daß schließlich die Einheit, nachdem sie ursprünglich gesinnungsmäßiger und politischer Art gewesen, jetzt wirtschaftlich untermauert worden sei, daß sie durch das Eisenbahnnetz, durch Kanäle, durch die Währung, durch die Organisation der Industrie stabilisiert sei und daß der Wirklichkeitssinn gebiete, diesen Tatsachen Rechnung zu tragen ... Man darf annehmen, daß Clemenceau nicht so viele Gründe brauchte. Er machte sich von Deutschland ein mehr summarisches Bild. Er urteilte aus großem Abstand über Deutschland und zerbrach sich nicht den Kopf über dessen besondere Eigentümlichkeiten. Als Wilhelm II. gleich einem der alten deutschen Kaiser des Mittelalters kurz vor dem Waffenstillstande seinen Untertanen eine Art „goldener Bulle" gewährte, spottete Clemenceau von der Kammertribüne aus über diese kaiserliche Demokratie. Einige Monate später hing die Nationalversammlung von Weimar dem Reiche, dessen Idee beibehalten worden war, eine republikanische Verfassung um, in der das Wort Republik nur einmal vorkommt. Es gibt mehr Variationen und Widersprüche in den deutschen Angelegenheiten und im deutschen Denken, als man sie mit Hilfe einer oberflächlichen Kenntnis und einer engstirnigen Doktrin fassen kann.

*

Die reine Rechte war im Reichstag von 1912 weit weniger zahlreich vertreten als in der Versammlung, die aus den Wahlen vom 6. Juni 1920 hervorging[1]. Dennoch hatte der Kriegsreichstag mit einer empörten Kundgebung geantwortet, als es offenkundig wurde, daß die Entente, ehe sie Deutschland Frieden gewährte, die Abdankung Wilhelms II. forderte. Bald jedoch kamen Deutschland und seine militärischen Führer (die stets eine völlige Verachtung für den Souverän empfunden hatten, den sie für tausend Fehler verantwortlich machten, insbesondere dafür, daß er den Krieg nicht zu einem früheren Zeitpunkt erklärt hatte) zu der Überzeugung, daß es notwendig sei, die Hohenzollern aufzuopfern, um einer vollständigen Katastrophe zu entgehen. Haben die Alliierten richtig gehandelt, als sie den Sturz Wilhelms II. als Vorbedingung forderten? Eine berühmte radikale englische Zeitung, der „Manchester Guardian", hat inzwischen ihr Bedauern darüber ausgesprochen. Nach den nationalistischen Wahlen vom 6. Juni schrieb diese Zeitung: „Wenn Wilhelm II. den Vertrag von Versailles unterzeichnet hätte, so wäre er und nicht die Sozialisten und Demokraten vom deutschen Volk für seine Leiden verantwortlich gemacht worden, und der Reaktion hätten ihre perfidesten und sichersten Waffen gefehlt." So ist es nicht sicher, ob der Sturz der Hohenzollern zu dem Zeitpunkt, wo er sich vollzogen hat, für die Zukunft der Demokratie in Deutschland gerade günstig war. Aber der Sturz dieser verabscheuungswürdigen Dynastie, den wir mit tiefer Erleichterung und mit leidenschaftlicher Freude an dieser Rache

[1] Die Konservativen hatten bei den Reichstagswahlen von 1912 noch nicht 10 Prozent, die Deutschnationalen dagegen 1920 fast 14 Prozent der abgegebenen Stimmen auf sich vereinigt. Die Parteien, die hinter der Revolution von 1918 standen, erreichten 1920 44 Prozent der Gesamtstimmen. Vgl. Forsthoff, Deutsche Geschichten seit 1918 in Dokumenten. D. Ü.

erlebt haben, war von einem allgemeinen Umsturz der Throne begleitet. Durch diesen allgemeinen Umsturz haben wir nichts gewonnen. Im Gegenteil. Die kleinen und mittleren deutschen Dynastien waren in der Vergangenheit die Stützen des Partikularismus gewesen. Es war die allgemeine Überzeugung, daß im Falle einer Katastrophe der Zerfall des Reiches bei den deutschen Fürsten beginnen werde. Bismarck wußte das wohl. So wie Deutschland aufgebaut war, beruhte es auf einer doppelten Versicherung gegen die „zentrifugalen Tendenzen", d. h. gegen den Partikularismus und gegen die Revolution. In diesem System mußten die zu Vasallen der Hohenzollern gewordenen Fürsten froh sein, ihre Krone zu behalten, ohne Volkserhebungen fürchten zu müssen, da das Reich von 1871 das monarchische Prinzip mit dem liberalen Einheitsprinzip versöhnt hatte. Auf ihre Fügsamkeit konnte man sich verlassen. Sie waren interessiert daran, nur „loyale Bundesmitglieder" zu sein. Andererseits sicherte das Überleben der kleinen Dynastien die Hohenzollern ihrerseits gegen eine Revolution. Bismarck hatte darauf gerechnet, daß die Deutschen stets zögern würden, den Kaiser und König in Berlin zu stürzen, weil eine Revolution in Preußen die süddeutschen Fürsten befreien und das Ende der deutschen Einheit ankündigen würde. Damit der Sturz der Hohenzollern ohne Schaden für die Einheit vor sich gehen konnte, mußte eine außerordentliche Bedingung erfüllt sein: der vorherige Sturz aller anderen deutschen Fürsten.

Diese Dinge waren in Berlin bekannt. Sie galten als eine Eselsbrücke der deutschen Politik. Sowie es der kaiserlichen Regierung augenscheinlich wurde, daß der Krieg eine unglückliche Wendung nahm, richtete sie ihre Aufmerksamkeit auf diese beiden Gefahren, auf die Revolution und auf den Partikularismus, die miteinander Hand in Hand gingen. Es

ist kein Zufall, daß der vorletzte Kanzler Wilhelms II. der bayrische Ministerpräsident Graf Hertling und der letzte der Prinz Max von Baden der Erbe des großherzoglichen Thrones[1] war. Am Vorabend der Katastrophe richteten sich also die Besorgnisse des deutschen Kaisers auf Süddeutschland und auf die süddeutschen Monarchien, wie sie sich auf Österreich und die habsburgische Monarchie richteten; so sicher war es, daß, wenn die Revolution in Berlin allein ausbräche, Deutschland zerfallen würde. Das Werk von 1866 und 1871 wäre vernichtet gewesen. Ein Sturz der Hohenzollern, unter Schonung der Habsburger, der Wittelsbacher und der anderen deutschen Dynastien, hätte unabsehbare Folgen gehabt. Das Gesicht und die Zukunft Europas hätten sich geändert.

Die Sorgen Wilhelms II. waren die eines deutschen Kaisers. Aber sie waren die gleichen, die den liberalen, demokratischen oder sozialistischen deutschen Nationalismus beschäftigten. Das hätte die Alliierten aufklären und ihnen ihren politischen Weg weisen müssen, insbesondere den Franzosen. Das war nicht der Fall. Die Entente wollte keine Unterschiede machen. Sie forderte von den deutschen Völkern eine uneingeschränkte Revolution. Sie forderte die Demokratie überall. Das war die Rettung der deutschen Einheit. Die Novemberrevolution verlief so, wie sie verlaufen mußte, wenn die Aufteilung Deutschlands vermieden werden sollte, wenn mitten in der Katastrophe die „zentrifugalen Tendenzen" nicht die Oberhand gewinnen sollten. Wilhelm II. fiel als letzter. Die Generäle und die Parlamentarier, die sich beeilten, einen Waffenstillstand vor Eintritt der Katastrophe zu erlangen und die Alliierten zufriedenzustellen, zwangen

[1] Prinz Max von Baden wurde 1907 durch die Thronbesteigung seines Vetters, des kinderlosen Großherzogs Friedrich II., der erste Anwärter auf die Thronfolge in Baden.

Wilhelm II. erst in dem Augenblick nach Holland zu fliehen, wo die Gefahr des Separatismus dank den Revolutionen, die in München und Stuttgart begonnen hatten, als beschworen gelten konnte. Die außerordentliche, fast unwahrscheinliche Bedingung, die gestattete, die Republik und das Bismarckreich zu verknüpfen, war erfüllt. Sie war erfüllt in vollkommener Übereinstimmung mit dem Programm, das die Entente aufgestellt hatte.

*

Das Verschwinden der kleineren Dynastien machte eine Politik der Auflösung Deutschlands nicht unmöglich; sie machte sie aber ungleich schwieriger. Der in den Fürsten personifizierte Partikularismus hätte von selbst Annäherungsversuche an uns gemacht. Das eigene Interesse der Fürsten hätte sie dazu verpflichtet, und sie hätten über die erforderlichen diplomatischen Mittel verfügt, um sich mit uns in Verbindung zu setzen. Stellen wir uns vor, daß Wilhelm II. aus Berlin verjagt worden wäre, während Kaiser Karl in Wien, Ludwig III. in München, der andere Wilhelm, König von Württemberg, in Stuttgart usw. geblieben wären. Sie hätten sich alsbald dem Sieger zugewandt. Sie hätten ihn um seinen Schutz angefleht. Sie hätten Vorteile vom Sieger zu erlangen versucht, Sicherheit für sich selbst und für ihre Völker. Kaiser Karl wäre durch Vermittlung des spanischen Hofes mit Paris in Verbindung getreten, wie er es bereits während der Feindseligkeiten versucht hatte. Ludwig III. hätte sich an Brüssel gewandt und sich erinnert, daß König Albert eine bayrische Prinzessin zur Frau hat. Der Württemberger wäre weniger gut gestellt gewesen, da ihm seine russischen Verwandten nicht mehr viel nützen konnten, aber er hätte in seinem Stammbaum andere Verbindungsglieder entdeckt. Das gleiche gilt für den

Sachsen, für den Badener und für die kleineren Fürsten. Es wäre darauf angekommen, wer sich zuerst mit dem Sieger gut zu stellen gewußt und ihm Unterpfänder gegeben hätte.

Nach der Springflut vom November 1918 bestand dieser bequeme Weg nicht mehr, und die deutsche Revolution entwickelte sich entsprechend ihrem opportunistischen Charakter in zentralistischer Richtung. Die Niederlage machte den Partikularismus stumm und nahm ihm die Mittel zur Aktion, obwohl er als unbestimmte Sehnsucht und als Instinkt fortlebte, da er der Natur der Dinge entsprach; indessen war er des politischen Instruments beraubt, das es ihm ermöglicht hätte, sich zu betätigen. Die Sozialdemokratie, die Hauptnutznießerin dieser allzu leichten Revolutionstage, wirkte übrigens sofort im Sinne einer verstärkten Zentralisation. Der „Vorwärts" hatte am 3. November geschrieben: „Je demokratischer das Reich ist, desto sicherer wird seine Einheit und desto größer seine Anziehungskraft. Großdeutschland, das schon 1848 vor der Verwirklichung stand, und dessen Umrisse sich von neuem vor uns abzeichnen, war ursprünglich in der Gestalt eines demokratischen Staates gedacht worden." In dem Grade, in dem die Novembertage republikanisch waren, begünstigten sie die deutsche Einheit[1].

Gaben sich die Leiter der französischen Politik darüber Rechenschaft? Ihre Gedanken weilten sichtlich anderswo. Sie dachten an irgendwelche Interventionsprojekte in Rußland zu einer Stunde, wo ihre ganze Aufmerksamkeit auf Deutschland hätte gerichtet sein sollen. In diesem Augenblick

[1] Am 20. Juli 1920 erklärte der „großdeutsche" Abgeordnete Angerer: „Wir werden die Wiederherstellung der Monarchie in Österreich nicht zulassen, weil sie für immer jede Möglichkeit des Anschlusses begraben würde." Man könnte es nicht besser ausdrücken, daß das dynastische Element für den Partikularismus wesentlich ist. Und was für Österreich gilt, gilt in gleicher Weise für Bayern und für andere deutsche Länder.

besaßen sie ebensowenig wie während des ganzen Krieges einen Plan, weil ihnen jede leitende Idee fehlte. Trotzdem konnte man ihnen den Gedanken nahebringen, den Sieg zum Versuch einer Aufteilung des Deutschen Reiches zu benutzen. Um ihnen Irrtümer und Fehler zu ersparen, mußte man sie freilich darauf hinweisen, daß die deutsche Demokratie nicht in diesem Sinne arbeitete, sondern daß sie eine der Einheit günstige geschichtliche Strömung vertrat, dieselbe, aus der das Kaiserreich der Hohenzollern hervorgegangen war. In der Schrift, in der André Tardieu die Tätigkeit der französischen Delegation bei der Friedenskonferenz verteidigt, gibt er unter Berufung auf unser Zeugnis vor, daß wir damals eine Aufteilung Deutschlands für unmöglich und jede Politik, die dahin strebte, für uns und für die Alliierten für undurchführbar gehalten hätten. Wir hatten im Gegenteil darauf hingewiesen, daß sich die Bedingungen verändert hatten, und daß man sich ganz und gar täusche, wenn man glaube, daß die Bande der Einheit durch die Novemberrevolution gelockert seien, und daß man also für eine Aufteilung Deutschlands auf andere Mittel sinnen müsse.

Dieser Hinweis war gewiß zwecklos, wenn er als ein Rat zum Verzicht aufgefaßt wurde, während er dazu bestimmt war, die Einbildungskraft auf bessere Einfälle zu lenken. Es hätte keinen Sinn gehabt, sich zu verhehlen, daß das Deutschland von 1918 ein anderes war als das von 1866, als die deutschen Fürsten gegen Preußen kämpften. Es konnte nicht die Rede davon sein, wie wir es ausdrückten, in Deutschland eine separatistische Bewegung „auf Kommando" zu machen. Der deutsche Separatismus ist niemals von außen her ins Leben gerufen worden. Die Erfahrungen Napoleons I. haben in dieser Hinsicht endgültige Klarheit gebracht. Die wahre Politik Frankreichs bestand darin, die Absplitterungs-

bewegungen zu begünstigen, die von selbst im Inneren des Reiches entstanden. Eine Anweisung an den beim Deutschen Reichstage akkreditierten Botschafter Frankreichs aus dem 18. Jahrhundert drückte das vorzüglich aus: „Selbstverständlich wird Herr von Chavigny es sorgfältig vermeiden, jemals als der Urheber dieser Art von Bewegungen in Erscheinung zu treten; denn es genügte, daß ihr Ursprung bekannt würde, um die entgegengesetzten Wirkungen hervorzurufen." Das hinderte die französische Politik nicht, in Übereinstimmung mit einem seit dem Westfälischen Frieden stets aufrechterhaltenen Grundsatz, sich mit allen Mitteln einzumischen, einschließlich der Mittel der Gewalt, sobald einer der deutschen Staaten Miene machte, die andern zu unterwerfen oder zu vereinigen.

Man bedurfte nicht einmal geschichtlicher Kenntnisse, um diese ebenso einfachen wie weisen Verhaltungsregeln wiederzufinden. Der gesunde Menschenverstand genügte dazu. Der deutsche Partikularismus hat so tiefe Wurzeln und ist so sehr mit dem Geist der Rasse und der Landschaft verknüpft, daß selbst ein fahrender Philosoph, ein politischer Bohèmien, Kurt Eisner, der durch den Zufall der Revolution Diktator in München geworden war, sich unverzüglich an Frankreich wandte und in überspannt idealistischen Aufrufen mit der französischen Regierung in Verbindung zu treten suchte. Ein deutscher Offizier schoß ihn nieder wie einen tollen Hund.

*

„Er hat mir zuviel Gutes getan, als daß ich etwas Böses über ihn sagen könnte." So denken die Franzosen über George Clemenceau. Aber seine Ideen und sein Werk, das aus ihnen entsprang, müssen verurteilt werden. Clemenceau war als Mann des Krieges nicht für den Frieden vorbereitet. Er dachte nur daran, Deutschland so viel Böses wie möglich zu-

zufügen. Darüber freilich hat ihm Keynes, der ihn im Obersten Rat gesehen hat, ein hervorragendes Zeugnis ausgestellt. Seinem Haß fehlten indessen Kenntnisse und klare Sicht, ähnlich wie den alten Haudegen, die wir in Mainz vorfanden und die höhnisch lachten, wenn ein aufgeschlossener Vorgesetzter von ihnen verlangte, zwischen „Rheinländern" und Preußen einen Unterschied zu machen.

Sogar nach dem Tage, wo Clemenceau vor dem Senat mildernde Umstände für den Vertrag von Versailles zu erlangen suchte und darum bat, ihm zu glauben, daß er Deutschland aufgeteilt hätte, wenn er dazu in der Lage gewesen wäre, bewies er, daß er nicht an die Wirksamkeit der Aufteilung glaubte. Er berief sich auf Erinnerungen aus dem Jahre 1870 und führte an, daß die Bayern nicht nur Schulter an Schulter mit den Preußen marschiert seien, sondern im Kriege sogar eine besondere Kampfeswut bewiesen hätten. Es gibt indessen auch noch andere Dinge, die die Politik nicht vergessen sollte. Im Jahre 1870 unterschied sich die bayrische Armee noch merklich von der preußischen, obwohl sie unter dem Oberbefehl eines preußischen Prinzen stand. Gerade sie hatte nur in geringem Maße die Erziehung durch den preußischen Drill erfahren. Ihre militärische Unterlegenheit war offenkundig; die meisten Erfolge, die die Franzosen während des Feldzuges errangen, haben sie über die Bayern davongetragen. Die bayrische Armee war 1870 im Verhältnis zur preußischen das, was die österreichische Armee 1914 im Vergleich zur deutschen Armee war. Wenn die Unabhängigkeit der deutschen Staaten selbst in einem Bundessystem auch nur dazu dienen würde, diese Niveauunterschiede und Ungleichheiten aufrechtzuerhalten, so hätte sie eine erhebliche Bedeutung. **Deshalb mußte die Zentralisation Deutschlands durch Preußen um der europäischen Sicherheit willen vor allem**

vermieden werden. Es ist leider gewiß, daß dieses rettende Prinzip dem Denken der französischen Unterhändler fremd war. Noch fremder war es den anderen Unterhändlern, für die das Vorhandensein eines deutschen Staates nicht nur eine Tatsache, sondern eine legitime Tatsache war. Man ging von ihr aus. Selbst jede völkerrechtliche Fragestellung wurde beiseite geschoben. Als Jules Cambon ein Bedenken kam und er die Frage aufwarf, ob Bayern, das nach der Verfassung von 1871 eine eigene diplomatische Vertretung besaß, nicht zur Unterzeichnung aufgefordert werden müßte, damit das Friedensinstrument völlig in Ordnung sei, wurde die Frage geprüft und auf der Stelle verneinend entschieden.

Alles andere entwickelte sich folgerichtig. Als der Oberste Rat der Alliierten nach dem Mittel suchte, Deutschland zu entwaffnen, vergaß er das beste, das darin bestanden hätte, nur kleine Armeen bestehen zu lassen, die den einzelnen deutschen Staaten zugeteilt worden wären. Er rechnete nicht mit diesen Staaten. Er gab ganz Deutschland eine Armee, eine einheitliche Armee, und das heißt, er gab sie Preußen, womit er dem „preußischen Militarismus" beinahe ebensoviel gab, wie er ihm nahm. An diesem Tage empfand die französische Öffentlichkeit eine erste Unruhe. Aber man hatte sich nun einmal darauf eingelassen. Nur ein einziges Mal versuchte die französische Delegation — wir glauben, daß die Ehre dafür Stephen Pichon gebührt —, in dem Sinne zu verfahren, den die Ereignisse geboten. Sie schlug zaghaft vor, die Bayern vorzugsweise mit Lebensmitteln zu beliefern. Das war zu der Zeit, in der ein neutraler Beobachter sagte: „Deutschland wird dem ersten gehören, der sich ihm mit einem Würstchen an dem Ende einer Angelrute nähert." Die französische Anregung wurde zurückgewiesen. Man bestand nicht darauf.

Unzweifelhaft waren Lloyd George und Wilson von Anfang an auf der Hut. Sie wollten keine Aufteilung Deutschlands. Sie lehnten sie aus weltanschaulichen und politischen Gründen ab. Gegen diese Gründe erhoben die französischen Unterhändler keine Einwände, weil sie keine besaßen. Sie besaßen keine, weil ihre Weltanschauung im Grunde die gleiche war wie die ihrer angelsächsischen Verhandlungspartner: erstens, das Selbstbestimmungsrecht der Völker; das deutsche Volk mußte dasselbe Recht haben wie ein anderes; zweitens, der Fortschrittsglaube; und da der Fortschritt verhinderte, daß man das Rad der Geschichte zurückdrehe, so hatten fünfzig Jahre Geschichte die deutsche Einheit unzerstörbar gemacht. Indem man davon ausging, tat man, was man tun mußte: man gab dem Deutschen Reiche die Weihe des Völkerrechtes, die ihm bis dahin gefehlt hatte, und half den preußischen Zentralisten, das Werk Bismarcks zu vollenden. Man erklärte uns gegenüber, daß das eine Forderung einer realistischen und praktischen Politik sei; ein großes Deutschland als wirtschaftliche Einheit mit einer vereinfachten Verwaltungsmaschinerie gäbe für die Wiedergutmachung einen sichereren Schuldner ab als ein Deutschland, das aus kleinen Staaten von mäßiger Wirtschaftskraft zusammengesetzt sei. Diese Begründung erscheint allmählich als eine der bemerkenswertesten Narrheiten der modernen Geschichte.

Wir haben damit erreicht, daß 40 Millionen Franzosen die Gläubiger einer Masse von 60 Millionen Deutschen für eine Schuld sind, die binnen 30 oder 40 Jahren abzuzahlen ist.

Man fragt sich, warum unter diesen Umständen Deutschland nicht erlaubt worden ist, Österreich zu annektieren. Schließlich war Österreich eine deutsche Provinz, die 1848 in der Frankfurter Nationalversammlung vertreten und nur

durch geschichtliche und dynastische Gründe außerhalb des großen Deutschland, der gemeinsamen Mutter der Deutschen, gehalten worden war. Der Staat der Habsburger war verschwunden, und es gab nur noch politische Gründe, die die Alliierten bestimmen konnten, den Deutschen Österreichs zu untersagen, sich mit den übrigen Deutschen zu vereinigen. Dennoch waren diese Gründe so stark, daß sie über das Nationalitätsprinzip und das Selbstbestimmungsrecht der Völker obgesiegt haben. Es wäre absurd und empörend gewesen, wenn man Deutschland gestattet hätte, „wer verliert, gewinnt" zu spielen und sich mehr Gebiete und eine größere Bevölkerung anzueignen, als es zurückgeben mußte. Trotzdem sind wir nicht ganz sicher, ob ohne die Presse und die öffentliche Meinung, die dieses Mal murrten, die Selbständigkeit Österreichs aufrechterhalten worden wäre und die französische Regierung sich nicht zum Verzicht bereit erklärt hätte. Unsere Unterhändler besaßen geringe Zuverlässigkeit und Festigkeit, weil ihnen eine Gesamtauffassung und eine einheitliche Lehre fehlte. Einen Augenblick dachten sie sogar an das gefährliche Spiel der „Kompensationen". Deutschland sollte das linke Rheinufer unter unseren Einfluß stellen und dafür Österreich annektieren dürfen. Wir sagten damals: O ihr naiven napoleonischen Diplomaten, wißt ihr, wohin das führen wird? Ihr werdet die rheinischen Provinzen nicht bekommen und Deutschland wird Österreich behalten.

Deutschland verzichtet nicht auf die Hoffnung, Österreich eines Tages doch zu annektieren. Es bildet eine ständige Versuchung in Deutschlands Reichweite. Es gibt noch andere Versuchungen. Deutschland ist zwar im Inneren geschlossen geblieben, an seiner Peripherie aber ist es aufgeteilt worden. Millionen Deutsche leben in unmittelbarer Nachbarschaft seiner Grenze, sechs oder sieben Millionen in Österreich,

drei in der Tschecho-Slowakei. Die Aufteilung der deutschen Einheit, die die Alliierten im Innern des Reiches nicht vornehmen wollten, haben sie außerhalb durchgeführt. Die Vernunft und die Erfahrung zwingen zu dem Schluß: dieses Werk ist brüchig und schlecht. Wenn es richtig war, Teile der deutschen Länder außerhalb der deutschen Einheit zu lassen, so war es auch notwendig, daß ihre anderen Teile isoliert wurden. Andernfalls werden die der Anziehungskraft eines großen deutschen Staates unterworfenen Bruchstücke früher oder später in Abhängigkeit von ihm geraten.

So schraken die Alliierten vor den letzten Konsequenzen ihrer Grundsätze zurück. Sie haben Deutschland zerstückelt, während sie es zugleich geeint haben. Infolgedessen ist ihr Werk unlogisch und widerspruchsvoll. Es ist außerdem gebrechlich. Die Staatsmänner, die den Friedensunterhändlern nachgefolgt sind und ihre Erbschaft übernommen haben, befinden sich heute in großer Bedrängnis angesichts dieses kompakten und geeinten Deutschland, an dessen Grenzen Herde des Irredentismus entstehen, die einen Anreiz bilden, auf dem Wege zur Vollendung seiner Einheit fortzuschreiten. Millerand prüfte das deutsche Problem von jedem Gesichtswinkel aus. Da er nichts als den Versailler Vertrag in der Hand hatte und sich durch diesen gebunden glaubte, so kam er auf der Konferenz von Spa darauf, die Zusammenarbeit und das Zusammenwirken mit diesem allzu großen Deutschland zu versuchen. So groß der Unterschied zwischen dem Sieg und der Niederlage sein mag: das ist ein wenig die Lage und die Auffassung von Thiers nach 1871. Niemand hatte deutlicher als Thiers die Schwierigkeiten und das Unheil vorhergesagt, die aus der deutschen Einheit folgen würden. Nachdem diese Einheit geschaffen war, fühlte er sich völlig zu Boden geworfen. Er glaubte,

daß wir keinen anderen Ausweg mehr hätten, als uns mit diesem mächtigen Deutschland zu verständigen und mit ihm zusammenzuarbeiten. Der Mann der prophetischen Reden von 1865 und 1866 betrat damit einen politischen Weg, der schließlich zu Joseph Caillaux[1] führte. Hüten wir uns, daß wir nicht noch einmal diesen Weg betreten.

Im Jahre 1919 hing, wie im Jahre 1866, alles von den Ideen ab, die in Frankreich herrschten. Darf man nur Wilson anklagen? Als der Präsident nach dem Waffenstillstand auf dem europäischen Kontinent landete, brachte er uns die Ideen Napoleons III. zurück, ungefähr wie Ibsen George Sand und Tolstoi Jean Jacques Rousseau in Frankreich neu belebt hatten. Der Erfolg war gleicher Art: Wilson fand vorbereiteten Boden vor. Gegen seine „napoleonischen Ideen" waren die Geister wehrlos. Sie hatten seinen Ideen keine anderen entgegenzusetzen; ein allgemeiner ökumenischer Friede wie der, der hier geschlossen werden sollte, muß aber auf Grundsätzen und Ideen beruhen. Die Ideen, die bis zu den französischen Unterhändlern hin vorherrschten, begünstigten die deutsche Einheit. Man glaubte nicht, daß die Aufteilung Deutschlands möglich sei. Man wünschte sie kaum. Nicht auf sie, sondern auf die Revolution, auf die Bekehrung Deutschlands durch die Demokratie setzte man vor allen Dingen seine Hoffnung, Europa bewohnbar und sicher zu machen. Was sich in den deutschen Staaten zwischen dem Sturz Wilhelms II. und der Unterzeichnung des Friedens zutrug, die zentralistische Bewegung, die dem Sturz der Dynastien folgte: alles diente als Vorwand, um in dem Verzicht auf ein Eingreifen zu verharren. Man hat die Versuche einer rheinischen Republik nicht ernst nehmen wollen,

[1] Joseph Caillaux, bis März 1914 Finanzminister, Januar 1918 wegen angeblichen Hochverrates zu 3 Jahren Gefängnis verurteilt; Anhänger eines Verständigungsfriedens mit Deutschland. D. Ü.

wenn man sie nicht sogar entmutigt hat; man fand es ganz richtig, wenn ihre Urheber ins Lächerliche gezogen wurden. Als ob Vorläufer, gar wenn sie keinen Erfolg gehabt haben, nicht immer etwas Lächerliches an sich hätten! Ein sehr ehrenhafter Mann und ausgezeichneter Patriot, von den besten Absichten beseelt, der sich damals in hoher Stellung befand, antwortete uns, als wir von Dr. Dorten und der Unruhe sprachen, die er den preußischen Behörden verursachte, das sei ganz interessant, man dürfe indessen nicht vergessen, daß die Einheit einer Nation durch die Niederlage und das Unglück befestigt und gehärtet werde. Solche Gründe waren bestimmend. Man erlag der Analogie mit der Geschichte Frankreichs und dem Fortschrittsglauben, dem Glauben an jenen uniformen Fortschritt, der alle Völker und alle Rassen auf dem gleichen Wege zum inneren Zusammenschluß führen muß. Das ist ungefähr so, wie wenn man sagen wollte, daß der Fortschritt die deutsche Sprache dazu führen müsse, analytisch anstatt synthetisch zu werden, auf die zusammengesetzten Wörter zu verzichten und die Partizipien und Infinitive nicht mehr ans Ende des Satzes zu stellen.

So blieb die deutsche Einheit erhalten. In Versailles, wo sie im Jahre 1871 das Licht der Welt erblickt hatte, wurde sie durch die Alliierten unter dem Vorsitz eines Franzosen feierlich anerkannt und der Friede wurde unterzeichnet „Deutschland andererseits". Damit ist nicht gesagt, daß die deutsche Einheit vor Gefahren geschützt ist; wir haben sogar gesehen, daß der Separatismus in neuen, freilich noch zaghaften Formen wiedererstehn, im Zusammenhang mit der Art, wie sich in Deutschland eine Reaktion gegen den Sozialismus und die Revolution geltend macht. Noch ist vielleicht nichts endgültig entschieden, und die Brüchigkeit des Friedens läßt vielleicht mehr als eine Möglichkeit von Um-

wälzungen in Mitteleuropa zu. Diese Umwälzungen sind nicht notwendigerweise günstig für uns; sie werden uns neuen Gefahren aussetzen und neue Anstrengungen erfordern. Ein nochmaliger Zusammenstoß zwischen Deutschland und Frankreich ist wahrscheinlich. Dann wird es notwendig sein, daß die französische Politik nicht wieder leitender Ideen ermangelt.

4. Kapitel

60 Millionen Deutsche als Schuldner von 40 Millionen Franzosen

Der Militäretat Frankreichs für das Jahr 1920 ist allein so hoch wie die gesamten Staatsausgaben der Haushaltsjahre vor dem Krieg, ungefähr 5 Milliarden. Für die neue Heeresverfassung konnte der Kriegsminister nicht mehr versprechen als die Rückkehr zur zweijährigen Dienstpflicht. Alle diensttauglichen Männer bleiben wehrpflichtig bis zum fünfzigsten Lebensjahre. Warum diese schwere Last, diese harte Anstrengung, nachdem Deutschland geschlagen ist? Weil, wie der Kriegsminister André Lefèvre es ausgedrückt hat, „Deutschland seine Niederlage nicht anerkennt". Aber warum erkennt es sie nicht an? Warum ist der Gedanke einer deutschen Revanche so wenig absurd, daß wir gezwungen sind, zum System des bewaffneten Friedens zurückzukehren? Welches sind denn die Kräfte und die Einflüsse, die die Natur der Beziehungen bestimmen, in denen in Zukunft Frankreich und Deutschland leben werden?

Vom rein menschlichen Standpunkt aus ist es normal und natürlich, daß ein entscheidender Krieg, insbesondere wenn er Volk gegen Volk geführt worden ist, beim Besiegten ein Rachegefühl gegen den Sieger hinterläßt, während der Sieger, der seine Ziele erreicht hat, nicht begreift, warum der Besiegte feindliche Gefühle gegen ihn hegt. Das ist, kurz zusammengefaßt, die Geschichte der französisch-deutschen Beziehungen zwischen 1871 und 1914. Diese Geschichte war,

wenn man will, die eines ungeheuren Mißverständnisses, das aber auf seiten der Deutschen verhängnisvolle Folgen gehabt hat. Sein Ausgang war so, daß er im Lauf der Jahrhunderte in gleicher Weise die tragischen wie die satirischen Moralisten anregen wird. Die Sieger von Sedan haben ihren Sieg selbst in Frage gestellt. Bismarck hatte ihnen oft genug kluge Ratschläge wiederholt, die er dahin zusammenfaßte: Quieta non movere. Wenn ein Bismarck fehlte, so gebot schon der gesunde Menschenverstand — und das hinderte manche Franzosen, an die Möglichkeit eines Krieges zu glauben —, daß Deutschland es vermeiden mußte, irgend etwas in dem nach seiner Bequemlichkeit geordneten Europa zu zerstören und sich an dem Stand der Dinge zu vergreifen, dessen einziger Nutznießer es war und an dessen Aufrechterhaltung es selbst am meisten interessiert war. Das deutsche Kaiserreich hätte eine konservative Außenpolitik führen müssen. Statt dessen hat es die Aufgabe übernommen, alles umzustürzen. Woran lag dieser ungeheuerliche Irrtum?

Die Deutschen rühmen sich ihrer objektiven Methode, ohne Zweifel deshalb, weil sie die subjektivsten von allen Menschen sind. Man kann sagen, daß die Haltung Deutschlands Frankreich gegenüber vom Frankfurter Frieden bis zur Kriegserklärung einen Fall bemerkenswerten Mangels an Intelligenz darstellt. Von Anfang bis zu Ende hat es sich über das französische Volk getäuscht. Von einem ausgezeichneten Nachrichtendienst informiert, vergaßen die Deutschen nur eins ins Auge zu fassen: das, was alle Welt ohne Spione sehen konnte. Einer ihrer berühmtesten Karikaturisten hat schon vor langem folgendes Porträt des „Psychologen" geschaffen: auf der Landstraße schreitet der Psychologe daher. Im Garten eines Landhauses hat sich eine Familie versammelt, und alle Welt sieht von draußen, was sie treibt. Aber der Psychologe schleicht sich heran, drückt sein Auge an

das Schlüsselloch und beobachtet voller Eifer. Ungefähr ebenso haben die Deutschen die französische Nation studiert und nicht gemerkt, was jeder wußte. Bismarck, später Wilhelm II. haben verschiedene Male versucht, die Freundschaft Frankreichs zu gewinnen. Sie haben es übrigens ohne Takt versucht, mit Brutalität, indem sie abwechselnd die warme und die kalte Dusche anwandten. Wie Carmen, schienen sie immer zu singen: „Und wenn ich lieb', nimm dich in acht." Außerdem hatten ihre Angebote einen Hintergedanken, der Frankreich in den Dienst der deutschen Politik stellen sollte. Als Bismarck unsere kolonialen Erwerbungen begünstigte, geschah das mit der Absicht, Frankreich mit Italien und mit England in Konflikt zu bringen. Die französische Diplomatie und noch mehr das französische Volk durchschauten mit richtigem Instinkt diese Berechnungen leicht. Frankreich blieb höflich und kühl. Dann drohte der verärgerte Deutsche und rechtfertigte damit unsere Zurückhaltung, ja, er rief unsere berechtigten Verteidigungsmaßnahmen hervor. Während 44 Jahren hat Deutschland Irrtum über Irrtum in seinen Beziehungen zu Frankreich begangen, weil es die elsaß-lothringische Frage und die Frage unserer Sicherheit für nicht existierend hielt. Diese Fragen, die die ganze Welt kannte, stellte sich Deutschland nicht einmal. Es gründete seine ganze Politik auf die Verneinung dieser Wirklichkeiten. Eroberte französische Provinzen gegen den Willen ihrer Einwohner zu behalten, erschien ihm als die Ausübung seines natürlichen Rechtes. Sich unaufhörlich so zu bewaffnen, daß es jederzeit über seine Nachbarn herfallen konnte, war die Ausübung eines anderen Rechtes. Das waren die Bedingungen, unter denen Frankreich während nahezu eines halben Jahrhunderts dank seiner Mäßigung und würdigen Haltung in Frieden mit dem mächtigen Deutschland zu leben vermochte, ohne seine Un-

abhängigkeit Deutschland gegenüber zu verscherzen. Während dieser Periode blieben die französisch-deutschen Beziehungen die gleichen, bis sie durch den Willen Deutschlands selbst abgebrochen wurden.

Tausend Jahre Geschichte hatten bereits mancherlei Wandlungen, manchen Umschwung der Lage zwischen dem Deutschen Reich und Frankreich gesehen. Die Periode von 1871 bis 1914 hat eine ganz besondere Erfahrung geschaffen. Frankreich und Deutschland hatten ihre Einheit vollendet. Aber die Einheit Frankreichs war rein national, ohne eine einzige Gruppe, die sich dagegen auflehnte. Die deutsche Einheit umschloß Franzosen, Polen und Dänen, die mit Gewalt annektiert waren. Darüber hinaus war Deutschland, das früher eine Republik von Fürsten war, zu einer Militärmonarchie geworden. Frankreich war eine friedliche Demokratie. Zwischen einem Deutschland und einem Frankreich in solcher Verfassung konnte es kein Verhältnis, kein Gleichgewicht, keinen modus vivendi geben, außer in Gestalt des bewaffneten Friedens. Diese Erfahrung war kurz im Verhältnis zur Dauer der geschichtlichen Jahrhunderte. Aber sie war schlüssig. Deutschland selbst hat dafür den Beweis geführt. Es hat sich in den Krieg gestürzt. Deutschland, das die Vorteile aus dem Zustande zog, den Frankreich und Europa erduldeten, hat damit begonnen, ihn zu erschüttern.

Dieser Rückblick war unerläßlich, um die Zukunft klarzustellen. Wie ungeheuerlich die Ereignisse sein mögen (und es kann keine geben, die ungeheuerlicher sind als die des Weltkrieges), stets besteht eine Verbindung zwischen der Lage, die einem politischen Umsturz folgt, und der, die ihm vorhergeht. Die Kontinuität, das banale Gesetz der Geschichte, das mitten in den größten Umwälzungen sichtbar wird, erklärt sich einfach daraus, daß die Menschen, die große Wandlungen erleben oder sie herbeiführen, in der vorher-

gehenden Lebensform aufgewachsen sind und in ihr ihre Gewohnheiten und ihre Ideen gebildet haben. Die Ereignisse können sich schneller oder langsamer entwickeln, aber es widerspricht der Natur, daß sie in Sprüngen vor sich gehen. Die Generationen durchdringen sich zu sehr; es gibt zwischen den Greisen und den jungen Männern zuviel Zwischenstufen, als daß brüske Sprünge und vollständige Umwandlungen möglich wären. Dazu kommt alles, was sich nicht wandelt, das heißt die Gesetze, die den Völkern durch ihre geographischen und politischen Lebensbedingungen, durch ihre Interessen und ihren Charakter auferlegt sind. Die Ereignisse, die sich zwischen 1914 und 1918 vollzogen haben, mögen aussehen, als ob sie den gewöhnlichen Regeln nicht unterworfen wären, sie mögen einer Katastrophe gleichen, die tabula rasa gemacht hat; sie stehen trotzdem unter den Wirkungen ihrer Vorgeschichte und gehorchen damit einem allgemeinen Gesetz. Vom Kriegsausbruch bis zum Frieden hing ihr Verlauf zweifellos zu einem großen Teil vom Willen der Völker ab (die ihrerseits von ihrer Erbschaft bestimmt werden), aber zu einem andern Teil ist er durch Kräfte bestimmt, die nichts mit diesem Willen zu tun haben. Wir wollen nur ein Beispiel zitieren: War Clemenceau, der Chef der französischen Regierung während des letzten Teiles des Krieges, der Führer der französischen Delegation während der Vorbereitung des Friedensvertrages, nicht in der Versammlung von 1871 einer der republikanischen Deputierten, die mit Gambetta den Krieg bis aufs Messer wollten? War er nicht vor dem Sturz des zweiten Kaiserreichs als Republikaner in das politische Leben eingetreten, das heißt, mit dem romantischen Idealismus seiner Partei, als Anhänger des Nationalitätsprinzips und der Völkerverbrüderung, der Abrüstung und der Illusion von der Abschaffung des Krieges? Clemenceau gehört einer Generation

an, die man die der Weltausstellung von 1867 nennen könnte. In ihm treffen sich die meisten Strömungen des 19. Jahrhunderts, aber er hat seine größte Wirksamkeit im 20. Jahrhundert entfaltet. Dieser Fall genügt, um klarzulegen, welchen Einfluß die Vergangenheit auf diesen Konflikt gehabt hat, der wie eine Revolution und eine grundlegende Änderung der Verhältnisse erscheint. Was blieb im Verhältnis Frankreichs zu Deutschland von der Vergangenheit übrig, nachdem der Krieg geendet hat und der Friede geschlossen ist? Welche Elemente sind neu? Um uns in dieser Frage nicht zu verirren, müssen wir etwas weiter zurückgreifen.

*

In ganz großen Zügen läßt sich der geschichtliche Gesamtzusammenhang der Beziehungen zwischen dem französischen und dem deutschen Volk folgendermaßen zusammenfassen: es gab jedesmal einen Gegensatz, einen blutigen Konflikt, wenn Deutschland ein großes politisches Machtgebilde war, einerlei, ob es sich um das Deutschland Ottos IV. (Bouvines)[1], um Karl V. (zwei Jahrhunderte Kampf gegen das Haus Österreich) oder um die Hohenzollern handelte, trotz aller Unterschiede, die zwischen der Herrschaft Ottos IV., Karls V. und der Hohenzollern bestanden. Dagegen fanden immer, wenn Deutschland aus mehreren unabhängigen Staaten bestand, die nur durch das lockere Band eines Bundes mehr oder weniger zusammengehalten wurden, nur beschränkte Kriege ohne den nationalen Charakter statt, der sie so unerbittlich macht, ja, die verschiedenen deutschen Völker zeigten sich unter solchen Umständen der französischen Zivilisation zugänglich. Man kann keine Epoche nennen, in

[1] Der Welfe Otto IV. wurde als Bundesgenosse seines Onkels, des englischen Königs Johann ohne Land, von Philipp II. von Frankreich 1214 bei Bouvines geschlagen. D. Ü.

der sich ein starker deutscher Einfluß auf Frankreich nachweisen ließe. Dagegen gab es eine Epoche, in der Frankreich in Deutschland Bewunderer, Verbündete und Freunde gefunden hat: das war im 17. und 18. Jahrhundert, als das Reich nach einem Worte des Fürsten Bülow „ein auseinandergefallenes Mosaik" darstellte, anstatt einen Nationalstaat zu bilden.

Die Erfahrung hat also gelehrt, daß die beiden Völker weder für einander unzugänglich noch zu einer Erbfeindschaft verdammt sind. Aber bisher hat diese Verständigung zwischen Deutschen und den Franzosen nur unter einer Bedingung erreicht werden können: daß Deutschland in seine natürlichen Bestandteile zerlegt war und nicht einen einzigen zentralisierten Staat mit politischer Macht bildete, die die militärische Macht erzeugt und sie sogar erfordert. Ein deutscher Staat in der Lage, die Deutschland im Herzen Europas einnimmt, ein Staat ohne feste Grenzen, mit überall umstrittenen Gebieten, mit Ausstrahlungen und Inseln des Deutschtums außerhalb seiner Grenzen, die einen offenen oder versteckten Irredentismus schaffen, solange eine deutsche Einheit als magnetischer Mittelpunkt besteht — ein solcher Staat braucht und fordert den Militarismus. Ob es der Militarismus der Ritter des Deutschen Ordens oder der der Reichswehr ist, macht keinen Unterschied. Das Deutschtum hat den Militarismus erfunden, weil es eine große militärische Stärke braucht, solange es der Ausdruck eines Staates, das heißt einer politischen Macht, ist. Oder, was auf dasselbe herauskommt, das Deutschtum ist, sobald es eine staatliche Organisation besitzt, überzeugt, daß es den Militarismus braucht, um zu bestehen und um seine mit verschiedenen fremden Rassen untermischten „Marken" zu beschützen. Von der Verteidigung zum Angriff ist nur ein Schritt; die Motive sind die gleichen. Der Besitz eines großen militärischen In-

struments flößt verhängnisvoll die Neigung ein, sich seiner zu bedienen. Darum waren die Sicherheit Frankreichs und die Ruhe Europas in alter und neuer Zeit unvereinbar mit einer starken politischen Organisation der Deutschen, einerlei, ob deren Sitz in Wien oder in Berlin war. Nicht nur die Geschichte Frankreichs, sondern auch die Polens und Böhmens führt zu derselben Schlußfolgerung.

Gibt es denn keinen Weg und keine Hoffnung, daß ein Deutschland, das auf seine gerechten Grenzen beschränkt ist und seine nationale Einheit ebenso wie Frankreich verwirklicht hat, in Harmonie mit seinen Nachbarn lebt? Könnte es nicht, wenn ihm sein Recht geworden ist, sein volles Recht, aber eben nur sein Recht, ein friedliches Mitglied der europäischen Völkerfamilie werden? Nehmen wir an, daß es in dieser Hinsicht von seinem Recht dieselbe Auffassung wie andere Völker hat. Wir befinden uns dann mitten in der politischen Tradition des Liberalismus. Wir stecken dann mitten im Nationalitätsprinzip, in der Hypothese, von der im Frankreich des vorigen Jahrhunderts die spekulative Diplomatie eines Napoleons III. und die experimentelle Diplomatie eines Thiers besessen waren. Von Michelet bis Jean Jaurès gab es eine ununterbrochene Schule, die bei uns den Standpunkt vertrat, daß ein Deutschland, dessen nationale Ansprüche befriedigt und in ihren gerechten Grenzen gehalten sind, nicht nur in guter Nachbarschaft, sondern in Freundschaft mit Frankreich leben könne, und daß dieses große Deutschland für die sittliche Harmonie der Welt unentbehrlich sei. „Gott gebe uns", sagte Michelet[1], „ein großes Deutschland zu erleben! ... Das europäische Konzil bleibt unvollständig und unharmonisch, ein Gegenstand grausamer Pläne, gottloser Kriege der Könige, solange die

[1] In seinem Buch „Unsere Söhne", dessen Vorwort vom Oktober 1869 datiert ist.

hohen Geister der Völker nicht in ihrer Majestät in diesem Konzil Platz nehmen und dem brüderlichen Gleichgewicht der Welt ein neues Element der Weisheit und des Friedens hinzufügen." Warum hat sich dieser Traum nicht verwirklicht? Michelet hat lange genug gelebt, um es zu sehen. Im Februar 1871 schrieb er unter dem niederschmetternden Eindruck der Enttäuschung: „Wir haben stets die deutsche Einheit gewünscht, aber die wahre, freiwillige Einheit, nicht diese wilde, gewalttätige und auf unwürdige Weise erzwungene Einheit." Um seine früheren Gefühle mit seinen heutigen zu vergleichen, gedachte er seiner Bewegung, der Empfindung des ganzen republikanischen Paris, „als wir beim Fest am 4. März 1848 vor der Madeleine-Kirche unter den Nationalfahnen, die die Emigrantenabordnungen jedes Landes trugen, die große Fahne Deutschlands sahen, so edel, schwarz, rot und gold, die heilige Fahne Luthers, Kants und Fichtes, Schillers, Beethovens..." Diese schwarz-rot-goldene Fahne weht heute über der neuen deutschen Republik. Wird der Wunsch Michelets in Erfüllung gehen?

Aber die Ereignisse folgen niemals dem Weg, den man ihnen vorzeichnet, insbesondere wenn man Wunschbilder an die Stelle der Wirklichkeit setzt, was nach den Worten Bossuets „die größte Geistesstörung" ist. Nach Michelet hat Jaurès den Gedanken wiederaufgenommen, daß ein großes Frankreich und ein großes Deutschland von Natur Freunde sein würden, wenn die deutsche Einheit friedlich, durch den Liberalismus und die Demokratie geschaffen werde... Kann etwas wirklichkeitsfremder sein? Denn wir wissen nur eins, aber das sicher, daß nämlich die deutsche Einheit, die im Jahre 1848 auf Grund der Ideen des Liberalismus und der Demokratie angestrebt wurde, nicht zustande kam und daß sie 1866 und 1870 durch Bismarck und die Hohenzollern geschaffen wurde durch die Diplomatie und durch den Krieg,

durch die Gewalt und durch die Eroberung, mit Blut und Eisen. Kein Bedauern, keine Hypothesen, keine Prophezeiungen der Vergangenheit, keine Utopie werden an dieser Tatsache etwas ändern. Was gewesen ist, ist gewesen. In ihrer ersten und ursprünglichen Gestalt, der einzigen, die es je gegeben hat, konnte die deutsche Einheit keine Freundschaft zwischen Deutschland und Frankreich hervorrufen. Im Jahre 1919 hat die deutsche Einheit die Niederlage, den Sturz der Hohenzollern und den Vertrag von Versailles überlebt. Die Alliierten haben sie nicht nur respektiert, sondern sie haben ihr sogar ihr Siegel aufgedrückt und ihr die völkerrechtliche Grundlage gegeben, die ihr seit 1871 gefehlt hat. Das übrige hat die Nationalversammlung von Weimar besorgt. Sie hat die nationale Einheit straffer ausgebildet. Das Reich Wilhelms II. war trotz allem ein Staatenbund. Das republikanische Reich ist zentralisiert und kennt nur noch „Länder". Dieses noch straffer als früher geeinte Deutschland hat wieder durch einen Krieg, diesmal durch einen unglücklichen, seine Verschmelzung vollzogen. Und der Umstand, daß das neue Deutschland durch die Niederlage bestimmt ist, lastet auf ihm und der Zukunft der französisch-deutschen Beziehungen genau so wie der Umstand, daß die Reichsgründung von 1871 durch den Sieg bestimmt war.

Während der Diskussion über den Friedensvertrag hörten wir von der Kammertribüne die Gedankengänge Michelets, Napoleons III. und Jaurès' wiederholen. Man hat uns gesagt, daß das von seinen Hohenzollern befreite und zur Demokratie und dem Liberalismus bekehrte Deutschland groß sein könne und solle, daß seine Einheit notwendig und wohltätig sei, daß das neue, gereinigte, zu seinem Heile von seinen nichtdeutschen Teilen entlastete Deutschland in Brüderlichkeit mit seinen Nachbarvölkern zusammenleben

werde. Das ist die reine Doktrin des Nationalitätsprinzips, für die die deutsche Nationalität das gleiche Recht wie die andern Nationalitäten hat, so daß sie mit ihnen und gleich ihnen den großen Bund der Menschheit bilden soll.

Nachdem das Nationalitätsprinzip fünfzig Jahre geruht hatte, wurde es wiederauferweckt und auf die Standarten der Alliierten geschrieben; es wurde mit aller Strenge angewandt, deren die menschliche Wirklichkeit und der theoretisierende Geist der Friedensschöpfer fähig war. Aber wie 1866 und 1870 konnte man das Nationalitätsprinzip nicht anwenden, ohne unter dem Druck der Notwendigkeit und der Politik, des Krieges und der Geschichte Abweichungen zuzulassen. Wie früher löste es sich in Widersprüche auf. Es hinterließ Enttäuschungen und Rachegefühle. Das trifft für einige alliierte Länder zu; wieviel mehr noch für Deutschland! Man könnte sagen, daß auf der deutschen Einheit ein Verhängnis liegt, das sie mit der Versöhnung Europas unvereinbar macht.

Wenn die deutsche Einheit, so wie sie aus den Siegen von 1866 und 1870 hervorgegangen war, kein Unterpfand der Brüderlichkeit und des Friedens sein konnte, so läßt es sich von der deutschen Einheit, wie sie aus der Niederlage hervorging, nicht besser erwarten. Zur Vereinfachung der Darstellung wollen wir einmal annehmen, daß Deutschland republikanisch bleibe und eine Demokratie nach der Art und der Auffassung der westlichen Völker bilde. Dieses demokratische Deutschland hat den Alliierten die Kriegskosten zu bezahlen, die ungeheuren Schäden wiedergutzumachen, die ihm zur Last gelegt worden sind. Kann man ihm diese Verpflichtung erlassen? Nicht ohne die Völker zu ruinieren, die die Opfer seines Angriffs waren. In jeder Hinsicht wäre es unmöglich, Deutschland straflos zu lassen. Es wäre ein Skandal, eine Prämie auf die politische Unmoral, eine Ermuti-

gung, wieder dasselbe Spiel zu beginnen. Das Ergebnis ist, daß 60 Millionen Deutsche[1], die einen einzigen Staat bilden und auf eine große Vergangenheit zurückblicken, verurteilt sind, einen Tribut zu leisten, dessen Zahlung sich mindestens über zwei Generationen hinziehen wird. Obwohl diese Zahlung gerecht und für uns sogar unzulänglich ist, so wird sie doch von Deutschland als ungeheuerlich und ungerecht empfunden. Je mehr die Erinnerung an den Krieg und der Eindruck der Niederlage verschwindet, desto stärker wird dieses Gefühl anwachsen. Niemand kann dafür; ein Verhängnis hat es so gewollt. Diejenigen Franzosen waren verblendet, die auf die Freundschaft des deutschen Volkes hofften, das ihr Schuldner geworden ist, und bei den Besiegten nicht mit dem natürlichen Wunsch rechneten, einen Vertrag zu zerreißen, der sie zwingt, 30 oder 50 Jahre zu arbeiten, um ihre Schuld abzutragen. Um sie zufriedenzustellen, müßte man ihre Schuld streichen. Aber dann wären wir es, die leiden müßten, die ruiniert wären und den Platz des Besiegten einnähmen. Und Deutschland, das dann über seine Hilfsquellen frei verfügen könnte, würde sie benützen, um die anderen Klauseln des Vertrages zu annullieren. Das ist ein circulus vitiosus.

Diesen 60 Millionen Menschen, Bürgern eines Landes, mußten wir nicht nur den Tribut auferlegen; man mußte auch noch berechtigte und unerläßliche Vorsichtsmaßnahmen gegen sie treffen. Man mußte die Zahl der Soldaten und Kanonen festsetzen, die sie behalten durften, und damit die Souveränität des deutschen Staates beschränken. Das ist nicht alles. Neue Grenzen wurden abgesteckt, und wenn sich Deutschland vielleicht im Westen

[1] „12 bis 15 Millionen zuviel für das Gebiet", sagt Arthur Heichen in der „Neuen Zeit" vom 3. Oktober 1920: einige Worte, die beängstigende Horizonte eröffnen.

darein schickt, so wäre es doch sehr merkwürdig, wenn es sie im Osten für lange Zeit als endgültig betrachten würde. Dort wurden ihm seine polnischen Eroberungen weggenommen, und Preußen, das im übrigen den Gebietsstand bewahrte, den Bismarck ihm 1866 gab, wurde hier in die Lage zurückversetzt, in der es sich vor Friedrich II. befand. Königsberg ist wie im 18. Jahrhundert von Berlin abgeschnitten. An seiner Ostgrenze hat Deutschland am meisten von seinem mit Unrecht erworbenen Gebiet zurückgeben müssen; dort ist es aber auch am stärksten gegenüber jungen und unfertigen Ländern, dort, wo die großen Westmächte nicht unmittelbar eingreifen können. Das alte Preußen ist in zwei Teile geschnitten wie zu den Zeiten, wo das Deutsche Reich sich im Zustand der Kleinstaaterei befand. Schon damals hat Preußen unaufhörlich danach gestrebt, diese beiden Bruchstücke zu vereinigen. Heute gibt es keine Kleinstaaterei mehr, und nun strebt nicht nur der preußische Staat, sondern ganz Deutschland, dessen andere Teile fest zusammengeschlossen sind, natürlich danach, die Verbindung zwischen den beiden preußischen Gebietsteilen wiederherzustellen. Darin liegt ein Ansporn für die Zukunft, würde Friedrich der Große gesagt haben. Das ist nach unserer Meinung einer der größten Fehler des Friedensvertrages. Um Polen wiederherzustellen, mußte man Deutschland erst zerreißen. Aber man hätte diese Operation nicht an einer einheitlichen deutschen Nation und an einem einheitlichen deutschen Staate durchführen dürfen, wenn man wollte, daß Polen und damit das ganze durch die Friedenskonferenz errichtete europäische Gebäude in Sicherheit bestehen konnte. Stellen wir uns einen Augenblick vor, daß Frankreich besiegt worden wäre

und daß der Sieger aus irgendwelchen Gründen für gut befunden hätte, Spanien einen Korridor zu geben, der bei Bordeaux mündete und uns das Departement Basses—Pyrenées und Bayonne ließe. Wie lange würde Frankreich, vorausgesetzt, daß es eine Nation und ein Staat geblieben wäre, diese Amputation dulden? Genau so lange, wie der Sieger es dazu zwänge und wie Spanien imstande wäre, seinen Korridor zu verteidigen. Mit dem Korridor von Danzig und Ostpreußen kann es sich nicht anders verhalten.

Mit Österreich ist es ebenso. Die Logik des Nationalitätsprinzips hätte verlangt, daß die österreichischen Länder deutscher Zunge, das eigentliche Österreich, mit dem übrigen Deutschland vereinigt werden. Waren sie nicht im Jahre 1848 auf der Frankfurter Nationalversammlung vertreten? Gehörte ihre Wiedervereinigung nicht zum ältesten Programm des deutschen Liberalismus? Die Sonderentwicklung Österreichs außerhalb des Rahmens des 1871 wiederhergestellten Reiches hing an einer dynastischen Frage. Nachdem das Haus Habsburg, ebenso wie das von Hohenzollern, gestürzt und Deutschland eine freie Nation geworden war, standen dem Anschluß keine politischen Hindernisse mehr entgegen; er drängte sich den Geistern geradezu auf. Die Alliierten indessen konnten und durften die Zustimmung dazu nicht geben. Zuzulassen, daß Deutschland Österreich, wenn auch nur durch eine moralische Eroberung, annektierte, das hätte bedeutet, ihm überhaupt das Recht auf die Eroberung zuzuerkennen. Damit wäre es für die Gebiete entschädigt worden, die es an anderen Stellen verlor; man hätte es bei dem Spiel „wer verliert, gewinnt" begünstigt und ihm geholfen, im Namen der Wilsonschen Grundsätze das Mittel-

europa zu verwirklichen, das die Alldeutschen planten. Der Anschluß ist und bleibt untersagt. Aber wie in der polnischen Frage trat hier der innere Widerspruch in gleicher Art zutage. Er liegt in den Tatsachen und den Folgen noch mehr als in den Ideen. Dieses Deutschland, dem es verboten, streng verboten ist, und zwar aus Gründen des europäischen Interesses, seine Einheit durch den Anschluß zu vervollständigen, behält andererseits diese in seinen Augen unvollendete Einheit. Es bleibt ein mächtiges Anziehungszentrum für die kleine Wiener Republik. Der Nebensatz ist von dem Hauptsatz getrennt. Und das Anhängsel besitzt keine Verteidigung, ist auf ein elendes und gefährdetes Leben beschränkt. Die österreichisch-ungarische Monarchie war noch stark genug, um 10 Millionen Deutsche außerhalb der deutschen Volksgemeinschaft zu halten. Nunmehr sieht Deutschland diese Millionen von armen und nackt ausgeplünderten Brüdern, die in eine paradoxe politische und geographische Lage versetzt sind, unmittelbar vor seiner Tür. Auch hier ist für 60 Millionen Deutsche die Versuchung zu stark. Der Hinweis auf die Zukunft ist also deutlich. Sie werden es uns nicht sagen, daß in ihren Augen diese Südgrenzen ebenso provisorisch sind wie die Ostgrenzen. Aber ebenso wie das befreite Polen, ebenso wie ein tschecho-slowakischer Staat voller Deutscher würde ein unabhängiges Österreich, um gefahrlos bestehen zu können, in Deutschland unabhängige deutsche Staaten voraussetzen.

*

Das sind die Bedingungen, unter denen Europa zum zweiten Male seit 1871 seine Erfahrungen mit der deutschen Einheit macht. Sowohl unter politischen wie unter psychologischen Gesichtspunkten sind die Voraussetzungen ungünstig.

Wer nicht einen Wunderglauben an den wohltätigen Einfluß der Demokratie besitzt — einen Wunderglauben, der keine rationalen Gründe anführen kann, — wer nicht unbesehen glaubt, daß die neue Germania, von der Gnade berührt, sich zu dem Gedanken bekehrt, daß sie eine große Schuldige, eine große Sünderin sei, daß sie ihr Schicksal verdiene und gerechte Sühne leiste, ja, wer nicht glaubt, daß ein Schlag mit der Zauberrute nicht nur die deutsche Natur, sondern die Natur des Menschen und der Welt verändert hat, muß zugeben, daß alle Wahrscheinlichkeit dafür spricht, daß Deutschland den Vertrag vom 28. Juni mehr und mehr als unerträglich empfinden muß; und es ist die Pflicht der Politik, sich von solchen Wahrscheinlichkeiten Rechenschaft zu geben. Alle Wahrscheinlichkeit spricht dafür, daß Deutschland es als seine Aufgabe empfindet, sich von dem Versailler Vertrag zu befreien und ihn zu vernichten. Und zwar mit allen Mitteln, die einem Volk von 60 Millionen bleiben können, das seine Ketten brechen will. Man braucht sich nur an die Gefühle zu erinnern, die die Verträge von 1815 in Frankreich hervorriefen und die unsere innere und äußere Politik vom Sturze Napoleons I. bis zum Aufstieg Napoleons III. bestimmt haben.

Unsere Auffassung bliebe dieselbe, auch wenn das gegenwärtige Deutschland nicht gegen den Vertrag von Versailles protestierte, seine Klauseln gutwillig und mit zerknirschtem Herzen erfüllte. Weder dieser gute Wille noch diese Zerknirschung bestehen. Das macht wenig aus. Es macht auch ebensowenig aus, daß die Berliner Regierung und die öffentliche Meinung viele Male gegen den Friedensvertrag protestiert haben. Und es macht schließlich ebensowenig aus, ob diese Proteste aufrichtig waren oder nur der Stimmungsmache dienten. Ein besiegtes Volk hat mehr als

vierundzwanzig Stunden Zeit, um seine Richter zu verfluchen. Was wir hier zugrunde legen und was die Politik in Wirklichkeit allein zugrunde legen darf, das ist die Lage an und für sich. Es handelt sich um ein Problem des Kräfteverhältnisses und der Mechanik.

Das Kräfteverhältnis ist nicht so festgelegt, daß die unerläßlichen Bedingungen für eine wirkliche Befriedung erfüllt sind. Die Bedingungen für eine Aussöhnung zwischen Frankreich und Deutschland sind ebensowenig gegeben. Die Franzosen können auf die Tributschuld nicht verzichten. Die Deutschen halten den Tribut für ungeheuerlich und erkennen seine Begründung nicht an. Auf welchem Gebiet könnte es da eine Verständigung geben? Es ist außerdem wenig glaublich, daß Deutschland seine Ost- und Südgrenzen als endgültig anerkennt. Wie kann man sich auf französischer Seite in dem Vertrauen wiegen, die politischen Rivalitäten seien beendet?

Das Hindernis für das Entstehen freundschaftlicher Beziehungen zwischen den beiden Völkern liegt nicht so sehr in den blutigen Erinnerungen und den Rachegefühlen, die der Krieg hinterlassen hat, als in den Bestimmungen des Friedensvertrages. Der Franzose ist nicht rachsüchtig. Er schließt sich leicht an. Es ist sogar einer seiner Charakterzüge, daß er es liebt, geliebt zu werden, und daß er schmerzlich überrascht ist, wenn er merkt, daß er nicht geliebt wird. Während sehr langer Zeit haben die Franzosen und eine große Zahl Deutscher in früheren Zeiten in herzlicher Freundschaft miteinander gelebt, so daß sie sich sogar oft unter den gleichen Fahnen geschlagen haben. Wir haben das schon früher erwähnt; der Name des Marschalls von Sachsen, der ebenso in der Kriegsgeschichte wie in der Literatur berühmt ist, mag diese Epoche illustrieren. Es gibt also zwischen den Franzosen und den Deutschen keine Unvereinbarkeit der Gemütsart

und keine Erbfeindschaft. Damit sie in guter Nachbarschaft leben, genügt es — ist aber auch erforderlich —, daß die notwendigen politischen Bedingungen für diese gegenseitige Durchdringung wiederhergestellt sind.

Leider bestehen sie nicht. Von welcher Seite soll Frankreich den deutschen Block erfassen? Der geistige Einfluß des Auslandes gleitet an einem zahlreichen und durch ein festes nationales Band geeinten Volke wirkungslos ab. Ein Kurt Eisner, ein Dr. Dorten zeigten sich der Sympathien für uns fähig. Man warf ihnen Verrat am deutschen Vaterlande vor. Kurt Eisner wurde sogar ermordet. Dr. Dorten wäre beinahe dasselbe widerfahren. Das dürfte andere nicht ermutigen.

Was bleibt uns also zu tun? Das, was wir bereits tun: unsere Vorsichtsmaßnahmen zu treffen, wachsam zu bleiben und unser Mißtrauen nicht zu vergessen. Mit einer ungeheuerlichen Ungerechtigkeit macht man Frankreich aus dieser Geistesverfassung einen Vorwurf. Sie ist indessen durch die Bedingungen des Friedensvertrages geschaffen und legitimiert. Diejenigen, die Frankreich des Militarismus beschuldigen, vergessen, daß wir seit zwei oder drei Generationen die kriegerischen Rüstungen nur ungerne tragen, wie wir sie niemals gewünscht haben, sondern daß nur eine mangelhafte Organisation Europas sie uns immer noch auferlegt. Kein vernünftiger Mensch hat es jemals für gut und wünschenswert gehalten, daß die Franzosen und die Deutschen durch Jahrhunderte hindurch wie Hund und Katze miteinander leben müssen. Aber es wird so bleiben, solange die für eine Versöhnung günstigen Umstände nicht eingetreten sind. Und sie können nicht eintreten, solange das Deutsche Reich bleibt, was es ist. Frankreich und Deutschland bleiben zur Gegnerschaft verurteilt. Das ist keine Frage der Moral, sondern eine Frage der Politik. Der Vertrag von Versailles hat sie genau so gestellt wie der Friede von Frankfurt.

5. Kapitel

Die ewige Unwissenheit

Hier wollen wir inmitten unserer Darlegungen eine Pause machen, um ein wenig über das Schicksal nachzudenken. Unser Los ist für mehrere Generationen festgelegt. Neue Unruhen beginnen. Wie viele haben sie vorhergesehen? Wie viele ahnen sie auch nur? Warum liegt es so und nicht anders? Wunderbaren Leistungen der Hingabefreudigkeit und des Opferwillens der Menschen stehen Abgründe der Unwissenheit gegenüber. Groß ist die Zahl derjenigen, die dulden, leben, leiden und sterben, ohne sich jemals eine Frage gestellt zu haben. Klein dagegen ist die Zahl derer, die die Ursachen zu entdecken suchen, für die sie bis aufs Blut büßen müssen.

Durch den Mund des sterbenden Macbeth spricht Shakespeare seine Abkehr von der Welt und seine Verachtung aus:

„. . . ein Märchen ist's, erzählt
Von einem Dummkopf, voller Klang und Wildheit,
Das nichts bedeutet —."

Voltaire sah die Menschen sich abplagen. Er schrieb die Geschichte von zehn Völkern. Er verzweifelt daran, sie zu erklären. Er lehnt es ab, die Politiker und die Historiker zu ermutigen: „Der größte Teil des Menschengeschlechts ist stets schwachsinnig gewesen; die Unsinnigsten sind die, die versucht haben, einen Sinn in diesen absurden Geschichten zu finden und Vernunft im Wahnsinn zu entdecken." Shakespeare und Voltaire stimmen in der Geringschätzung und im

Mitleid für die Menschen überein, die aus keiner Erfahrung lernen; nichts bessert sich. Die Erfahrung der Väter nützt den Kindern nichts. Die Menschheit dreht sich in einem Kreis von Schmerzen. Angesichts dieses nutzlosen Schauspiels, das immer von neuem beginnt, haben die Propheten des alten Israel ihr Angesicht verhüllt: die Völker arbeiten für das Nichts und mühen sich für den Rauch.

Man muß entweder sich an diesem Pessimismus ergötzen oder ihn entlarven. Man kann zu der Schlußfolgerung kommen, daß alles Geschehen wert- und zwecklos sei. Dann muß man aber auch bereit sein, für sich selbst die Folgen der allgemeinen Narrheit hinzunehmen, und sich über sein Leiden mit dem bitteren Vergnügen trösten, das das Schauspiel des Weltwahnsinns verursacht. Aber der abgeklärteste, aus allen Illusionen gelöste alte jüdische Prophet hat bereits gesagt: „Den Folgen kann man nicht entgehen." Und wir werden ihnen alle nicht entgehen. Sie treffen den Ironiker und den Philosophen. Man kann sein Schicksal nicht von dem der Nation loslösen. Oder vielmehr, man kann sich nur unter der Bedingung loslösen, daß man sich selbst aufgibt, um sich über das Menschengeschlecht lustig zu machen.

Eines Tages packte der Krieg den an seiner Scholle haftenden Bauern, den sparsamen und vorsichtigen Bürger, den weltfremden Forscher und die große Masse derer, die meinen, daß man nach allen Geschehnissen in jeder Zeit und unter jedem Regime Geld verdienen und sein Leben nach seinem Gutdünken einrichten könne. Die Existenz der meisten Menschen beruhte auf Berechnungen, die eine lange Stabilität voraussetzten. Diejenigen, die Katastrophen vorhersagten, fanden keine Zuhörer oder nur ungläubige. Niemand hätte auch nur die Hälfte von dem vorherzusagen gewagt, was wir erlebt haben. Ein ungewöhnlich scharfsinniger Mensch, dessen Vorhersagen der Wirklichkeit auch nur nahe-

gekommen wären, wäre für verrückt gehalten worden. Man lebte in der Annahme, daß jeder sein eigenes Leben leben kann und daß die Völker ihr Geschick selbst bestimmen. Indessen hatten zahllose Ursachen schon das Schicksal entschieden, von weither wirkende Ursachen, die den Massen unbekannt und unfaßbar waren, so vielfältige, so eng miteinander verflochtene Ursachen, daß sie dem gleichen, was man mangels eines besseren Ausdrucks den Zufall nennt. Ebensoviele Ursachen, die gleichfalls für die Menge unsichtbar bleiben, liegen bereit, um auch über die Zukunft zu entscheiden.

Nach dieser ungeheuren Umwälzung ist nur eine Tatsache unverändert geblieben, die unmittelbare Nachbarschaft des französischen und des deutschen Volkes. Allerdings sind die Rollen vertauscht. Der Sieger ist zum Besiegten geworden. Das Revanchebedürfnis liegt nicht mehr auf derselben Seite. Aber dieses Mal wird der Besiegte Gründe zur Rache haben, wie wir sie nicht besaßen. Er wird Gelegenheiten haben, die uns mangelten. 60 Millionen Deutsche sind in einem Europa uns tributpflichtig geworden, in dem seit 1914 der Krieg nicht aufgehört hat und an einem Punkte nur erlischt, um an einem anderen wieder zu entbrennen. Der Friede ist ausgerüstet wie eine menschenmörderische Maschine. Die gleichen Fragen peinigen den Geist. Warum liegt es so und nicht anders? Warum ist der Friede so und nicht anders ausgefallen? Im Jahre 1917 wäre ein Ende des Krieges, und zwar ein besseres Ende, erreichbar gewesen. Wer überhaupt politischen Verstand hatte, mühte sich um die Sprengung der feindlichen Koalition. Der König von Spanien beschränkte sich nicht nur darauf, sie anzuraten; er erbot sich, sie herbeizuführen. Unfähigkeit, Leichtfertigkeit, Mangel an Erfahrung, Vorurteil wirkten zusammen: der Faden wurde nicht aufgenommen. Das Leben von Tausenden von Franzosen,

die seit diesem Zeitpunkt getötet wurden, und die Zukunft der Überlebenden hingen von einer Ungeschicklichkeit ab, die nicht wiedergutgemacht werden kann.

Endlich ist der Feind in die Knie gezwungen. Stunden, höchstens Tage sind dem Sieger gewährt, um aus dem Siege Nutzen zu ziehen. Sie vergehen unter Schwankungen und Unsicherheit; unterdessen überschreitet die deutsche Armee mit ihren Waffen den Rhein. Während die sorglose Menge jubelt und einen Seufzer der Erleichterung ausstößt, vergehen einzigartige Augenblicke ungenutzt.

Dann spielt sich noch eine phantastische Geschichte ab. Einige wenige Menschen versammeln sich, um den Frieden auszuarbeiten. Ihre Macht ist so ungeheuerlich, wie man sie noch niemals gesehen hat. Sie entschieden über das Schicksal der Menschheit. Sie schufen oder stürzten Staaten nach ihrem Belieben. Der mächtigste dieser gottähnlichen Menschen indessen, der, der Gehorsam fand, weil er im Namen von hundert Millionen Menschen zu sprechen schien, war in diesem Augenblick bereits durch seinen höchsten Senat desavouiert. Nicht nur seine Autorität war bereits in Frage gestellt, sondern vielleicht verfügte er schon nicht mehr über seine vollen Geisteskräfte. Nach der Rückkehr in seine Hauptstadt brach der Diktator der Friedenskonferenz zusammen. Man fürchtete für seinen Verstand. „Ist das der Mensch, der die Erde erbeben und die Reiche stürzen ließ?" Wenn dieser Schlaganfall sechs Monate vorher eingetreten wäre, so hätte er das Aussehen der Zukunft für die ganze Welt verändert. Dieser phantastische Vorgang hat unsere nationale Geschichte zu einem großen Teile bestimmt. Im „Candide" und im „Gulliver" findet sich nichts, was ebenso ungeheuerlich wäre.

Der Franzose, der an diesen Dingen nur das Lächerliche sehen wollte, dürfte weder Kinder, noch Brüder, noch

Freunde haben. Alle seine Adern müßten vertrocknet sein. Schon 1914 hätte man ein Nihilist, dem der Anblick des Unterganges Lust bereitet, oder ein von unfruchtbarem Haß erfüllter Emigrant sein müssen, um an der gespenstischen Komik dieser neuen Invasion, an dieser zum fünften Male in drei Menschenaltern auf Kosten der Demokratie Wirklichkeit gewordenen Fabelmoral Gefallen zu finden. Und heute ist die Demokratie abermals in ihre früheren Irrtümer, in ihre alten Illusionen verfallen! Welche Versuchungen, ironisch zu werden! Aber dazu dürfte der Spötter selbst weder in seiner Person noch in seinen Interessen der Gefahr ausgesetzt sein, unter diesen Ereignissen zu leiden. Heutzutage könnte der Prediger Salomo bis zu seinem fünfzigsten Jahre eingezogen werden: das würde die Unbeschwertheit seines Geistes beeinträchtigen. Voltaire würde seine Feder ruhen lassen, um nicht wegen Verhöhnung des nationalen Unglücks angeklagt zu werden.

Vielleicht wird eines Tages die Stunde des Spottes wiederkehren, wenn die Menschen die Muße und die Laune dazu wiedergefunden haben werden. Eher aber würden vielleicht so viele enttäuschte Hoffnungen, so viele fast vergebliche Opfer, so viele wiederholte Anstrengungen einem großen patriotischen Dichter, einem Vergil, wenn wir einen besäßen, Tränen abnötigen. Die Klagen wie auch die Ironie über diese gewaltige Vergeudung kommen zu spät. Man muß vielmehr das Werk wiederaufnehmen, das nicht vollendet worden ist. Die Chirurgen von Versailles haben den Leib Europas geöffnet, ohne das Geschwür entfernt zu haben. Frankreich muß darum den Blick in sich und um sich wenden. Nach diesem Krieg und diesem Frieden ist Frankreich von Gefahren umgeben geblieben und hat noch fast alles zu tun, damit ihm der Sieg nicht entgleitet, ohne daß es etwas anderes von ihm zurückbehält als den Glanz und

den Duft. Welche Politik kann es inmitten dieser allgemeinen Verwirrung befolgen? Welche Hilfsquellen und Aussichten hat es? Die ungeheure deutsche Masse wirft noch immer ihren Schatten auf uns. Was werden wir jenseits von Deutschland im Gebiet einer barbarischen oder beinahe barbarischen Verwirrung finden?

6. Kapitel

Spiel mit 32 Karten

So hat unser Sieg die Lage zwischen Frankreich und Deutschland umgekehrt, ohne daß der tragische Dialog beendet wäre. Der Verlauf, den diese bereits heftige Auseinandersetzung nehmen wird, wird von allen Umständen der Innen- und Außenpolitik beeinflußt. Wie vor 1914 wird alles, was innerhalb und außerhalb der beiden Staaten vorgeht, auf ihre Beziehungen einwirken, die den wesentlichen Bestandteil der kontinentalen Politik ausmachen und die immer noch der Ausgangspunkt der Bündnisse, Interessen, Rivalitäten und Konflikte sind. Letzten Endes wird ganz Europa unter dem Einfluß der Tatsache stehen, daß es ein zwar verwundetes, aber großes Deutschland gibt, das mit brüchigen Fesseln gebunden ist, die es von Jahr zu Jahr unwilliger ertragen wird, ein großes Deutschland, das stets den Antrieb in sich verspüren wird, das Land zu schädigen, das sein Hauptgläubiger geworden ist, nachdem es während des Krieges sein Hauptgegner war.

Ohne Zweifel sind die Karte und das Aussehen der alten europäischen Welt so verändert worden, daß sie in manchen Teilen kaum noch wiederzuerkennen ist. Aber wo haben die bedeutendsten Veränderungen stattgefunden? Dort, wo Frankreich stets ein Gegengewicht gegen die deutsche Macht hat suchen müssen. Ein Gegengewicht kann sich seinem Wesen nach nicht auf der eigenen Seite befinden, wir müssen es also auf der gegenüberliegenden Seite Deutschlands

suchen. Während des Krieges hat die Koalition der Westmächte, so gewaltig sie war, die deutsche Invasion nur nach überaus langen Anstrengungen zurückwerfen können, und 1914 wäre ohne das russische Ablenkungsmanöver wahrscheinlich der Damm im Westen weggerissen worden. Vorsichtshalber muß man in Betracht ziehen, daß England, das am Rande der europäischen Welt und am längeren Hebel sitzt, das Gleichgewicht weniger eng als wir auffaßt und es nicht nur auf Deutschland bezieht. Wir können nicht auf ein festes und förmliches Bündnis mit England rechnen, das es schon vor 1914 ablehnte und dessen Notwendigkeit ihm nicht mehr einleuchtet, seitdem die Seegeltung Deutschlands gebrochen ist. Im übrigen hat die Erfahrung des Krieges den geringen Umfang der militärischen Mittel gezeigt, die Großbritannien einsetzen kann, um einem ersten Stoß Widerstand zu leisten. Die französisch-belgische Kombination ist die einzige, auf die wir uns im Westen mit Sicherheit verlassen können. Frankreich und Belgien sind indessen nicht stark genug. Selbst eine englisch-französisch-belgische Kombination bedürfte der Unterstützung im Osten. Aus diesem Grunde hatte ja König Eduard VII. nach der englisch-französischen Annäherung noch eine englisch-russische Annäherung herbeigeführt, so hart es die Engländer ankam, ihre Hand in die der Russen zu legen. Diese diplomatische Leistung, die sich von selbst zu vollziehen schien, hat in Wirklichkeit viel Sorge und Mühe gekostet. Dabei war die Lage Europas damals einfach und klar im Vergleich zur Gegenwart. Um die ernstliche und wirksame Unterstützung von Völkern zu finden, die fähig sind, Deutschland vom Rücken her zu fassen, werden wir noch mehr als eine Erfahrung machen müssen. An wen sollen wir uns zuerst wenden? Wer ist bereit, das Gegengewicht zu bilden? Welches Gegengewicht ist ausreichend?

In dieser Hinsicht kann man sagen, daß unsere Politik im Laufe der Zeiten die Reihe der möglichen Kombinationen erschöpft hat, wobei wir die beste nicht vergessen wollen, die darin bestand, in Deutschland selbst Hilfsvölker gegen das Haus Österreich oder gegen den preußischen Staat zu halten; diese ideale Lösung ist freilich durch die Beibehaltung der deutschen Einheit ausgeschlossen. Um noch mehr Bürgschaften außer diesen wertvollen deutschen Verbündeten zu haben, hat Frankreich nacheinander ein Bündnis mit den skandinavischen Reichen (während des Dreißigjährigen Krieges), ein Bündnis mit Polen, ein Bündnis mit Österreich und ein Bündnis mit Rußland erprobt. Im Jahre 1916 haben wir zum ersten Male unsere Blicke noch weiter gewandt und Rumänien um seinen Beistand ersucht. Jedes dieser Bündnisse, von denen mehrere sich in langen Zeitabständen wiederholten, hat seine Geschichte gehabt. Keines von ihnen war ewig; jedes entsprach einem gewissen Zustand Europas und hing nicht nur von unserm Willen und unserer diplomatischen Geschicklichkeit und noch weniger von dem „interesselosen Wohlgefallen" ab, das diese Länder für uns empfinden mochten, sondern von ihrer Lage und ihrer Politik, die beide, je nach den Umständen und der Zweckmäßigkeit, sich änderten.

Gehen wir an Hand der jetzigen Karte die alten und neuen Elemente durch, die eine gemeinsame Front bilden könnten. Für die skandinavischen Staaten ist die Epoche ihrer politischen und militärischen Aktivität seit langem abgeschlossen. Es ist nicht unmöglich, daß sie infolge der Veränderungen in den sogenannten baltischen Ländern noch einmal beginnt. Indessen werden nirgends Anzeichen für diese Wiederkehr der Aktivität sichtbar. Die nordischen Staaten, die während des Krieges neutral und durch ihre Neutralität verbunden waren, haben durch ihre vorsichtige und bedingte Anhänger-

schaft an den Völkerbundspakt zu verstehen gegeben, daß sie sich außerhalb der europäischen Konflikte zu halten wünschen. Selbst Dänemark, das ernste Beschwerden gegen Preußen zu erheben hatte, hütete sich bis zur letzten Minute, es herauszufordern. An Stelle einer Wiedergutmachung für den gewaltsamen Angriff von 1864 beschränkte es sich auf eine einzige Zone von Schleswig, für die es sogar eine Entschädigung bezahlt hat, um mit dem benachbarten Reiche in geordneten Beziehungen zu leben, das noch immer zu mächtig für Dänemark ist und ihm Furcht einflößt. Die Losung der skandinavischen Länder ist die Zurückhaltung und Vorsicht. So finden wir zur Zeit und ohne Zweifel für lange keine Bundesgenossenschaft im Norden. Gehen wir weiter zum Osten über.

Im 18. Jahrhundert bereitete die Koppelung des Bündnisses mit Polen und des Bündnisses mit Österreich der französischen Diplomatie Kopfzerbrechen, die sich in jedem Augenblick gedrängt fühlte, das eine dem anderen zu opfern. Daher rührt die berühmte „Geheimpolitik des Königs". Man hat die Außenpolitik Ludwigs XV. und ihr „Geheimnis" streng verurteilt und tut es noch. Man wird in wenigen Jahren besser begreifen, daß das polnische Bündnis, dessen Schwäche sich bei dem Alarm von 1920 gezeigt hat, ähnliche, wenn nicht schlimmere Komplikationen nach sich ziehen muß. Wir werden sehen, ob das zeitgenössische Frankreich sich auf eine bessere Art aus ihnen zu ziehen weiß.

Alles weist auf den Charakter dieser Komplikationen hin. Sie müssen von seiten Rußlands in Erscheinung treten. Seit es ein Rußland gibt, ist ein französisch-russisches Bündnis oft angestrebt oder abgeschlossen worden. So sehr schien es unserm Bedürfnis nach einem östlichen Gegengewicht zu entsprechen und so sehr schien Rußland geschaffen, um diesem Bedürfnis zu genügen. Das ging so weit, daß man im

französisch-russischen Bündnis eine Art prästabilisierter Harmonie hat sehen wollen. Indessen jedesmal, wenn das französisch-russische Bündnis gegen Deutschland praktische Anwendung fand, endete es mit einem Abfall Rußlands. So schwer freilich der Verrat von 1917 wiegt, so hart für Frankreich der Separatfrieden und die Treulosigkeit von Brest-Litowsk waren, wo die Sowjetunion sozusagen die Überrumpelung wiederholte, mit der Peter III.[1] uns überraschte, so muß man doch anerkennen, daß die militärische Hilfe Rußlands während der Zeit des Zusammengehens zwar schwächer war, als man sich bei uns eingebildet hatte, aber doch hohen Nutzen brachte. Damit war die Notwendigkeit einer starken östlichen Unterstützung für die Sicherheit des Westens offenkundig geworden. Das russische Bündnis hat unbestreitbare Dienste geleistet. Haben wir die Hoffnung, daß dieses russische Bündnis wiederkehrt? Es ist wahrscheinlich, daß sich Frankreich einer neuen Art von Katzenjammer aussetzt, wenn seine Diplomatie dabei bleibt, auf das Wiedererstehen eines loyalen und gar liberalen Rußland zu rechnen, das mit uns durch die Bande der Sympathie, der Dankbarkeit und einer Völkerverbundenheit verknüpft ist, noch treuer und zuverlässiger, als es das Rußland Nikolaus II. gewesen ist, ein Rußland, in dem es nicht einmal mehr einen Stürmer[2] gäbe. Niemand weiß, was aus der Sowjetrepublik werden wird und wer ihr Nachfolger werden könnte. Niemand weiß, ob sie gewaltsam umgestürzt wird, oder ob sie sich auf dem Wege der Entwicklung verwandeln wird. Niemand weiß, ob Rußland nicht in eine Anarchie anderer Art verfallen und

[1] Während des Siebenjährigen Krieges verließ Rußland nach dem Tode der Kaiserin Elisabeth unter Peter III. die europäische Koalition gegen Friedrich den Großen und trat auf die Seite Preußens. D. Ü.

[2] Russischer Ministerpräsident 1916, der Deutschfreundlichkeit verdächtigt. D. Ü.

durch ein anderes „Zeitalter der Verwirrung" hindurchgehen wird. Immerhin ist es kaum vorstellbar, daß das kommunistische Regime, das in seiner Außenpolitik mehrfach den geschichtlichen Lebensgesetzen Rußlands gehorcht hat, selbst seine Zukunftsentwicklung aufs Spiel setzt. So wenig „demokratisch" im Sinne der westlichen Völker die Regierung Lenins sein mag, so kann man sich doch kaum denken, daß die sowjetistische Autokratie leichter als die zaristische Autokratie hundert Millionen Russen gegen ihren Willen in Bewegung gesetzt hätte. Sollte man es erleben, daß die Rote Armee den Kampf gegen Polen und die „Agenten der Entente" verweigert[1], wie die russische Armee 1917 die Fortsetzung des Kampfes gegen Deutschland verweigert hat, so könnte man Hoffnung schöpfen. Im andern Falle aber muß man zu der Überzeugung kommen, daß der Krieg gegen Polen und die Verbündeten Frankreichs volkstümlicher ist als der Krieg gegen Deutschland; wenn Lenin dort Erfolg hat, wo der Zar gescheitert ist, so bedeutet das vielleicht, daß seine Außenpolitik besser als die des Zaren den, vielleicht unbewußten, Tendenzen der russischen Massen entspricht. In diesem Zustande der Ungewißheit werden wir für lange Zeit Rußland gegenüber auf Tastversuche angewiesen sein, und das wohlfeile Vertrauen, das wir auf ein besseres Rußland setzen, könnte Enttäuschungen erfahren. Mindestens wäre es voreilig, auf ein baldiges Bündnis mit Rußland zu rechnen und dieser Hoffnung alles mögliche zu opfern. Abwarten und Mißtrauen werden besser angebracht sein, und die klügste Politik gegenüber Rußland wird wahrscheinlich darin bestehen, es so weit als möglich zu neutralisieren zu suchen.

[1] Der russisch-polnische Krieg wurde erst am 18. März 1921, also nach Erscheinen des Buches Bainvilles, durch den Frieden zu Riga förmlich beendet (Vorfriedensvertrag 12. Oktober 1920). D. Ü.

Es bleibt Rumänien zu betrachten, der letzte Verbündete, den wir im Kriege gefunden haben. Sein Beispiel ist aufschlußreich. Es handelte sich um einen Staat, der in einem halben Jahrhundert friedlicher Regierung ausgebaut war und einen recht ehrenvollen Rang in Europa einnahm. Mit seinen Hilfsquellen, seiner Zivilisation, seiner Verwaltung, seinen Finanzen war Rumänien dem Durchschnitt der kleinen Staaten merklich überlegen. Ohne russische Unterstützung indessen erlitt es das gleiche Schicksal wie Serbien, und seine militärische Rolle war binnen kurzem ausgespielt. Das ist der günstigste Fall eines Bündnisses mit einem Volke, dessen Bevölkerungszahl und Kräfte beschränkt sind. Damit ist auch das Urteil über die Dienste gefällt, die solche Bündnisse im Falle des Konfliktes mit einer großen Kontinentalmacht leisten können. Man darf auch nicht außer acht lassen, daß die Rumänen, seitdem sie sich Bessarabien angeeignet haben, wissen, daß sie die Gegnerschaft der Russen fürchten müssen. Zumindest wird ein Mißtrauen zwischen den Rumänen und den Russen bleiben. Wieviel Schwierigkeiten liegen für uns darin, wenn wir die Völker entsprechend unseren Wünschen zusammenführen wollen!

*

Werfen wir noch einen Rückblick auf diese kurze Darstellung. Österreich-Ungarn gibt es nicht mehr. Rußland ist im Augenblick der Barbarei verfallen und uns feindlich; seine Zukunft eröffnet beunruhigende Aussichten. Zwischen Rußland und Deutschland breitet sich von der Ostsee bis zum Schwarzen Meer ein Mosaik von Nationen aus, deren größte, die polnische, zwischen zwei Feuer genommen ist. Es gibt auf dem europäischen Kontinent keine Großmacht mehr, die uns bei der Herstellung eines Gleichgewichts unterstützen könnte, das das Vorhandensein der deutschen

Masse notwendig macht. Und die deutsche Volksmasse ist die einzige, die in sich gleichartig und organisiert inmitten eines weiten Gebietes des Zerfalls bestehen geblieben ist: diesen Gesichtspunkt darf man nicht aus den Augen verlieren.

Die Statistik lehrt uns, daß das Europa von 1914 sechsundzwanzig Staaten zählte; im Europa von 1920 gibt es ungefähr zweiunddreißig Staaten, eine Zahl, die noch nicht endgültig feststeht, denn über einige besteht noch keine Klarheit, abgesehen davon, daß andere so brüchig sind, daß ihre Lebensdauer vielleicht sehr kurz ist. Diese neuen Staaten haben sich von der russischen und von der österreichisch-ungarischen Monarchie losgelöst oder sind von ihnen losgelöst worden. Es sind von Norden nach Süden: Finnland, Estland, Lettland, Litauen, Polen und die Tschecho-Slowakei. Zwischen Österreich und Ungarn gibt es kein gemeinsames Band mehr; jedes bildet eine eigene Einheit.

Alle diese Staaten weisen einen gemeinsamen Zug auf: es fehlen ihnen natürliche Grenzen. Ihre Grenzen decken sich ungefähr wohl oder übel mit denen der Nationalität, deren Namen sie tragen. Hierbei sind allerdings zahlreiche Vorbehalte zu machen. Die polnische Nationalität bildet keine geschlossene Bevölkerungsgruppe; insbesondere im Osten, nach Rußland zu, ist es außerordentlich schwierig zu bestimmen, wo sie aufhört. Die Tschecho-Slowakei ist, wie erwähnt, beinahe ebenso buntscheckig wie das alte Reich Habsburg, und das nationale Element, die eigentlichen Tschechen, herrscht nicht in dem Maße vor, wie es notwendig wäre. Umgekehrt beklagt sich Ungarn darüber, daß es nicht alle Ungarn umfaßt, und kündigt einen „Irredentismus" an. Österreich ist auf dem Papier wohl ein Staat, aber in Wirklichkeit ist es nur der Überrest eines Staates, dem nicht nur die

Voraussetzungen für die Dauer, sondern für das Leben überhaupt fehlen.

Diese Staaten, sei es, daß sie neu geschaffen wurden oder daß sie als Reste eines größeren Ganzen übrigblieben, sind an Ausdehnung und Bevölkerungszahl ungleich. Der größte von ihnen dürfte Polen sein, wenn auch in diesem Augenblick seine Grenzen und vielleicht sogar das Schicksal der polnischen Republik noch keineswegs feststehen. Die andern Staaten schwanken zwischen ungefähr 15 Millionen Einwohnern (Tschecho-Slowakei), 7—8 (Österreich und Ungarn) und 1, 2 oder 3 Millionen für die übrigen.

In ganz Ost- und Mitteleuropa gibt es „Marken" und „Grenzgebiete", die weder durch die Bodengestaltung noch durch den Mangel natürlicher Grenzen entstanden sind. Die sogenannten natürlichen Grenzen haben keineswegs einen unbedingten Charakter. Wenn die Geographie im Westen Europas sie vorzuschreiben scheint, so hat doch die Geschichte einen noch größeren Anteil an ihnen. Es gibt viele Nationalitäten, aber wenige Nationen. Zu einer Nation gehört die Gewöhnung an ein gemeinsames Leben. Eine Grenze hat einen klaren Sinn, wenn die Menschen wissen, daß jenseits des Grenzpfahls ihre Sitten, ihre Gewohnheiten und die Erinnerungen, die ihnen teuer sind, nicht gelten. Für die neuen Staaten gibt es nichts, was einer solchen idealen Grenze gleich sähe, die widerstandsfähiger ist als ein Grenzwall. Alles ist dort neu, unbestimmt und gestaltlos. Zehn, zwanzig, hundert andere politische Kombinationen und Gebietszuweisungen als die, die der Friedensvertrag festgesetzt hat, sind möglich, und wären ebenso vernünftig oder unvernünftig. Warum gibt es eine freie Stadt Danzig? Warum ist der Teschener Bezirk, in dem Polen, Deutsche und Tschechen zusammenwohnen, so und nicht anders

geteilt worden? Warum wird die ruthenische Nationalität verleugnet, während ihrer Nachbarin eine Art göttlichen Rechtes zuerkannt wird? Eine nahezu unbegrenzte Formbarkeit bleibt das Erbteil dieser Völker und dieser Gegenden. Die Formbarkeit aber schließt die Stabilität aus. Haben diese jungen Staaten, denen natürliche und geschichtliche Grenzen fehlen, wenigstens strategische Grenzen erhalten? Verfügen sie über die Mittel, sich zu verteidigen? Man hat für sie nicht besser gesorgt als für Frankreich. In seinem bemerkenswerten Bericht über die territorialen Bestimmungen des Friedensvertrags hat Charles Benoist ein auffallendes Versäumnis hervorgehoben. Man hat eine Tschecho-Slowakei geschaffen, aber das Glatzer Viereck, die Pforte Böhmens, durch die 1866 die preußische Armee eindrang, hat man Deutschland gelassen, als ob das Wort Bismarcks nicht mehr wahr wäre: „Wer der Herr Böhmens ist, ist der Herr Mitteleuropas", eine Bemerkung, deren Richtigkeit durch die berühmten beiden Schlachten am Weißen Berge und bei Königgrätz erwiesen ist. Die älteren Staaten, denen der Krieg bedeutende Gebietsvergrößerungen gebracht hat, sind übrigens nicht besser aufgebaut als die neuen Staaten. Wie die Tschecho-Slowakei, so sind auch Rumänien und Jugoslawien in die Länge gezogen. Die Ausdehnung ihrer Grenzen ist im Verhältnis zu ihrem Flächeninhalt außerordentlich groß; infolgedessen ist ihre Verteidigung sehr schwierig. Fast die Hälfte Griechenlands bildet einen Küstenstreifen. Griechenland, dem man das „Rückgrat" genommen hat — wie Venizelos sich ausdrückte, ehe er in Größenwahn verfiel —, wird sehr gefährdet und sehr schwach sein. Allen diesen Staaten, deren Gestalt und Aufbau weder natürlich noch vernünftig ist, mangelt die Sicherheit. In gleicher Weise fehlt ihnen die Stärke. Wenn aber Völker sich weder stark

noch sicher fühlen, so ist ihre Politik zum Lavieren gezwungen.

Die „zurückgegebenen" oder eroberten Provinzen, die das rumänische Gebiet verdoppelt, das serbische verdreifacht und das griechische außerordentlich vergrößert haben, haben außerdem die Macht dieser Staaten nicht so verstärkt, wie es scheinen mag. Stellen wir uns vor, daß Elsaß-Lothringen an Oberfläche und Bevölkerung ebenso groß sei wie das übrige Frankreich. Stellen wir uns ferner vor, daß ein großes Elsaß niemals oder nur in weit zurückliegenden Zeiten einen Bestandteil der französischen Einheit gebildet habe. Wie schwierig würde es für uns zu verwalten sein! Das ist aber die Lage der Staaten, die große Provinzen erhalten haben. Die Assimilation dieser Gebiete und ihrer Bewohner wird entweder lange Zeit brauchen und behutsam vollzogen werden müssen, oder sie wird hart und qualvoll sein. Das ist eine Aufgabe, die den Regierungen wenig Muße und Handlungsfreiheit läßt, während gleichzeitig das Bewußtsein ihrer Brüchigkeit ihre natürliche Furcht vor Gewaltstreichen steigert. Sie sind besser als wir im Stande, die Gefahren der mitteleuropäischen Lage zu ermessen, und werden sich entschieden von Bündnissen für einen Verteidigungskrieg gegen Deutschland und mit noch besserem Grunde von Bündnissen gegen eine deutsch-russische Koalition fernhalten; die Bündnisse, die sie ins Auge fassen, werden als eine Versicherung gegen die Gefahren geschlossen werden, denen sie ausgesetzt sind. So hatte die „Kleine Entente", die zwischen Prag, Belgrad und Bukarest im August 1920 abgeschlossen worden ist, als Polen in Gefahr geriet, ganz offen den Charakter einer „Liga der Neutralen".

Nicht weniger wichtig ist schließlich die Frage, was für Menschen und was für Grundsätze die neuen Staaten bestimmen. Welchen Charakter tragen ihre Institutionen?

Welche Verfassung haben sie? Welche Bürgschaften geben ihre inneren Zustände gegenüber den verschiedenen Fehlern, mit denen sie von ihrer Entstehung an behaftet sind? Die nationale Einheit der meisten von ihnen muß erst geschaffen werden. Die Tschecho-Slowakei trägt ihren Namen ohne Zweifel, um auszudrücken, daß die Verschmelzung zwischen Tschechen und Slowaken noch lange nicht vollzogen ist. Diese Länder befinden sich im Alter der Kinderkrankheiten. Wo ist bei ihnen das feste Element, der dauernde Ausdruck ihrer Staatlichkeit, den beim Ursprung aller europäischen Nationen, die eine bleibende Gestalt gewonnen haben, stets eine Dynastie gebildet hat? Außer Rumänien, Jugoslawien und Griechenland, die ihre Dynastie bewahrt haben — wiewohl sie im letztgenannten Lande sehr erschüttert ist —, sind alle diese Nationalitäten mit beiden Füßen unvermittelt in die reine Demokratie gesprungen. Während des ganzen 19. Jahrhunderts nahm man an, daß die jungen Staaten mehr als andere eines Beschützers bedürften. Eine Nationalität, die man befreite, oder die ihre Einheit neu bildete, erhielt eine konstitutionelle Monarchie oder gab sie sich selbst. Länder, die keine durch die Geschichte zur Herrschaft bestimmte Familie besaßen, borgten sich bei einer regierenden Familie einen Fürsten, um die Rivalitäten im Inneren zu vermeiden. Die Verpflanzung hatte den zu erwartenden Erfolg. Der neue König nationalisierte sich schnell. Er brachte Beziehungen mit dem Ausland, politische Erfahrungen, Verwaltungsmethoden, mitunter sogar die Keimzelle einer Beamtenschaft mit. Seine Anwesenheit milderte die Parteikämpfe. So war es in Griechenland, in Belgien, in Rumänien und in Bulgarien, nicht zu reden von Deutschland und Italien, die ihre Einheit dem preußischen und dem savoyischen Herrscherhause verdanken. Noch neun Jahre vor dem Kriege haben die Norweger, als sie sich von Schweden

trennten, freiwillig die monarchische Regierungsform als die für ihre Zwecke geeignetste gewählt. Im Jahre 1919 war eine andere Mode aufgekommen. Die Alliierten haben haufenweise Nationalitäten befreit und allgemein die Demokratie eingeführt. Alle neuen Staaten haben ausnahmslos das republikanisch-parlamentarische Regime angenommen. Ihre Verfassung ist den kühnsten Vorbildern nachgezeichnet. Das stellt einen gefährlichen Versuch dar. Völker, die vielleicht nicht einmal zur Hälfte eine solche Verfassung wollten, mußten sie annehmen. Wenn sie nicht ihre Zuneigung und ihre Treue gegenüber dem republikanischen Gedanken ausgesprochen hätten, so wäre ihnen das übel vermerkt worden; man hätte sie autokratischer Tendenzen und gewisser Sympathien für Wilhelm II. verdächtigt und ihnen imperialistische Gesinnung vorgeworfen. Auf diese Weise probiert auch Polen dieselbe Verfassung wieder aus, an der es früher schon zugrunde gegangen ist.

Die reine Demokratie ist in Ländern eingeführt worden, in denen alles noch zu schaffen und zu gründen ist, in denen Grenzen zu verteidigen und Bevölkerungen verschiedener Herkunft zu einigen sind: ein mühsames Werk, das einen langen Atem erfordert und sich schlecht für eine schwache, dem Wechsel unterworfene und in sich gespaltene Regierung eignet. Als neue Staaten besaßen diese Länder kein Korrektiv gegenüber der Demokratie wie die alten Staaten, die sie erst in einem späteren Zeitpunkt ihrer Entwicklung übernommen haben. Sie besitzen keine geschichtlich gewordene gesellschaftliche Gliederung, keine Verwaltungsorganisation, keine politischen und bürokratischen Überlieferungen. Man muß befürchten, daß nicht nur ihre Entwicklung aufgehalten oder gefährdet ist, sondern sogar, daß ihr kostbarster Besitz, ihre Nationalität, in Frage gestellt wird. Die Herrschaft der Parteien öffnet allen Intrigen des Auslandes Tür und Tor.

Die Bündnisse werden zum Einsatz im Spiel des öffentlichen Kampfes: die ewig sich wiederholende Geschichte des Kampfes der „Mützen" gegen die „Hüte"[1]. Ebenso nahe bei Deutschland gelegen, ebenso stark von seinem Einfluß durchdrungen, wie sie dem unsern entrückt sind, werden diese Länder nur eine ziemlich schwache Verteidigungskraft gegenüber einer wohlüberlegten Aktion haben, die Komplizen im Inneren findet. Übrigens sind die fortschrittlichsten und demokratischsten Elemente hier wie anderswo gewöhnlich dem Einfluß des deutschen Sozialismus zugänglich, wenn sie nicht der Anziehungskraft des russischen Bolschewismus unterliegen; sie sind also weit davon entfernt, eine natürliche Zuneigung zu uns zu besitzen. Es beweist noch mehr Unwissenheit als Eitelkeit, wenn man sich einbildet, daß alle Völker eine natürliche Zuneigung zu unserm Lande haben. Die Muschiks haben uns sehr deutlich gezeigt, daß der Russe nicht mit einer Nase, zwei Augen und der Verehrung für Frankreich geboren wird. Der französische Einfluß auf Europa war hauptsächlich eine aristokratische Angelegenheit. Er beruhte auf einer gepflegten Erziehung, die ihrerseits ein gewisses gesellschaftliches Niveau voraussetzt. Er hing ebenso an ererbten Überlieferungen aus der Zeit, in der das Ansehen unserer Zivilisation und unserer Sprache noch ohne Rivalen war. In Widerspruch zu einem noch immer allzu weit verbreiteten Vorurteil — wiewohl dieses eben erst durch den Sturz des Zarismus widerlegt worden ist — folgt daraus, daß in diesen unentwickelten Teilen Europas sich unsere wahre Gefolgschaft im allgemeinen unter den verfeinertsten

[1] Die „Mützen" (bonnets) sind als Kopfbedeckung des einfachen Volkes, die „Hüte" (chapeaux) als Kopfbedeckung der oberen Stände Parteisymbol der sozialen Revolution geworden, die stets die ausländische Intervention begünstigt. D. Ü.

und konservativsten Schichten der Bevölkerung findet. Die Volksmassen, deren Vertreter jetzt an der Macht sind, haben nicht die tiefen Gründe der Anhänglichkeit an Frankreich, die hauptsächlich auf einer guten Erziehung beruhen. Das Gesetz der Zahl begünstigt uns nicht. Außerdem wurde das Frankreich der großen Revolution im Laufe einer seltsamen Umkehr der Dinge zum reaktionärsten Lande der Welt. In den Augen der proletarischen und bäuerlichen Massen Osteuropas, die weit mehr zu den barbarischen Formen der Diktatur als zur parlamentarischen Demokratie neigen, sind wir ein Volk von Bourgeois. Das ist vollkommen zutreffend. Wenn wir darauf zählen wollten, daß die Sympathien der „Linken" im Auslande uns zufallen, so würden wir uns Enttäuschungen aussetzen.

Daß sich etwas zu unseren Ungunsten in der Welt verändert hat, wird man alsbald bemerken, wenn wir es mit Gesandten zu tun haben, die keinen französischen Hauslehrer gehabt, sondern nur an deutschen Universitäten, wenn nicht in der Schule des deutschen Sozialismus studiert haben. Im alten Europa bewegten wir uns überall mit Leichtigkeit. Auf dem Wege über die Höfe, die Gesellschaft, die hohe Verwaltung hatten wir überall Zugang. Die Herrschaft eines unkultivierten Nationalismus, wie sie den Demokratien eigen ist, die nur sich selber kennen, verringert diese für unsere politische Tätigkeit günstigen Umstände und die gewohnten Bequemlichkeiten in unsern ausländischen Beziehungen. Wir müssen von Glück sagen, wenn sie sie auf die Dauer nicht ganz verschwinden läßt.

*

So liegt in diesem weiten Teile Europas, in dem wir Verbündete als Bestandteile eines neuen Gleichgewichts suchen müssen, alles im Bann der Schwäche und der Ver-

wirrung. Die untereinander austauschbaren Elemente des alten Gleichgewichts sind verschwunden. Rußland ist uns ohne Zweifel für lange Zeit feindlich gesinnt. Wir haben mit eigenen Händen die österreichisch-ungarische Monarchie zerstört. Acht bis zehn Staaten, deren Existenz unsicher ist, liegen jetzt im Umkreise des geeinten Deutschland. Anstatt uns unterstützen zu können, werden sie unserer Hilfe bedürfen: Polen, das zwischen zwei Feuer genommen ist, zeigt es nur allzu deutlich. Und trotzdem können wir noch am meisten auf Polen unser Vertrauen setzen — wenn auch freilich nichts sicher ist.

Das ist noch nicht alles. Diese Völker sind schwach, und die Haupteigenschaft des Schwachen ist der Egoismus. Sie werden naturgemäß geneigt sein, Kombinationen zu suchen, durch die sie sich vor ihren allzu mächtigen Nachbarn schützen können, was übrigens unfehlbar dazu führt, daß die Entwicklung sich beschleunigt und sie ihnen ausliefert. Es hatte schon seinen Grund, wenn die Nationalitäten, die jetzt ihre Unabhängigkeit wiedererhalten haben, sie früher einmal verloren. Sie waren der überlegenen Organisation und der übermächtigen Bevölkerungszahl der großen Staaten unterlegen, denen sie benachbart waren, und auch im Europa der Verträge von 1919 werden die Zwerge noch immer von den Riesen beherrscht. Außerdem haben diese kleinen Staaten untereinander Feindschaften und Streitigkeiten, die sie blind für das allgemeine Wohl und für ihr eigenes machen. Es mußte seine Folgen haben, daß die Alliierten — nach einem Ausspruch des amerikanischen Schriftstellers William Morton Fullerton — die Hälfte Europas „balkanisiert" haben und es sorgfältig vermieden, Deutschland zu „balkanisieren". „Balkansitten" sind nur die ewigen Gewohnheiten der kleinen Staaten; sie werden die notwendige Folge einer Aufteilung

sein, die an der Schwelle des deutschen Volkes haltgemacht hat, obwohl es sich ebensogut wie die anderen hätte aufteilen lassen.

All das zusammen bewirkt, daß die „Barriere" der freien Völker nicht besteht oder daß eine Kleinigkeit ausreicht, um sie über den Haufen zu werfen. Die Koalition dieser Völker gegen Deutschland und auf unserer Seite ist ein Trugbild. Die „Kleine Entente", die im August 1920 von der Tschecho-Slowakei angeregt wurde, war nichts als eine Liga der Neutralen, die sich in dem Augenblick bildete, wo der Fall von Warschau bevorzustehen schien. Damit war Polen im Stich gelassen und Frankreich mit ihm. Das ist eine Warnung für die Zukunft. Wenn die neuen Nationen am Leben bleiben, werden wir voraussichtlich zwischen Freunden und Feinden von gestern die unglaublichsten, aber auch unbeständigsten Bündnisse zu sehen bekommen. Bekanntlich ist die Zahl der Kombinationen, die mit einem Spiel von 32 Karten möglich sind, nahezu unbegrenzt, und Europa hat nunmehr 32 Staaten, zwischen denen die Kombinationen in gleicher Weise ins Unendliche abgewandelt werden können, je nach den Ereignissen, den Leidenschaften und den Interessen. Das Fehlen des Gleichgewichts bedeutet ein Anschwellen der Intrigen. Das sind keine günstigen Bedingungen für die Ruhe in der alten Welt, und die französische Politik hat seit dem 18. Jahrhundert es niemals so schwer gehabt, Fehlgriffe zu vermeiden.

7. Kapitel

Der Alarm von 1920 und die Zukunft der Slawen

Joseph de Maistre mißtraute allen Vorhersagen. „Wenn jemand schon anfängt zu prophezeien! . . .", pflegte er zu sagen. Renan war zwar Skeptiker, aber er scheute sich nicht, einige Prophezeiungen zu wagen. Er hinterließ eine, die berühmt geworden ist. In dem zweiten Briefe, den er während des Krieges von 1870 an Strauß richtete, hatte er Deutschland mit dem Slawentum gedroht. „Die Zahl der Slawen ist doppelt so groß wie die Eurige", schrieb er an Strauß, den er immer noch seinen Meister nannte, „und der Slawe wird wie der Drache aus der Offenbarung, dessen Schweif den dritten Teil der Sterne wegfegt, eines Tages die Horden Innerasiens, die alte Gefolgschaft Dschingis Khans und Tamerlans, hinter sich herziehen."

Der Schwanz des Drachen, der den dritten Teil der Sterne wegfegt, diese apokalyptische Erscheinung[1] ist ein besser gewähltes Bild als „die russische Dampfwalze". Im Grunde drückt es aber den gleichen Gedanken aus. Renan, der im übrigen nur an das Aristokratische im Menschen glaubte, war, als er diesen Ausspruch prägte, einer volkstümlichen Täuschung unterlegen: dem Glauben an die Zahl. Die unzählbaren Massen der slawischen Rasse erschienen ihm im Lichte einer rächenden Zukunft. Die große Zahl wird von der unermeßlichen Zahl verschlungen. Die deutschen Heerhaufen, die Frankreich niederzwangen, sollten ihrerseits in

[1] Offenbarung Johannis, Kap. 11, Vers 12. D. Ü.

den slawischen Massen ertrinken. Renan vergaß dabei, daß die Slawen zahlreiche Nationalitäten bilden, die nur wenig und in verschiedener Weise zivilisiert, der Anarchie zugänglich und zum größten Teil nur auf eine sehr niedrige Stufe der politischen Organisation gelangt sind.

Trotzdem hat Renan eine Vision gehabt, die eines Historikers und Dichters würdig war, als er im kommenden Jahrhundert Rußland die „innerasiatischen Horden" nach Westen führen sah. Renan wußte oder fühlte, „daß es kein Rußland in Europa gab". Rußland, das mit den Ebenen, den Flüssen und den Meeren Asiens in Verbindung steht und selbst halb asiatisch ist, könnte eines Tages die Tataren und die Mongolen in seinen Dienst stellen und sie gegen seine europäischen Gegner führen. Es könnte das tun; aber es könnte sich auch mit diesem Asien identifizieren. Anstatt die Mongolen zu leiten und anzuführen, könnte es selbst mongolisiert werden. Insbesondere könnte das Asiatentum, anstatt die Horden Asiens gegen Deutschland zu führen, der Komplize der Deutschen werden. Das kann ebensogut die Wahrheit von heute werden, wie es die Wahrheit der Vergangenheit war. Dschingis Khan, auf den sich Renan beruft, ohne anscheinend viel von ihm zu wissen, verständigte sich in jenem Jahre 1241, das der bedrohte Okzident „das Jahr der Angst" nannte, mit dem deutschen Kaiser Friedrich. Dabei hätte dieser Dschingis Khan, der nichts als den Kult des Staates kannte, Renan noch besser gefallen als die fanatischen Orientalen, die von Moskau aus die Religion des Kommunismus über die ganze Welt verbreiten wollen.

*

Renan täuschte sich, wenn er glaubte, daß Rußland die asiatischen Horden nur in Bewegung setzen werde, um Deutschland zu vernichten. Er täuschte sich, wenn er an

einen Kreuzzug des Slawentums gegen den deutschen Unterdrücker glaubte. Indessen scheint es, daß seine Illusion von den Urhebern des Vertrags von Versailles geteilt wurde. Während des ganzen 19. Jahrhunderts hatten Napoleon, Tocqueville, Michelet unter dem Albdruck der russischen Macht gestanden. Sie verabscheuten sie. Erst von 1871 an begann man in Frankreich Rußland als ein wohltätiges Gegengewicht gegen die deutsche Macht aufzufassen. Das zaristische Rußland fand bei uns erst Gnade, als sein Abstieg begann. Als Renan den Gedanken eines großen Rassenkonfliktes in Umlauf setzte, bei dem Frankreich unerschöpfliche Verbündete gegen die Eroberungsgelüste Deutschlands fand, war er ein Vorläufer des russischen Bündnisses. Er schuf dafür eine ideologische und mythische Grundlage. Was hatte er zu seiner Zeit erlebt? Er hatte gesehen, wie die deutschen Völker zum Nationalgedanken erwachten, sich zusammenschlossen und sich einigten. Das 19. Jahrhundert war das Zeitalter der deutschen Rasse. Infolgedessen wandten die Zeitgenossen ihre Blicke auf die slawische Rasse, die noch mit vielen ihrer Stämme in Knechtschaft lag, und sie rechneten darauf, daß ihr Erwachen alsbald auf das der Deutschen folgen und ihre Einheit sich nach deren Muster bilden werde. Und da die Deutschen im Osten und in Mitteleuropa die Slawen ausbeuteten und unterdrückten, so schien es nicht zweifelhaft, daß Deutschland früher oder später es mit dem Slawentum zu tun bekommen werde, das dann nicht nur ein Bündnis schließen, sondern, wie die Deutschen selbst, eine einzige Nation bilden würde.

Das war es, was Renan Strauß ankündigte, als er ihm alle slawischen Völker, Millionen und aber Millionen von Menschen, die Serben, die Kroaten, die Bewohner Mährens und die Tschechen zeigte, wie sie sich „rings um das große moskowitische Konglomerat sammelten, die gegebene Keim-

zelle der künftigen slawischen Einheit" (wie Preußen der Keim der deutschen Einheit gewesen war), und sich alle zusammen gegen Deutschland wandten, um eine jahrhundertelange Unterdrückung zu rächen. Renan — war das Vergeßlichkeit, Klugheit oder Vorsicht? — vergaß die Polen. Damit tat er recht: Das französisch-russische Bündnis konnte nur darauf begründet werden, daß man die polnische Frage vergaß.

Ein einfacher Gedanke, ein eindrucksvolles Bild wirken lange auf die Geister. Die grandiose Vision Renans trug viel zum Entstehen des Bündnisses zwischen der französischen Demokratie und dem Zarismus bei. Wer ermißt den Anteil der Phantasie an der Politik? Wer ermißt selbst den Anteil der Illusion? Frankreich täuschte sich nämlich, wenn es sich mit einem Volk oder gar mit einer Rasse verbündet glaubte. Es war nur der Verbündete einer Regierung; das bemerkte man indessen erst, als Nikolaus II. gestürzt worden war. In diesem Augenblick hatte übrigens das Bündnis seine besten Ergebnisse gezeitigt. Nachdem es uns aus der Isolierung befreit hatte, hatte es uns ohne Zweifel vor dem steilen Hang bewahrt, auf dem wir zu einer vollständigen Abdankung gegenüber Deutschland hinabzugleiten drohten. Nach dem Ausbruch des Krieges hat die russische Armee — man muß ihr diese Gerechtigkeit immer widerfahren lassen — genügend deutsche Truppen von der Westfront abgezogen, um unsere Verteidigung zu ermöglichen. Die moralische Hilfe war nicht geringer. Niedergedrückt durch den Glauben an die Zahl, an die Quantität statt der Qualität, hatte das französische Volk das Bedürfnis, zu wissen, daß eine große Masse, ein großes Menschenreservoir irgendwo in der Welt auf seiner Seite stand. Als Rußland zusammenbrach, erschien Amerika, um dieses Bedürfnis zu befriedigen.

Diese Dienste hat uns das russische Bündnis geleistet. Sie beruhen nicht nur auf der Einbildung. Inzwischen war Deutschland seinerseits von der Furcht vor dem Slawentum erfaßt worden. Der russische Albdruck lieferte ihm zum mindesten einen Vorwand für den Krieg von 1914 und nährte den deutschen Kampfzorn. Der Krieg nahm ja schließlich seinen Anfang in Serbien. Das glich dem Bilde, das man sich von der großen slawischen Koalition gemacht hatte. Aber dann? Obwohl Rußland sich dem Kampf in einer Treulosigkeit entzogen hatte, für die es in der Vergangenheit schon Beispiele geliefert hatte, obwohl es seine Bündnisse unter Bedingungen im Stich gelassen hatte, die eine Wiederkehr kaum hoffen ließen, fuhr man fort, seinen Glauben auf Rußland zu setzen. Das sichtbare und gegenwärtige Rußland, das Rote Rußland, war feindselig geworden. Man vertraute auf ein ideales unsichtbares Rußland, das im geheimen darnach verlangte, seinen Platz in der großen Koalition wiedereinzunehmen. Man konnte sich nicht darein ergeben, das russische Volk anstatt als Verbündeten, als möglichen Gegner zu sehen.

Wenn ein umfassender Friede geschlossen, Staaten geschaffen und Grenzen abgesteckt werden sollen, bestimmen oft alte Erinnerungen, frühere Lektüre, der Schatz an Gemeinplätzen, mit dem eine Generation gelebt hat, die Entscheidungen der Unterhändler. Im Jahre 1919 ging man von dem Grundsatz aus, daß die slawischen Völker, die rings um den Osten Deutschlands lagen, eine Barriere und einen Wall bilden würden. Man gab die Hoffnung nicht auf, diese Nationen sich um das „große moskowitische Konglomerat" sammeln und verbünden zu sehen. So sollte das Gleichgewicht anstatt durch Staaten durch Rassen gebildet werden.

Es ist nicht unmöglich, daß der Rassengedanke die Alte Welt noch einmal beschäftigt. Aber es ist nicht sicher, daß das

in wünschenswertem Sinne geschieht. Es ist nicht sicher, ob das in einer für den Frieden günstigen Richtung der Fall sein wird. Die slawische Verbrüderung, die sich unter der Leitung Moskaus von Prag bis Belgrad ausdehnen könnte, würde nun bolschewistisch sein. Wer kann sagen, wie die Lage morgen ist? Seit dem Tage, an dem der Rassengedanke in die europäische Auseinandersetzung geworfen wurde, haben die furchtbarsten Zuckungen der Menschheit begonnen. Es gibt keinen Grund, anzunehmen, daß der Rassengedanke in Zukunft bessere Wirkungen hervorrufen sollte. Selbst wenn die Gemeinsamkeit des rassischen Ursprungs und der Sprache einige Teile des Slawentums zu unsern Gunsten vereinigen sollte, bleibt es unwahrscheinlich, daß er alle zusammenzufassen vermag. Lange Zeit galt Bulgarien als der vorgeschobene Posten des Slawentums auf dem Balkan. Die Russen haben Bulgarien geliebt, gehätschelt und oft genug Serbien vorgezogen. Noch heute blickt das Denkmal des Zarbefreiers[1] in der Richtung nach Sofia. Die bulgarisch-serbischen Kriege, selbst der haßerfüllteste letzte von 1913, vermochten nicht, das Trugbild eines Balkanbundes auszurotten, auf den der Westen wartete. Es hat jenes Vorganges im Jahre 1915 bedurft, den man den „bulgarischen Verrat" nannte — als ob die Alliierten nicht hauptsächlich von ihren eigenen Illusionen verraten worden wären —, um plötzlich zu entdecken, daß die Bulgaren überhaupt keine Slawen, sondern unwürdige „Turanier" und damit Verwandte der Türken und Ungarn waren. Nichts ist hohler als diese Rassenmythologie, die ebenso willkürlich und ebenso trügerisch wie die der Nationalitäten ist. Ehe Ungarn zum Beispiel als „Raub-

[1] Alexander II., 1855—1881, hob die Leibeigenschaft in Rußland auf und unterstützte die Balkanvölker bei ihrer Loslösung von der türkischen Herrschaft. Bulgarien kam dadurch weitgehend unter russischen Einfluß. D. Ü.

staat" gebrandmarkt wurde, galt es lange als ein unschuldiges Opfer. Erst seit 1913 hat der Ausdruck „bulgarische Greuel" seinen Sinn gewechselt; die ehemaligen Verfolgten galten nun als Verfolger. Wir dürfen niemals eine Politik auf diese Einbildungen aufbauen.

*

Es würde sehr viel Mut dazugehören, die Zukunft des Slawentums vorherzusagen. Die Bulgaren werden als unwürdig aus ihren Reihen gestrichen. An ihre Stelle sind die Tschecho-Slowaken und die Jugoslawen getreten; der Weg, den sie einschlagen, ist ungewiß und dunkel. Sie sind nicht dazu geneigt, sich zu den Werkzeugen des allzu einfachen, wahrhaft naiven Systems machen zu lassen, das den Urhebern des Friedensvertrages vorgeschwebt hat. Diese Völker erwachen und prüfen ihre Lage. Sie fühlen, sie wissen, daß ihre Staaten brüchig sind, daß ihnen etwas Formloses, vielleicht sogar Vorläufiges anhaftet, und daß sie beim ersten Zusammenstoß mit einer stärkeren Macht zusammenbrechen würden. Ihre Haltung wird die einer vorsichtigen Neutralität sein. Sie werden sehr sorgfältig einen Konflikt mit Deutschland vermeiden. Die gleiche Furcht wird sie gegenüber einem Zusammenstoß mit dem anderen Koloß, dem moskowitischen, beseelen, ganz abgesehen von den rassisch bedingten Sympathien, die, wenn sie wirksam sind, die russische Politik begünstigen werden, auch wenn sie bolschewistisch ist, — sogar oder vielmehr vor allem, wenn sie auf ein Bündnis mit Deutschland gerichtet ist: das würde sogar für diese schwachen Staaten einen doppelten Grund abgeben, die Furcht hinter einem Gefühl der Zuneigung zu verbergen.

Es ist also sehr zweifelhaft, ob die Einheit des Slawentums, wenn sie möglich ist, auch wünschenswert für uns

wäre. Aber das Slaventum ist nicht geeint. Nicht in Bulgarien, sondern in Polen liegt der Gegensatz am offensten zutage. Dort ist die Spaltung schon alt; sie geht tief, und die unstillbare Feindschaft wird durch die Blutsverwandtschaft nur noch verschärft. Wenn man das vergessen hatte, so hat der Alarm von 1920 die Erinnerung an drei Jahrhunderte russisch-polnischer Geschichte wieder aufgefrischt.

Polen hat seine Unabhängigkeit in einem Augenblick wiedererlangt, wo, um es ganz offen zu sagen, seine Sache niemanden mehr leidenschaftlich bewegte. Zuerst einmal war der Stein des russisch-französischen Bündnisses über das Grab Polens gewälzt worden. Außerdem waren es nicht nur politische Gründe und es geschah nicht nur dem großen Verbündeten zuliebe, wenn die Franzosen aufgehört hatten, sich für Polen zu interessieren. War denn seit 1871 die leidende und unglückliche Nationalität nicht die französische? „Seien wir Polen für uns selbst", sagte ein geistvoller Republikaner nach dem Friedensvertrag von Frankfurt. Straßburg war in den Herzen der Franzosen an die Stelle von Warschau getreten. Die Liebe für das unterdrückte Polen, die im 19. Jahrhundert so lebhaft war, daß sie unsere innerpolitischen Revolutionen beeinflußte, war zur literarischen Erinnerung geworden und bedeutete kein wirkliches Gefühl mehr. Polen war nicht mehr aktuell und entschwand infolgedessen dem Denken zu gleicher Zeit wie den Herzen. Manche Einsichten, die früher Gemeinplätze gewesen waren, waren unbekannt geworden, so daß sie, als die Ereignisse von 1920 sie wieder zu Ehren brachten, wie neu oder auch paradox erschienen. Aber diejenigen, die früher über das polnische Problem nachgedacht, es vom politischen Gesichtspunkte aus geprüft und von seinen sentimentalen Beimischungen befreit hatten, entdeckten alsbald seinen Cha-

rakter. Die Verfolgung des Polentums war nicht die Verfolgung eines Volkes durch einen Tyrannen, sondern die einer Nationalität durch eine andere; das galt ebenso vom russischen wie vom preußischen Partner. „Für Rußland", sagte Guizot[1], „ist die Erhaltung seines Anteils an Polen nicht nur eine Angelegenheit der Regierung und ein Interesse des Herrschers, sondern eine nationale Leidenschaft; das russische Volk ist noch schärfer darauf aus als der Kaiser, nicht zuzulassen, daß Polen aus der Haft des Kaiserreiches entkommt." Später, im Jahre 1863, konnte man sehen, mit welch begeistertem Eifer die Russen den polnischen Aufstand unterdrückten. „Das, was man in Paris und London sympathisierend die Unabhängigkeit Polens nennt", schrieb damals Emile Girardin, „heißt in der Sprache des Patriotismus von Petersburg und Moskau die Zerstückelung Rußlands." Und der zeitgenössische Urheber eines europäischen politischen Vertrages erinnert noch einmal an die wilde und abstoßende Erbitterung, die das russische Volk seit drei Jahrhunderten gegen das unglückliche Polen bewies. „Wenn der Zar diesem Lande einen Teil seiner Freiheiten hätte zurückgeben wollen, so hätte er es nicht gekonnt. Er mußte, um bei der Mehrzahl seiner Untertanen Beifall zu finden, an der Weichsel eine Schreckensherrschaft ausüben[2]."

Zwischen den Polen und den Russen besteht eine Feindschaft auf Grund alter und tiefer Ursachen. Sie ist aus historischer Rachsucht geboren, aber sie entsteht immer wieder neu, weil die Beschwerden andauern und weil die Unverträglichkeit im Charakter beider Völker liegt. Die Polen, die durch den Katholizismus latinisiert sind, erscheinen den Russen wie Abtrünnige des Slawentums. Ob

[1] Minister des Bürgerkönigs Louis Philippe, durch die Februarrevolution von 1848 gestürzt. D. Ü.

[2] Debidour, Histoire diplomatique de l'Europe.

die religiöse Verschiedenheit auf ursprüngliche Unterschiede oder auf geschichtliche Vorgänge zurückgeht, macht für die Wirkung nichts aus. Die Polen und Russen sind zwei Völker mit unbestimmten Grenzen, zwischen denen es keinen Ausgleich gegeben hat, seit sie sich kennen. Friede bedeutet bei ihnen Beherrschung und Eroberung, sei es, daß die Polen Herren von Moskau sind, oder daß die russische „Ordnung" in Warschau herrscht. Die Zwischenzeiten füllen Kriege aus, die nur von Waffenstillständen unterbrochen werden.

Polen war kaum zur Selbständigkeit gelangt, als der Krieg auch schon wieder ausbrach. Sowjetrußland verhielt sich so, wie Rußland es immer getan hatte. Die Generäle des Zaren stellten sich an die Spitze der Roten Armee. Ein Weltanschauungs- und Propagandakrieg oder ein politischer und nationaler Krieg: jedenfalls ein polnisch-russischer Krieg alten Stiles, so schicksalsbedingt, so unwillkürlich, daß es nicht einmal möglich ist, zu sagen, wer der Angreifer war. Die Polen sind nach Kiew marschiert und suchten ihre Grenzen von 1772 zu erreichen, als ob sich seit 1772 nichts ereignet hätte. Nachdem die Russen die Offensive aufgenommen hatten, sind sie nach Warschau marschiert, wie wenn nicht Lenin, sondern ein Romanow im Kreml säße. Die Sowjetunion befolgte damit ebenfalls das große Gesetz der nationalen Kontinuität, die Grundregel aller Revolutionen. Die Geschichte weist darin eine ermüdende Eintönigkeit auf.

Polen wurde in der letzten Stunde gerettet. Sich selbst überlassen, ging es dem politischen Verfall entgegen, und wir sahen den Augenblick sich nähern, wo die polnische Armee infolge der politischen Anarchie im Innern zusammenbrach. Der Patriotismus genügt nicht für die Lebensfähigkeit der Völker; wenn Frankreich nicht zu Hilfe gekommen wäre und den

militärischen Oberbefehl übernommen hätte, so weiß man nicht, ob die Niederlage Polens aufgehalten worden wäre.

Das Bild einer Katastrophe stand schon vor unsern Augen. Das wird man einmal den Alarm von 1920 nennen. Nach dem Vertrag von Frankfurt vergingen vier Jahre, ehe die neue Kriegsgefahr auftauchte, die unter dem Namen des „Alarms von 1875" im Gedächnis geblieben ist[1]. Der Alarm im August 1920 trat 14 Monate nach dem Friedensschluß von Versailles ein. Diese Frist ist kurz und läßt den beschleunigten Verlauf der Ereignisse und der Folgen erkennen. Dieser Alarm hat sich unter Umständen abgespielt, die für die Zukunft als Warnung dienen müssen. Im Jahre 1875 gab es noch Bestandteile eines europäischen Gleichgewichts. Allein die mißbilligende Haltung Rußlands und Englands haben genügt, um Bismarck zur Ruhe zu verweisen, indem sie ihm die Unvorsichtigkeit einer Politik sichtbar machten, die Deutschland der Gefahr einer feindlichen Koalition aussetzte. Im Jahre 1920 dagegen breitete sich die Isolierung rings um Frankreich aus. England und Italien mißbilligten die französische Politik und rieten von einem Widerstand gegen Rußland ab. Die Große Entente war aufgekündigt; an ihrer Stelle bildete sich eine „Kleine Entente" — in Wirklichkeit eine Liga der Neutralen — zwischen den Nationalitäten der „Barriere" in Mitteleuropa, mit der Absicht, Polen und die einzige Macht, die ihm Hilfe gewährte, im Stich zu lassen. Tschecho-Slowaken und Jugoslawen näherten sich Rumänien und riefen die slawischen Brüder auf, indessen nur, um Rußland und mit ihm Deutschland zu begünstigen. Im Bewußtsein ihrer Brüchigkeit wiesen es diese Staaten von vornherein von sich, in die Gefahren eines Konfliktes mit

[1] Die deutsch-französische Krise vom Jahre 1875, deren Erinnerung sich bei uns an den „Krieg in Sicht"-Artikel knüpft. Vgl. Bismarck, Gedanken und Erinnerungen, 26. Kapitel. D. Ü.

stärkeren Mächten zu laufen. Außerdem war Deutschland überall am Werke, stiftete Unruhe, wobei es sich seiner Beziehungen sowohl zu den Sozialisten, wie zu den Unzufriedenen aller Art, seien es Iren oder Flamen, bediente. Selbst Belgien war bis in seine Regierung hinein beunruhigt und gespalten. Deutschland seinerseits hielt sich bereit. Ein Sieg der Russen hätte das Signal zu einer Erhebung nach dem Muster von 1813 gegeben. Unsere Besetzungstruppen in Oberschlesien wurden angegriffen. Auf dem linken Ufer des Rheins fanden Streiks und eine planmäßige Verhetzung der Bevölkerung statt, die gerade in diesem Augenblick den Besuch eines Reichsministers empfangen hatte: das waren Anzeichen eines Planes, um die Aktion unserer Truppen zu lähmen oder zu behindern. In Deutschland selbst entstanden neue militärische Organisationen: nach den Einwohnerwehren die Orgesch[1], die Sicherheitspolizei, der Heimatdienst usw.; die Deutschen erfanden immer neue Formen des Militarismus, immer neue Mittel und Wege, eine Armee aufrechtzuerhalten und zu tarnen. Außerdem begannen, was früher nie der Fall gewesen war, sich diese Milizen über die Grenzen des Reiches hinaus auszudehnen; sie griffen auf die österreichischen Provinzen, auf Tirol und Vorarlberg über, die damit befähigt wurden, sich als erste von der armseligen Regierung in Wien loszureißen, die übrigens ihre Zustimmung dazu gab. So wäre der Anschluß nicht im ganzen und in feierlicher Form, sondern in einzelnen aufeinanderfolgenden Gewaltstreichen, mit dem Anschein spontaner Aktionen, vollzogen worden.

Die Rettung Warschaus hat die Ausführung dieses umfassenden Planes verhindert. Oder richtiger gesagt, sie hat sie aufgeschoben. Alle Vorbereitungen bestehen fort. Wir waren die Zuschauer einer Generalprobe der deutschen

[1] „Organisation Escherich." D. Ü.

Revanche, die durch die Erkrankung eines Hauptdarstellers unterbrochen wurde. Wir wissen nunmehr Bescheid. Wir sind gewarnt.

*

Der Alarm von 1920 birgt in der Tat mehrere Lehren in sich. Er ist die erste fühlbare Auswirkung des verkehrten Aufbaus des Friedensvertrages. Die theoretischen und aus vernünftiger Überlegung gefolgerten Einwände, die von Anfang an gegen den Vertrag von Versailles erhoben worden sind, sind nunmehr durch die Erfahrung bestätigt. Dieser Friede vermag sich nicht selbst aufrechtzuerhalten. Er kann nur durch unaufhörliche erneuerte militärische Anstrengungen aufrechterhalten werden und bleibt jedem gleichfalls militärischen Ereignis preisgegeben, das sich an den brüchigsten Stellen der Konstruktion abspielt. Zunächst hat der Vertrag von Versailles in folgerichtiger Weise das Bündnis zwischen Deutschland und Rußland geknüpft. Darüber darf man sich nicht täuschen. In dem Augenblick, in dem man zwischen Deutschland und Rußland auf Kosten beider Länder ein Polen schuf, war die Gemeinsamkeit der Interessen und der Empfindungen hergestellt. Deutsche und Russen lieben sich nicht, aber sie ergänzen sich gewissermaßen. Sie müssen miteinander in Fühlung kommen, Erzeugnisse, Ideen und Menschen austauschen; sie können aber nur über den Leichnam des polnischen Staates hinweg miteinander in Verbindung treten. Sie sind weniger darin Komplizen, daß der eine dem andern sein Stück Polen garantiert, als darin, daß sie beide es vernichten und von neuem teilen wollen. Deutschland mußte nach seiner Niederlage selbstverständlich das Bedürfnis nach einem Bündnis mit Rußland empfinden. Das war indessen noch kein ausreichender Grund, daß es gewiß sein durfte, es

zu erlangen. Polen scheint geradezu dazu erfunden zu sein, um diese Annäherung zu beschleunigen. Das Bündnis Deutschlands und Rußlands auf dem Weg über Polen: auch das war ein Gemeinplatz unserer alten Politik, ein Grundsatz, der nicht mehr bewiesen zu werden brauchte. Er besteht weiter. Es hat niemals so viel Gründe gegeben wie heute, sich seiner zu erinnern. Der Vertrag von Versailles hat Polen seine Selbständigkeit wiedergegeben, als ob Deutschland allein dadurch betroffen und verstümmelt würde, als ob Rußland sich darein gefügt und seine Zustimmung gegeben hätte und sich freuen müßte, ein Opfer für die gerechte Sache gebracht zu haben. Man meinte, die Grenzen, die so weit als möglich den Volkstumsgrenzen folgen (mit gegenseitigen Zugeständnissen und Entschädigungen in den Gebieten, die keine solche Teilung zuließen), würden die Sicherung eines dauerhaften Friedens zwischen Polen und Rußland ermöglichen. Angenommen, eine gerechte und beide Völker zufriedenstellende Grenzziehung sei möglich, so würde immer noch die Tatsache übrigbleiben, daß Polen Rußland behindert, ärgert und reizt allein dadurch, daß es vorhanden ist. Jetzt, wo man dabei ist, die Ostgrenzen Polens festzulegen, während seine Grenzen im Westen, in Schlesien, noch unbestimmt sind, glaubt man das russische Nationalgefühl für sich zu gewinnen, indem man Mäßigung und Milde zeigt. Man kann das versuchen. Aber wenn man gleichzeitig Polen seiner strategischen Grenzen entblößt, wenn man ihm seine Verteidigungsbastionen wegnimmt und den Russen den Anreiz gibt, ein nächstes Mal in Polen einzufallen? Hier ist eine furchtbare Ratlosigkeit am Werke.

Das deutsch-russische Bündnis auf Kosten Polens hat so starke Wurzeln, daß sehr wenig

Aussicht besteht, es durch einfache Abmachungen auf der Landkarte verhindern zu können. Ein Mann, der Geschichte am eigenen Leibe erlebte, hat eines Tages — und an was für einem Tage! — eine innere Schau erlebt. In unserer politischen Literatur gibt es wenig Bücher, die so unbekannt sind wie eine Schrift von hundert Seiten, die Michelet während des Krieges von 1870 verfaßte. Es gibt aber auch kaum ein anderes Buch, das ebenso fieberhaft und von Wetterleuchten erfüllt ist. Der große Hellseher hat in seinem Schmerz, in seinem Zorn, in seiner Enttäuschung (denn er hatte Deutschland geliebt) erstaunlich richtige Einblicke in die Zukunft gehabt. Es scheint, als ob die Völker, deren Geschichte er geschrieben hatte, vor seinen Augen aufmarschiert seien. Er schaute sie wie eine Somnambule, und wie eine Sybille zögerte er, zitterte und faßte sich wieder, bis er die Weissagung hervorstieß. Die Prophezeiung Michelets widersprach derjenigen Renans. Wie der Rationalist, so fand zwar auch der Seher in der Zukunft ein unruhiges, kriegerisches Rußland, das irgendeine ungeheuerliche asiatische Erbschaft in sich trug. Auch Michelet verkündete, daß dieses ungeheure Rußland, ein unbeständiges und schweifendes Volk, sich gegen den Westen in Bewegung setzen werde. Würde das geschehen, um Deutschland zu vernichten und Frankreich zu rächen? Michelet vermochte es nicht klar zu unterscheiden. Dieses Stück der Zukunft war dunkel. Er stammelte keuchend. Und plötzlich bewegte sich der Dreifuß; der Schleier zerriß. Der Seher redete ihm unbekannte, namenlose Menschen an — ohne Zweifel die, die den Vertrag von Versailles geschaffen haben — und wandte sich mit seltsamen Worten an sie: „O, wie fangt Ihr es nur an, Euch selbst zu verblenden? Nicht zu sehen, was Ihr seht? Nicht zu wissen, was Ihr wißt? . . . Wie konntet Ihr die ewige, schreckliche Ehe Preußens mit Rußland vergessen?

Sie ist so unlöslich, daß es zwischen ihnen keiner Verträge bedarf!"

Eine Ehe auf Kosten Polens: „Preußen, ein halbslawischer Staat, war es, das im vorigen Jahrhundert zu dem Bankett einlud, auf dem Polen als Speise aufgetragen wurde und wo man zum Nachtisch ein Glas mit seinem Blute leerte." Wird diese blutig geweihte Gemeinschaft jemals gebrochen werden? Preußen braucht Rußland. „Es wird es morgen noch dringender brauchen, wenn Deutschland wieder erwacht, wenn es aus seinem Traume, aus seinem Rausche auffährt, in dem der Gedanke, geeint zu sein, es alles hat vergessen lassen. Aber um geeint zu sein, muß es bestehen. An dem Tag, wo es um seinen Bestand gehen wird, wird Preußen, sein kleiner Tyrann, ihm Rußland zeigen[1]."

Führen Sie die Prophezeiung Michelets zurück, worauf Sie wollen, meinetwegen auf Epilepsie. Sie ist jedenfalls vorhanden. Sie scheint sich auf unsere Zeit zu beziehen. Zwischen Deutschland und Rußland sind Verträge überflüssig: Polen führt sie zusammen. Wir sahen, wie die Deutschen die Tage bis zum Fall Warschaus zählten und sich bereit hielten, die Vernichtung Polens auszunutzen. Es gibt kein natürlicheres Bündnis. Es wird sich immer wieder spontan erneuern; es gibt wenig so endgültige Erfahrungen in der ganzen politischen Geschichte wie diese. Es wäre unverzeihlich, wenn wir diese Lehre vergessen wollten.

Polen wurde in elfter Stunde gerettet. Die Todesgefahr in der es geschwebt hat, beweist, daß es in das neue Europa schlecht eingefügt ist. Sie beweist auch, daß die innere Festigkeit des polnischen Staatskörpers höchst zweifelhaft ist. Seine Widerstandsfähigkeit gegenüber dem doppelten Flankendruck, dem es in nahe bevorstehender Zukunft aus-

[1] „La France devant l'Europe" von Jules Michelet (1871). Das Motto dieses Buches heißt: „Die Richter werden gerichtet werden."

gesetzt sein wird, ist offensichtlich gering. Polen, das als Schutz gegen Deutschland, als Pufferstaat zwischen Rußland und Deutschland gedacht war, verfügt nicht über die Mittel, die es für diese Rolle nötig hätte. Anstatt uns als Stützpunkt zu dienen, wird es zu seiner Verteidigung unsere Hilfe brauchen. Es wird für uns eine Belastung darstellen. Das bedeutet eine schwere Sorge für die Zukunft.

Worin besteht die größte Schwäche Polens? Darin, daß es keinen Staat besitzt. Die Grenzfrage kommt erst in zweiter Linie. In dieser Gegend Europas kann kein Staat gute Grenzen haben. Natürliche Grenzen, die überall mit Vorsicht betrachtet werden müssen, selbst dort, wo sie auf den ersten Blick auf den Boden eingezeichnet zu sein scheinen, sind in den weiten Ebenen Osteuropas nicht vorhanden. Die Volkstumsgrenzen sind fließend und stets umstritten, angesichts der Mischung und des Gegensatzes der Rassen, der Sprachen und der Religionen. Und strategische Grenzen sind illusorisch, wenn es hinter den Verteidigungslinien keine organisierte Wehrmacht gibt. In der neueren Zeit haben alle Kämpfe zwischen Völkern, die in solchen Marken aneinander grenzen, auf die gleiche Weise ihr Ende gefunden: Diejenigen, die eine kraftvolle Zentralgewalt besaßen, fraßen Stück für Stück die andern auf und erweiterten ihr Gebiet. So waren der preußische und der moskowitische Staat dank dieser Überlegenheit mit Polen fertig geworden, das niemals eine starke Regierung herauszubilden vermocht hat. So haben auch die Habsburger, die in ihren Erblanden einen festen Ausgangspunkt hatten, ihr Reich aus verschiedenartigen nichtdeutschen Landfetzen zusammengeflickt, die der Ohnmacht der umwohnenden Völker entglitten.

Eine der kostbarsten Bemerkungen, die die Geschichtsschreibung der Politik geschenkt hat und die die Politik unserer Zeit vollkommen vernachlässigt hat, verdanken wir Ernest Lavisse. Nachdem er den Aufstieg der Hohenzollern und des preußischen Staates geschildert hat, bemerkt Lavisse in seinen „Studien über die Geschichte Preußens": „Nur die Staaten sind in der Neuzeit groß geworden, die im Mittelalter geweihte Dynastien besaßen: Böhmen, Polen, Ungarn haben ihre Selbständigkeit verloren, weil sie sich dem Zufall des Wahlkönigtums anvertraut haben."

Die wesentliche Ursache der Schwäche der Nationalitäten, die jetzt ihre Unabhängigkeit erlangt haben, liegt schon in ihren Ursprüngen begründet. Die Schwäche, die Polen im 18. Jahrhundert unterliegen ließ, besteht fort. Den meisten mag es scheinen, als ob Polen, der Lazarus unter den Nationalitäten, jetzt den gleichen Ausgangspunkt habe wie Deutschland und Rußland nach ihren Revolutionen und daß nunmehr gleiche Bedingungen geschaffen seien. Das wäre ein schwerer Irrtum. So groß die Verheerungen auch sein mögen, die die Revolution in Deutschland und Rußland hat anrichten können, so haben diese Länder doch die Erbschaft an sachlichen Einrichtungen und Überlieferungen behalten, die dem einen die Könige von Preußen, dem andern die Zaren von Moskau hinterlassen haben. Selbst die Leiter der Sowjetrepubliken — so groß die Zerstörungen sein mögen, die sie anfangs angerichtet haben — befinden sich in einer günstigeren Lage als die Staatsführung der polnischen Republik. Sie besaßen wenigstens noch Spuren der Organisation, der Bürokratie, der Polizei und der Armee des Zarenreiches. Polen stand vor einem Nichts. Es mußte erst alles schaffen, bis zu den Ansätzen einer Verwaltung. An erfahrenen Beamten besaß die polnische Staatsführung höchstens die Galizier, die an der öster-

reichischen Verwaltung teilgehabt hatten. Aber selbst diese Bürokraten hatten ihr System, das den polnischen Bevölkerungsteilen fremd war, die bis vor kurzem zu Preußen oder zu Rußland gehört hatten. Wenn sie ihre Verwaltungserfahrung nicht völlig vergeblich einsetzen (so hat sich der geschickte Bilinski ohne Erfolg am Finanzwesen versucht), so scheitern diese Beamten am Widerstand der Gewohnheiten und Sitten des Volkes. Sie bleiben der Masse des Volkes fremd und finden nicht einmal die Unterstützung der Regierung, die ihnen nicht wesensverwandt ist. Das einzige Element, das organisatorische Kenntnisse mitbringt, die Beamten, die aus Österreich kommen, besitzt nicht die Voraussetzungen, die notwendig wären, damit sie nützliche Dienste leisten und Erfolg haben können. Das einzige Element wiederum, das eine Staatsauffassung und politisches Verständnis besitzt, bilden diejenigen, die aus der ehemals preußischen Provinz Posen kommen; sie machen eine Minderheit aus, die auf kein Verständnis stößt. Man kann aber keinen Staat allein auf dem Patriotismus und dem guten Willen gründen. Um Polen wiederzuerwecken und es in Europa einzufügen, um es auf gleichen Fuß mit Rußland und Deutschland zu stellen, das heißt, um es lebensfähig zu machen, gab es nur eine Lösung: Polen mußte die staatliche Organisation erben, deren Zentrum in Wien lag; es mußte mit dem österreichischen Staat verschmelzen, der sich freiwillig vom Balkan und dem Adriatischen Meer nach Osteuropa hätte zurückziehen müssen. Diese Kombination hätte den Gesetzen der politischen Mechanik entsprochen und wäre infolgedessen natürlich gewesen. Künstlich dagegen war es, einem Volk auf dem Verordnungswege die Unabhängigkeit zu verleihen, ohne ihm die Mittel zu geben, sie zu bewahren

und es dadurch von vornherein gegenüber seinen Erbfeinden in den Zustand der Unterlegenheit zu setzen.

Nachdem Österreich zerstört war, war diese Möglichkeit entschwunden. Polen war als Zufallsgebilde wiederhergestellt worden. Es ist ein minderjähriges Kind, dem man es auferlegt hat, sich selbst im Leben zurechtzufinden. Man hat nicht einen Augenblick daran gedacht, daß man einem Polen, das ehedem an seinen mangelhaften Einrichtungen zugrunde gegangen ist, bessere Einrichtungen hätte geben müssen. Vielmehr folgte der polnischen Republik abermals eine polnische Republik. Von keinem Gesichtspunkte aus war es vernünftig, den Samen der Demokratie unter den befreiten Völkern Mittel- und Osteuropas auszusäen. Die Ergebnisse können verhängnisvoll werden, und zwar bald. In bezug auf Polen sieht sich Frankreich einem anorganischen Lande, das sich im Zustande der latenten Anarchie befindet, verbündet und verpflichtet. Mehr noch: Polen, das als ein Hilfsvolk gedacht war, ist bereits das geworden, was die alte polnische Republik für uns war — eine tägliche Sorge. Eine berühmte Anweisung Choiseuls über die schwedischen Angelegenheiten vor der Wiederherstellung der Macht Gustavs III. mit Hilfe Frankreichs sagt ausdrücklich: „Die schwedische Regierung ist so, wie sie jetzt eingerichtet ist, eine wahre Anarchie, deren Lenkung bald in den Händen der einen Partei ist, bald in den Händen der entgegengesetzten Clique. Der ununterbrochene Zusammenstoß des Hasses und der Intrigen beider Parteien, die ständig versuchen, sich gegenseitig zu stürzen und zu vernichten, muß für dieses Land verhängnisvoll werden und ein Bündnis mit ihm für andere Mächte zwecklos oder sogar gefährlich machen." Es ist eine sehr ernste Gefahr, die uns dazu gebracht hat, so von dem Bündnis mit Polen zu sprechen. Entweder wird Polen seinen Staat in

Ordnung bringen und sich aus der Anarchie herausarbeiten oder aber, wir müssen ihm alle 14 Monate eine Schlacht von Warschau zu gewinnen helfen. Wir werden an ihm ein schweres Gewicht mitzuschleppen haben und müssen froh sein, wenn es nicht unterliegt, wie es schon früher einmal unterlegen ist.

Anhang zum 7. Kapitel

Deutschland und Polen

Ein anonymer Schriftsteller, in dem wir einen bekannten polnischen Historiker zu erkennen glauben, hat in der Revue „La Pologne“ im Juli 1920 einen Aufsatz veröffentlicht, der es verdient, im Auszuge als Dokument und Schlußfolgerung hier wiedergegeben zu werden:

Die Teilung Polens ist für die deutsche Politik kein weit entferntes und unbestimmtes Ziel. Es ist genau umrissen, und es gilt als möglich, es in sehr naher Zeit zu verwirklichen. Wenn man die deutsche Politik und die Ereignisse in Osteuropa beobachtet, kann man sich genau über den deutschen Plan Rechenschaft geben. Danach will die deutsche Politik in drei Etappen vorgehen: Erstens: Wiederherstellung der alten Grenzen im Osten. Zweitens: Errichtung einer deutschen Hegemonie in Osteuropa. Drittens: Revanche gegenüber den Westmächten und deutsche Hegemonie auf dem europäischen Kontinent.

Die Durchführung dieses Programms ist an die Wiederherstellung Preußens und seiner alten Grenzen geknüpft, was eine neue Teilung Polens in sich schließt ... Das Gelingen einer Teilung Polens — im Widerspruch zum Selbstbestimmungsrecht, das in Versailles so laut verkündet und durch die Deutschen angenommen worden ist, die schnell genug verstanden haben, welchen Nutzen sie daraus in Osteuropa ziehen können — gründet sich auf folgende drei Voraussetzungen: Erstens: Wiederherstellung einer politischen Lage wie der, die im 18. Jahrhundert zu den Teilungen in Polen geführt und diese Teilung im 19. Jahrhundert aufrechterhalten hat. Zweitens: Die innere Lage Polens und die Tendenzen der polnischen Politik. Drittens: Die Neutralität der Westmächte, so wie sie während der Teilung des 18. Jahrhunderts bestanden hat und gegenüber der Vollendung der Teilung im 19. Jahrhundert bestehen blieb.

Die Politik Friedrichs des Großen und seiner Nachfolger hat zu einem schlagenden Erfolge geführt, weil es ihr gelungen ist, Rußland und Österreich zu gewinnen, den Ehrgeiz Katharinas II. auszuschalten,

die sich der Teilung Polens widersetzte, weil sie es ganz annektieren wollte, sowie die Skrupel Maria Theresias zu besänftigen, die unter Tränen über die verletzten Rechte und das Unglück des geschändeten Polen nachgab. Die Nachfolger auf dem Wege der Politik des Großen Königs spielen dasselbe Spiel. Sie möchten einen Ring der Beutemacher um den neuen polnischen Staat bilden und abermals bei der Teilung Polens zu dritt sein.

Sie haben bereits die Bolschewisten dafür gewonnen, die zu Vorkämpfern der Wiedervereinigung der „russischen Erde" geworden sind, die die große Idee Peters des Großen und aller seiner Nachfolger war. Auf ihren Fahnen führen sie dieselben humanitären Grundsätze wie die Armeen der Zaren. Suwarow hat die Einwohner von Praga, der Vorstadt von Warschau, niedergemetzelt, um die Verteidigung „der durch das katholische Polen unterdrückten Protestanten" zu übernehmen; die Rote Armee Braunstein-Trotzkis metzelt die polnische Bevölkerung nieder, um das Proletariat von der Unterdrückung durch die „reaktionäre und imperialistische polnische Bourgeoisie" zu befreien. Die Worte haben gewechselt, aber die Wirklichkeit ist dieselbe geblieben. Österreich-Ungarn besteht nicht mehr, aber die deutsche Politik rechnet damit, daß die politischen, wirtschaftlichen und geographischen Faktoren, die das Reich der Habsburger gebildet haben, nicht verschwunden sind, und daß ein Interessenzusammenhang besteht, der in der einen oder in der andern Form das alte Reich wieder zum Leben erwecken wird. Sie erinnern sich daran, daß es eine Zeit gegeben hat, in der die Kaiser auf dem böhmischen Königsthron saßen, und sie rechnen mit der Möglichkeit, daß Österreich durch die Tschecho-Slowaken wiederhergestellt werde. Sie hoffen, daß das Bündnis, das im 18. Jahrhundert den König von Preußen mit dem russischen Kaiser und den Habsburgern verbunden hat, sich im 20. Jahrhundert zwischen drei Republiken wiederholen könnte, die — man braucht nur an Berlin zu denken — unter dem gleichen historischen und geographischen Gesetz stehen wie die alten Monarchien.

Aus dieser Gesamtauffassung leiten die Deutschen folgende praktische Schlußfolgerungen ab: Erstens, die Notwendigkeit einer Verständigung mit der sowjetrussischen Regierung; zweitens eine Aktion, die darauf abzielt, den Gegensatz zwischen Polen und der Tschecho-Slowakei wegen des Teschener Bezirks zu verschärfen.

Was die innere Lage Polens betrifft, so ist der deutsche Plan recht einfach. Die Deutschen brauchen nur aus allen Schwierigkeiten Nutzen zu ziehen, vor denen die Organisatoren eines neuen Staates stehen, Schwierigkeiten politischer, sozialer und wirtschaftlicher Art. Sie müssen den Parteienkampf verschärfen, die Teuerung im Gange halten, den Klassenkampf unterstützen und den Volkstumskampf gegen den pol-

nischen Staat organisieren. Die Juden, die Litauer, die Ruthenen, die Deutschen bilden allesamt günstige Objekte für die Tätigkeit der deutschen Propaganda. Nachdem jetzt die Geheimnisse der deutschen Propaganda in Frankreich enthüllt sind, kann man sich leicht vorstellen, was die deutschen Agenten in einem Lande ausrichten können, das eine unerfahrene Beamtenschaft und eine äußerst schwierige wirtschaftliche Lage besitzt. Polen wimmelt von deutschen Agenten, die einen beträchtlichen und viel zu gering eingeschätzten Einfluß auf die inneren Verhältnisse dieses Landes ausüben. Und endlich muß man sich eingestehen, daß die deutsche Politik die traditionellen Irrtümer der polnischen Politik sich zunutze macht; sie hofft, Polen in die ukrainischen und russischen Angelegenheiten zu verstricken, so daß ihm die Hände in der Politik dem Westen gegenüber gebunden sind. Sie setzt ihre Hoffnung darauf, daß Polen in seinem romantischen Überschwang das richtige Verhältnis außer acht läßt, das in einer vernünftigen Politik zwischen den Mitteln, über die man verfügt, und den Zielen, die man verfolgt, obwalten muß.

Die deutsche Politik rechnet auch mit der Neutralität der Alliierten, die das Ergebnis der verschiedenen Auffassungen über die Anwendung des Vertrags von Versailles ist. Um eine wohlwollende Neutralität der Alliierten herbeizuführen, benützen die Deutschen das Schreckbild des Bolschewismus und bemühen sich, die Sieger für den Grundsatz der wirtschaftlichen Solidarität aller europäischen Nationen zu gewinnen.

Die deutsche Politik tut ihr möglichstes, um darzutun, daß nur Deutschland imstande ist, Europa vor dem russischen Bolschewismus zu bewahren; im geheimen unterstützen die Deutschen jedoch die Sowjetregierung und die Rote Armee gegen die Polen, um durch den Augenschein zu beweisen, daß Polen außerstande ist, den Soldaten Trotzkis erfolgreichen Widerstand zu leisten. Andererseits beweisen sie, daß man Deutschland die Möglichkeit geben müsse, seine Industrie und seine Landwirtschaft zu entwickeln, um die Gefahr des Bolschewismus im Innern Deutschlands zu bekämpfen. Sie verlangen darum die Bedingungen, die notwendig sind, um ihr wirtschaftliches Leben wiederherzustellen, die Erleichterung der Reparationslasten und die Kohle Oberschlesiens. Die deutsche Propaganda ist sehr geschickt darin, Schlagworte in die Welt zu setzen, die den deutschen Interessen dienen. Während des Krieges war es das Schlagwort von einem „Frieden ohne Annektionen und Entschädigungen", jetzt ist es das Schlagwort „Deutschland muß den Osten organisieren" und „die wirtschaftliche Zusammenarbeit der Sieger und der Besiegten". Bekanntlich ist eine einflußreiche Gruppe in England, deren Wortführer Mr. Keynes ist, bereits vollständig für das deutsche Programm gewonnen; wenn sich die Diplomatie der Alliierten diesen Gedankengängen anschließt, wird Deutschland in seine Vorkriegslage zurückversetzt sein . . .

Die Diplomaten der Wilhelmstraße treiben eine klare und wohlerwogene Polenpolitik, wie sie allein während des Krieges eine Polenpolitik besaßen, weil sie die polnische Frage für die wichtigste der Zukunft hielten. Aber um die polnische Frage im Sinne der oben dargelegten Erwägungen zu lösen, ist es erforderlich, daß Polen militärisch zusammenbricht. Daran arbeitet die deutsche Politik seit Monaten.

Wer die Ereignisse sorgfältig beobachtet hat, konnte folgende Tatsachen feststellen: Erstens: eine Vorbereitung der Offensive der Sowjetarmeen gegen Polen; zweitens: das Bemühen, die Polen als Angreifer und Imperialisten vor der europäischen öffentlichen Meinung hinzustellen; drittens: das Bestreben, die Polen an der Beschaffung des notwendigen Kriegsmaterials zu hindern; viertens: die Bemühungen um den Ankauf von Eisenbahnmaterial und anderen für den Krieg gegen Polen notwendigen Erzeugnissen in England und Amerika (das war die Mission Krassins); fünftens: die glücklicherweise gescheiterten Bestrebungen, eine revolutionäre Bewegung in Polen zu entfesseln, die unter dem Anschein wirtschaftlicher Streiks vor sich gehen und von einer pazifistischen Aktion begleitet sein sollte. Man kann darin das bereits klassisch gewordene Vorgehen der Deutschen wiedererkennen: nachdem sie alles getan haben, um ihr Opfer in Mißkredit zu bringen, und sich den Anschein gegeben haben, als ob sie die Angegriffenen seien, entfesseln sie eine Offensive mit einem genau bestimmten Ziel.

Die Deutschen werden sich hüten, selbst militärisch einzugreifen. Sie haben aber für diese Aktion ein williges Werkzeug in der gegenwärtigen Regierung von Litauen . . .

Es genügt ein Blick auf die Karte von Osteuropa, um zu sehen, daß Litauen Polen gegenüber dieselbe strategische Rolle spielt, wie Irland England gegenüber und daß von dort aus im geeigneten Augenblick ein entscheidender Schlag gegen die Verbindungslinien der polnischen Armee geführt werden kann. Eine jahrhundertelange Erfahrung hat gelehrt, daß derjenige, der im Besitz von Lemberg und von Wilna ist, Polen in der Hand hat. Der Einfall der bolschewistischen Horden in Polen bedeutet die Wiederherstellung Preußens, die Wiedergewinnung der deutschen Position im Osten und damit den ersten schwierigsten Schritt auf dem Wege der Revanche.

Dieses Dokument verdient gelesen und durchdacht zu werden. Man müßte es in einem Jahrhundert noch einmal lesen können.

8. Kapitel

Die adriatische Verwicklung

Intelligente Italiener, Nationalisten, haben uns oft gesagt, daß sie sehr gut verstehen könnten, daß die alte französische Politik, deren letzter Repräsentant Thiers war, sich gegen die Herstellung der italienischen Einheit wehrte; man darf sich nicht dafür einsetzen, daß neben einem eine Großmacht entsteht. Indessen war die italienische Einheit 1914 eine vollzogene Tatsache, und es gab nur eine Möglichkeit, die Delcassé bereits seit 1902 vorbereitet hatte: die Neutralität Italiens im Falle eines deutsch-französischen Krieges. Da indessen die Neutralität ein ungewisser Zustand ist, so war es noch besser, wenn Italien auf unserer Seite in den Krieg eintrat und den Bruch mit seinem ehemaligen Verbündeten vollzog. Gerade dies trat ein, dank einem Zusammentreffen glücklicher Umstände und dank dem italienischen Patriotismus, der in der Teilnahme Italiens am Kriege das Mittel sah, sein nationales Programm durchzuführen. Daran hätte man in Versailles denken müssen. Die Bedingungen, die Italien für sein neues Bündnis gestellt hatte und die im Vertrag von London niedergelegt sind, sprechen deutlich genug; es war das adriatische Meer, nach dem Italien vor allen Dingen strebte. Sein unmittelbarer Gegner war nicht das Deutsche Reich, sondern die österreichisch-ungarische Monarchie. Hier liegt auch der Hauptgrund der zukünftigen Schwierigkeiten. In Wahrheit fügt sich Italien, seitdem es existiert, nur mit Schwierig-

keiten in ein System der europäischen Politik ein, wie auch immer dieses aussehen mag. Der Friedensvertrag hat diese Einfügung erschwert, statt sie zu erleichtern.

Im 19. Jahrhundert hielt die italienische Einheit mit der deutschen Schritt. Daher rührt bei den meisten Italienern der Gedanke, daß eine Solidarität zwischen Deutschland und ihrem Vaterlande besteht. Man mußte daher vorhersehen, daß sich Italien allen Bestrebungen auf eine Aufteilung Deutschlands widersetzen werde[1] und daß man ihm vergeblich vorstellen würde, daß es nichts gewänne, wenn das Deutschtum, mit dem es zu tun hätte, und gegen das es den Brenner, Triest und die Adria verteidigen müsse, in preußischer statt in österreichischer Gestalt aufträte. Italien brauchte nicht zugunsten der deutschen Einheit einzuschreiten, die auf der Friedenskonferenz niemals in Frage gestellt wurde. Dagegen trug sich etwas anderes zu, was jeder vernünftigen Erklärung trotzt: Der Friede hinterließ in Italien nur Verstimmung und Verbitterung, obwohl der Krieg um zwei Jahre verlängert wurde, um die Italien gegebenen Versprechungen einlösen zu können.

Als die italienischen Staatsmänner in dem Augenblick, wo sie sich vor ihrem Eintritt in den Krieg schriftliche Zusicherungen geben ließen, den Gedanken an eine Aufteilung Deutschlands zurückwiesen, dachten sie ebensowenig an eine Zerstückelung Österreichs. Die umsichtigsten unter ihnen wünschten sie vielleicht gar nicht. Jedenfalls standen wir im April 1919 vor folgender Tatsache: Der Krieg war geführt worden, als ob die Zerstörung der österreichisch-ungarischen Monarchie das Hauptziel der Entente gewesen wäre; alle diplomatischen Schritte, die der König von Spanien oder sogar der Wiener Hof selbst angeregt hatten, um den Block

[1] Zu dieser Frage verweisen wir auf unser Buch „Der Krieg und Italien" vom Jahre 1916.

der Mittelmächte zu sprengen, waren 1917 mit dem Vorgeben zurückgewiesen worden, daß ein Separatfrieden mit Österreich-Ungarn durch den Vertrag von London ausgeschlossen sei. Indessen dieselben Alliierten, die die durch den Prinzen Sixtus angebotenen Unterhandlungen hatten fallen lassen, verweigerten Italien die Vorteile des Londoner Vertrages zu der Zeit, wo sie vollständig Herr der Lage waren. Dazu war also das zweckmäßige und berechtigte österreichische Verhandlungsbegehren und die Sprengung des Bundes der Mittelmächte zurückgewiesen worden, für die Alfons XIII. seine guten Dienste angeboten hatte! Für die vernünftige Überlegung bleibt das unfaßbar.

Es war gefährlich, ein leicht erregbares und zugleich politisches Volk wie das italienische so zu enttäuschen. Die Wirkung trat rasch ein und war tiefgreifend. Die Enttäuschung hat die Gemüter völlig verwandelt. Sie hat das ganze italienische Leben in Verwirrung gebracht. Und sie hat den Mann wieder zur Macht gebracht — und zwar unter allgemeinem Jubel —, der die Meinung vertreten hatte, Italien solle nicht in den Krieg eintreten, weil er sich für es nicht lohnen werde. Man darf in Giolitti nicht einen Neutralisten sehen; er ist ein Ghibelline. Der realistische Staatsmann erschien seinem Lande wie ein Retter. Ohne Sentimentalität und ohne Doktrin leitete er Italien im Sinne des geringsten Risikos und des kleineren Übels. So war die Teilnahme Italiens am Krieg auf unserer Seite nur ein Zwischenspiel, das am goldenen Hochzeitstag der italienischen Einheit sowohl eröffnet wie auch wieder beendet wurde. Alles muß neu begonnen werden. Man muß sich überlegen, wie und warum.

*

Die österreichisch-ungarische Monarchie war keine Nation, sondern ein Staat, den man je nach den Bedürfnissen des Augenblicks zustutzen, umformen und verlegen konnte. Dieses bequeme Österreich besteht aber nicht mehr. An seine Stelle sind Nationen getreten. Und wenn man in das Fleisch einer Nation schneidet, so schreit sie auf und leistet Widerstand. Italien war im Namen des Nationalitätsprinzips befreit und geeint worden. Jetzt trat eine neue Nationalität in Erscheinung, die jugoslawische, und auf ihre Kosten forderte Italien Provinzen und die Adria. Wie sollte man das, was man ohne Beschwerde dem Reich der Habsburger hätte wegnehmen können, dem Volk der Serben, Kroaten und Slowenen entreißen? Italien mochte sich über den Sturz seiner alten habsburgischen Feinde freuen. Ihm konnte der Verlust eines Bestandteiles des europäischen Gleichgewichts gleichgültig sein. Aber es gewann damit nur einen neuartigen und viel gefährlicheren Rivalen: eine junge Nationalität, wie es selber vor 60 Jahren gewesen war, als es noch das Schoßkind Napoleons III., des Wilson seiner Zeit, war. Nachdem Italien ursprünglich eine Nationalität gewesen war, war es nunmehr zu einem Staat geworden. Nach der romantischen Doktrin, die die Friedenskonferenz stets angewandt hat, besitzt eine Nationalität alle Rechte, ein Staat dagegen keine. So wurde Italien schlecht behandelt und die jugoslawische Nationalität genoß, weil sie neu war, den Vorzug. Das erzeugte eine große Verwirrung und eine heftige Empörung bei den Italienern, die die Denkweise nicht begriffen, nach der die Kroaten, die unter den Fahnen der Habsburger gefochten hatten, wie Verbündete betrachtet werden mußten, seitdem sie sich — übrigens nur bis zu einem gewissen Grade — mit den Serben verschmolzen hatten. Damit wurde natürlich die adriatische Frage nahezu unlösbar oder konnte wenigstens nur unvoll-

kommene und vorläufige Lösungen erfahren, die weder für die eine noch für die andere Seite befriedigend waren. Daher rührt eine dauernde Feindschaft zwischen den beiden Anrainern der Adria, die den Ausgangspunkt für künftige Schwierigkeiten und Konflikte birgt. Die Italiener haben lange gebraucht, bis sie die Ursache des Übels erkannten; sie sind vielleicht etwas spät darauf gekommen. Mehr als ein Jahr, nachdem Orlando und Sonnino die Verhandlungen mit dem Obersten Rat abgebrochen hatten, um dann nachzugeben und schließlich gestürzt zu werden, hat die italienische Presse endlich ein richtiges Bild von der Lage entworfen, in die Italien durch das Verschwinden Österreichs versetzt worden war. Es sah folgendermaßen aus:

Für uns ist Jugoslawien einfach der Erbe Österreichs mit dem erschwerenden Umstand, daß die österreichisch-ungarische Monarchie als großer dualistischer Staat, der mehrere Nationalitäten in sich einschloß und vier Fronten zu verteidigen hatte, zwangsweise eine ziemlich komplizierte Politik verfolgen mußte, in der die Gegnerschaft zu Italien nur einen einzelnen Bestandteil und nicht einmal den wichtigsten bildete, der außerdem durch andere Umstände zu unseren Gunsten im Gleichgewicht gehalten wurde. Eben deshalb hatte sich der österreichische Staat auch stets gehütet, mit uns Streit anzufangen; er gab dem Drucke nach, der von verschiedenen einflußreichen politischen Gruppen auf ihn ausgeübt wurde, und folgte den Ratschlägen seiner Generäle, die ihn davon abhielten. Jugoslawien dagegen betrachtet Italien als seinen Hauptfeind; es besitzt Italien gegenüber seine ausgedehnteste und wichtigste Grenze und ebenso seine größten Reibungspunkte. Es vereinigt gegen uns seine ganze nationale Leidenschaft, indem es durch den Haß gegen Italien die schweren Gegensätze der drei Völker überbrückt, die den jugoslawischen Staat bilden[1].

Ist das alles? Das wäre noch zu einfach. Die jugoslawische Nationalität ist für die Italiener die Erbin des verhaßten Österreich; für die andern Verbündeten dagegen ist sie die Erbin des heroischen Serbien, das ihnen um so teurer ist, weil es so viele Opfer gekostet hat. Die Italiener sehen ihren

[1] Luigi Salvatorelli in der „Stampa" vom 21. Juli 1920.

natürlichen Feind von den Alliierten gehätschelt; man versteht sich nicht mehr. Alsbald steigt bei ihnen der Gedanke auf, es müsse eine ungeheuerliche Verschwörung dahinter stecken:

Jugoslawien erscheint bei den Beratungen der Entente nicht wie ein besiegtes Land, sondern wie ein Verbündeter auf gleichem Fuß wie Italien und wird sogar auf Grund der wahren oder falschen Ansprüche Serbiens Italien vorgezogen. Im Spiel der internationalen Kräfte ist Jugoslawien an die Stelle Österreichs getreten, mit dem Unterschied, daß das Habsburger Reich Teil einer festen Konstellation bildete, die im Gegensatz zu England und Frankreich stand, während das heutige Jugoslawien zur französisch-englischen Gruppe gehört. Das bewirkt, daß Italien an zwei Grenzen und auf zwei Meeren nicht mehr zwei Gegner hat, die verschiedenen Gruppen angehören und sich infolgedessen gegenseitig neutralisieren, sondern Gegner, die untereinander verbündet sind[1].

Ringsum Feinde! Das ist die Auffassung, die der Friedensvertrag bei den Italienern hervorgerufen hat. Die Belege dafür könnten vervielfacht werden. Vier Tage nach dem zitierten Artikel aus der Stampa, die Giolitti nahesteht, analysierte der bekannte Leitartikler, der „Rastignac" zeichnet, in der „Tribuna" eine Beschwerdenote, durch die sich Tittoni am 7. Juli 1919 beim Obersten Rat beschwerte, daß „der Repräsentant Italiens behandelt werde, als ob er einem feindlichen und besiegten Staate angehöre, der aufgefordert sei, Rechenschaft wegen verbrecherischer Umtriebe abzulegen[2]". Diese bitte-

[1] Aus demselben Artikel.

[2] Um die italienische Denkweise kennenzulernen und zu verstehen, ist es angebracht, noch folgende Stelle aus demselben Dokument anzuführen: „Der Londoner Vertrag von 1915 ist ein Vertrag in vollgültiger, vorschriftsmäßiger Form. Es besteht kein Schein der Berechtigung für die Behauptung, daß dieser Vertrag in mancher Hinsicht überholt sei oder gerade jetzt hinfällig werde. Wenn die Sachlage, die im Jahr 1915 bestand, Änderungen erfahren hat, so kann man dem leicht Rechnung tragen. Aber von da ist es noch weit bis zu der Absicht, den Geist des Vertrages so zu verletzen, daß man den einen vertrag-

ren Worte des ehemaligen Ministers des Auswärtigen begründet der bekannte Journalist und führt sie weiter, so daß er schließlich zu folgendem Ergebnis kommt: „Es ist also nicht unlogisch, zu schließen, daß die Alliierten den Wunsch hegen, daß zwei Mächte, Deutschland und Italien, besiegt und niedergeworfen aus diesem Kriege hervorgingen." Das ist die Stimmung in Italien. Aber die Adria wird einmal nicht nur für sie „ein sehr bitteres Meer" sein.

Man sprach früher vom „adriatischen Gleichgewicht". Der Friedensvertrag hat jedes Gleichgewicht verleugnet, auch dieses. Jetzt haben wir die adriatische Verwicklung, die es nicht gäbe, wenn Österreich den Krieg überlebt hätte, und der man, nachdem Österreich nun einmal zerstückelt war, nur hätte vorbeugen können, wenn die Jugoslawen rundweg den Italienern aufgeopfert worden wären, während sie sich jetzt durch die Tatsache verschärft hat, daß sich alle Beteiligten verletzt fühlen und unzufrieden sind.

Es gab eine Zeit, in der dem französischen Gesandten, der die französisch-italienische Verständigung vorbereitet hatte, ein Vorwurf daraus gemacht wurde, daß er Italien verführt und damit Wilhelm II. einen Grund zur Beschwerde gegeben habe. Dieses Mal haben wir Italien nicht verführt. Nachdem einmal die Verpflichtungen von 1915 zerrissen worden waren, hätte man sich wohl mit Italien überwerfen können, wenn es die Bedingungen des europäischen Gleichgewichts verkannte. Man hätte über seine Proteste hinweggehen können, wenn man dafür eine Ordnung auf dem Kontinent geschaffen hätte, die uns gestatten würde, von Italien abzusehen und seine Feindseligkeit zur Ohnmacht zu

schließenden Teil der Früchte des gemeinsam errungenen Sieges beraubt." Mit andern Worten, Italien meint, daß es betrogen und bestohlen worden sei.

verurteilen. Wir wollen nicht behaupten, daß das schön oder edel gewesen wäre. Es wäre indessen nicht unmoralischer gewesen als die Verleugnung der gegebenen Unterschriften und hätte zum mindesten das Recht der Vernunft für sich gehabt. Wenn freilich ein österreichisch-ungarisches Reich fortbestanden hätte, so wäre es möglich gewesen, Kombinationen zu finden, die Italien mehr eingebracht hätten, als es erhalten hat. Ein Österreich-Ungarn hätte sich dank seiner Formbarkeit nach Nordosten, nach Polen, Danzig und dem Baltikum verlagern lassen und hätte dann ebenso schmerzlos auf Triest und Fiume wie seinerzeit auf Venetien verzichten können: diese so natürliche Lösung war während der geheimen Vorbesprechungen von 1917 erörtert worden. Die italienische Freundschaft wurde jedoch ohne Gegengabe und umsonst aufs Spiel gesetzt. Heute sind die Nerven des italienischen Volkes krank. Sie haben der doppelten Erschütterung der Kriegsanstrengung und der Enttäuschungen durch den Friedensvertrag nicht standgehalten. Es wäre indessen ein Irrtum, zu glauben, daß Italien für immer gebrochen sei. Italien wird sich ohne Zweifel aus der großen moralischen, sozialen und politischen Verwirrung wieder erheben, unter der es gegenwärtig leidet. Dann wird es bemerken, daß es 40 Millionen Einwohner zählt und daß die Alliierten unklug daran getan haben, es zu stärken, ohne ihm alles zu geben, was es forderte, und damit seine unmittelbaren Rivalen (Griechenland und Jugoslawien) zu begünstigen, so daß es schließlich in eine Lage geriet, in der es seine Politik in Übereinstimmung mit seinen eigenen Ansprüchen und Interessen und ohne Rücksicht auf seine früheren Freunde wählen muß. Dabei wird es immer sagen können, daß nicht Italien mit der Treulosigkeit begonnen habe.

Italien ist in eine Epoche eingetreten, in der es erwacht und sich auf sich selbst besinnt; es wird keine große Aktion

nach außen unternehmen und es sich angelegen sein lassen, in Verbindung mit seinen Kriegsverbündeten zu bleiben. Es wird indessen seine Rechnung aufmachen und sein Risiko abschätzen. Es muß die Eroberungen bewahren, obwohl sie seinen Hoffnungen nicht entsprochen haben. Es wird nach Sicherheiten suchen. Um den Brenner und Triest gegen den ewig drohenden Einbruch der Deutschen zu schützen, wird es auf das Verfahren zurückkommen, mit dem es früher Venetien geschützt hat. Um keinen Krieg mit Österreich zu bekommen, hat es sich mit Österreich verbündet. Eine ähnliche, nur etwas verwickeltere Lage wird ihm den Gedanken einflößen, gute Beziehungen mit Deutschland anzuknüpfen, das beinahe sein Nachbar geworden ist. Und Jugoslawien? Man kann sich vorstellen, daß eine Annäherung zwischen Italien und Deutschland den schwächeren Erben des ehemaligen Österreich einschüchtern und neutralisieren und ihm die gleichen Gefühle und Gedanken nahelegen könnte. Im Bewußtsein, auf Kosten des italienischen Volkes und des Deutschtums geschaffen worden zu sein, könnte es, um seine eigene Zukunft zu garantieren, auf den Gedanken kommen, einem deutsch-italienischen System beizutreten, indem es eine gegenseitige Grenzgarantie als Anknüpfung benützt. Es könnte Deutschland und Italien sogar nützliche Dienste leisten und ihr in den Osten vorgeschobener Posten werden. Eine Annäherung führt die andere herbei, und wir wissen, wie leicht politische „Gewaltmärsche" gemacht werden können. So könnte sich auf Grund der gleichen Ursachen der alte Dreibund wiederherstellen lassen; in Ermangelung eines allgemeinen Gleichgewichts sucht jedes Land nach dem ihm möglichen Gleichgewicht, und die Konstellationen der Mächte werden sich wie 1914 auf Grund ähnlicher Bedürfnisse bilden. Was wir hier sagen, ist so wenig ein bloßes

Spiel des Geistes, daß in der ernsten Periode, die der Rettung Warschaus im August 1920 vorherging, der Chef der tschecho-slowakischen Regierung, Tusar, der eine Liga der Neutralen gegen Polen und infolgedessen zugunsten Deutschlands gründete, dem Grafen Sforza seine Vermittlung für eine italienisch-jugoslawische Aussöhnung anbot. Der Gedanke einer Annäherung an Jugoslawien verletzte zunächst den italienischen Patriotismus genau so, wie ihn 40 Jahre früher die Annäherung an Österreich verletzt hatte. Italien könnte sich an das eine wie das andere gewöhnen. Man muß zwischen sentimentalen und politischen Bündnissen unterscheiden.

Für uns scheint der Augenblick vorüber zu sein, in dem wir die Mittel gehabt hätten, Italien dadurch an uns zu fesseln, daß wir uns mit ihm verbinden, um ihm das zu verschaffen, was ihm in bezug auf die Adria versprochen worden war. Unwiederbringliche Zeit ist verstrichen. Das Bündnis mit Italien hat einen Riß bekommen. Wenn Italien zufriedengestellt worden wäre, so hätte es die Bürgschaft seiner Neuerwerbungen bei uns gesucht. Der Pakt, der für den Sieg geschlossen wurde, hätte mit Recht nach dem Siege fortbestehen können. Man verbündet sich um der Beute willen, die man machen will; aber man verbündet sich auch um der Beute willen, die man gemacht hat. Das war vielleicht ein vorausschauender und vernünftiger Gedanke in den Abmachungen von 1915 und 1916.

Gegenwärtig entgleitet uns Italien. Es sucht seinen Weg, zunächst ohne sich an jemand zu binden. Es kehrt zu der Politik der „wohlüberlegten Unbeständigkeit" zurück, derzufolge es sich seit seinen savoyischen Herzögen bald Mitteleuropa, bald Westeuropa zuneigt. Der Krieg hätte ihm die Eigenschaft eines festen Elements verleihen können. Jetzt ist es von neuem entwurzelt, und man muß sein Hin- und

Herschwanken abwarten. An diesem Punkte ist gegenüber der Vorkriegszeit nichts verbessert worden. Kein Fortschritt wurde erzielt. Italien paßt sich ebensowenig wie früher in ein konservatives europäisches System ein. Die Unsicherheit seiner Haltung bewirkt auch eine Unsicherheit bei uns. Seine Schwierigkeiten schaffen unsere Schwierigkeiten. Die französisch-italienischen Beziehungen werden die schwierigste Aufgabe unserer Diplomatie werden. Wir werden die Folgen in gleicher Weise zu tragen haben, einerlei, ob Italien in Konflikt mit den Jugoslawen gerät oder ob es sich durch Vermittlung Deutschlands mit ihnen verbündet (denn es kann, wie früher Österreich gegenüber, nur ganz das eine oder ganz das andere haben, das Bündnis oder den Konflikt). Die Adria, vielleicht das einzige Meer, wo wir überhaupt nichts zu suchen haben, wo wir keinerlei Interessen besitzen, bewahrt ihre Bitterkeit für Italien und ihre Stürme für uns.

9. Kapitel

Hypotheſen und Wahrſcheinlichkeiten

Es gab während der Monate, die dem Waffenſtillſtand folgten, einen Augenblick, wo die Unordnung ſo groß war, daß die Menſchen glauben konnten, ganz Europa werde zugrunde gehen. Überall erhoben Hungersnot und Revolution ihr Haupt. Für den amerikaniſchen Lebensmitteldiktator Hoover gab es auf unſerm alten Kontinent hundert Millionen Menſchen zuviel, und Amerika, dem um ſeine eigene Verſorgung bange wurde, ergab ſich ſchließlich darein, ſie verhungern zu laſſen. Düſtere Vorgefühle erfaßten die Gemüter. Der Geſchichtsſchreiber Ferrero verkündete das Ende der Alten Welt. Nicht einmal in den düſterſten Stunden des Krieges hatte es je eine ſolche Verzweiflung gegeben. An der Londoner und Pariſer Börſe fielen die Kurſe, wenn Spartakus in Deutſchland ſiegte. Eines Abends las jemand in einem Zeitungsgebäude, das ein Treffpunkt für die Pariſer iſt, ein Telegramm: Das königliche Schloß in Berlin iſt beſetzt worden, die rote Fahne wurde darauf gehißt. Man hörte ein tiefes Seufzen. Es ſtammte von einem mit Frankreich befreundeten Diplomaten, der dieſen Schlag nicht mehr hatte verwinden können. Auf den ſchrecklichen, aber organiſierten Krieg der Nationen ſchien ein anderer, noch ſchrecklicherer Krieg zu folgen, um vollends zu vernichten, was von der alten Geſellſchaft noch übriggeblieben war: der ſoziale Krieg, der Krieg um das Brot. Man hat ihn während

des wirklichen Krieges nicht gefürchtet. In den Monaten, die ihm folgten, verursachte er Schrecken, und dieser Schrecken war ein schlechter Berater. Er flößte den Wunsch ein, daß Deutschland sich konsolidierte, um der bolschewistischen Ansteckung Widerstand leisten zu können. Deutschland hat Widerstand geleistet und hat sich konsolidiert: es ist für uns dadurch nichts besser geworden. Die deutsche Revolution hatte einen bisher unbekannten Charakter und hatte keine Ähnlichkeit mit dem, was sie nach der Prophezeiung Heinrich Heines sein sollte: Der Sturz der Monarchie, unter den Bedingungen, die wir geschildert haben, nicht aus Überzeugung, sondern aus Zweckmäßigkeitsgründen vollzogen, hatte schließlich infolge der plötzlichen Entspannung, die er verursachte, in Verbindung mit dem demoralisierenden Gefühl der Niederlage eine wirkliche Revolution und den Beginn einer wahren Anarchie herbeigeführt. Man konnte sich fragen, ob die Deutschen, die daran gewöhnt waren, regiert zu werden, überhaupt fähig seien, sich selbst zu regieren. Die Ordnung wiederherzustellen war eine schwierige Aufgabe. Die Mittel, mit denen es Deutschland gelang, zeugen von einer Methode und einer bestimmten Politik. Die ordnungsmäßige und legale Unterdrückung der Straßenunruhen wurde von einer außerordentlichen terroristischen Unterdrückung begleitet, die es auf die Häupter abgesehen hatte und die Führer beseitigte. Liebknecht, Rosa Luxemburg, Eisner, Haase, wurden einer nach dem andern ermordet. Bald hier, bald dort verschwanden andere aktivistische Angehörige der äußersten Linken. Erzberger, der als ein zersetzendes Element betrachtet wurde, erhielt einen Warnungsschuß, der diejenigen entmutigte, die es ihm gleichtun wollten. So hat sich Deutschland langsam aber sicher der Reaktion zugewandt. Der Kapp-Putsch im März 1920 war ungeschickt angelegt und verfrüht. Sein Mißerfolg hat aber die Parteien

der Rechten nicht daran gehindert, einen wirksamen Wahlfeldzug zu führen und drei Monate später, nach den Wahlen vom 6. Juni, in die Regierung einzutreten[1].

Die Monarchie der Hohenzollern hat Deutschland besiegt zurückgelassen. Aber sie hinterließ ihm auch einen Staat, eine Verwaltung, den Rahmen der Zivil- und Militärbehörden, eine geistige und eine industrielle Oberschicht und politische Überlieferungen. Das stellte ein großes Kapital dar, dank dessen Deutschland zunächst einmal mit seiner inneren Anarchie fertig wurde. Wenn auch Rückfälle möglich bleiben, so gilt die Methode, der es gelungen ist, die Ordnung wiederherzustellen, stets als gut. Die deutsche Regierung verfügt jetzt schon über weit mächtigere Mittel für ihre Anwendung als zu Beginn. Vor allen Dingen hat sich der Geist der Öffentlichkeit gefestigt. Deutschland verharrte nicht lange in der Verzweiflung; der Selbstmord eines Ballin nach dem Zusammenbruch angesichts des leeren Hamburger Hafens war nur ein vereinzelter Fall von Pessimismus. Es machte in dieser Beziehung verhältnismäßig wenig aus, ob Deutschland wieder Monarchie oder, wie Präsident Ebert gesagt hat, „die größte Republik der Welt nach den Vereinigten Staaten" wird, oder ob es die Form eines großen Unternehmens annimmt, das durch Industriekapitäne vom Typus Hugo Stinnes' im Geiste der Hohenzollern geleitet wird. Auf jeden Fall hat Deutschland nicht abgewartet, bis seine innere Reorganisation vollzogen war, ehe es zum außenpolitischen Handeln und zur Offensive gegen den Vertrag von Versailles überging.

Die Unterdrückung der Anarchie, die Wiederherstellung von Ruhe und Ordnung ist nur der erste Schritt. Man darf

[1] Der auf Grund der Wahlen vom 6. Juni 1920 gebildeten Regierung Fehrenbach gehörten neben 2 Demokraten und 5 Angehörigen des Zentrums 3 Vertreter der Deutschen Volkspartei an. D. Ü.

indessen nicht vergessen, daß unter solchen Umständen der erste Schritt der schwierigste und auch der wichtigste ist. Im Jahre 1871 sind viele Franzosen während des Kommuneaufstandes beinahe verzweifelt. „Finis Franciae", murmelte damals Renan, „Abgrund über Abgrund!" Mit einer Übertreibung, die seine Erschütterung bezeugt — denn im Lauf der Zeiten gab es Augenblicke, in denen die Zukunft Frankreichs schwerer gefährdet schien —, fügte er hinzu: „Der 18. März 1871 ist im Laufe des letzten Jahrtausends der Augenblick, in dem das französische Selbstbewußtsein auf den tiefsten Punkt gesunken war. Wir zweifelten einen Augenblick, ob es sich davon erholen werde." Frankreich wurde mit der Kommune viel schneller fertig als Deutschland mit Spartakus und einem Kommunismus, der hundert Häupter hatte. Trotzdem spricht nichts dafür, daß Deutschland, das an seine große nationale Kraft glaubte, jemals auf seine Zukunft verzichtet hat. Das Merkwürdigste an seiner zähen Lebenskraft ist, daß der Gedanke an seine ungeheuren Rechenfehler und die falsche Einschätzung, die es auf allen Gebieten bewiesen hatte, sowohl in bezug auf militärische wie auf politische Fragen, vor dem Kriege und während des Krieges, ihm keinen Zweifel an sich selbst, an seinen Anlagen, an seinen Fähigkeiten eingeflößt haben, während ein Volk mit kritischem Geist ohne Zweifel dadurch niedergedrückt worden wäre. Frankreich hat lange gebraucht, um sich von dem Schlag zu erholen, den die Niederlage von 1870 seiner Moral und seinem Selbstvertrauen zugefügt hatte. Eine langdauernde Ängstlichkeit war der Katastrophe gefolgt. Bei den Deutschen kann man keinen ähnlichen Zustand beobachten. Die Erfahrung hat kaum einen Eindruck auf sie gemacht, und man fühlt, daß sie bereit sind, ihre Fehler, selbst ihre militärischen Fehler, zu wiederholen, da sie überzeugt sind, daß nicht ihre Intelligenz, sondern das

Glück sie im Stich gelassen habe und daß unter anderen Umständen gelingen könne, was nur an einem Zufall gescheitert sei.

Die verhältnismäßig schnelle Erholung Deutschlands nach einer so tiefen Erschütterung ist ein Umstand, der die angespannteste Aufmerksamkeit hervorrufen muß. Deutschland schien mehrere Male unvermeidlich im Chaos zu versinken. Die deutsche Einheit, die wie durch ein Wunder die Niederlage überdauert hatte, schien im Bürgerkriege zerbrechen zu müssen. Es schien, als ob die düsteren Vorhersagen, die Bismarck und Bülow für den Fall eines Sturzes der hohenzollernschen Bundesmonarchie gemacht hatten, sich erfüllen sollten. Es ist noch nicht gesagt, daß Bismarck und Bülow unrecht hatten. Der erste Kanzler des Reiches hatte zu seiner Zeit geglaubt, daß die deutsche Einheit das dynastische Band nicht entbehren könne. Der vierte Kanzler, dessen Beobachtungen der Gegenwart näherstehen, befürchtete für die Zukunft einen politischen Partikularismus, der an die Stelle des territorialen Partikularismus treten und seine Rückkehr einleiten werde. „Die Rechthaberei und die Kleinlichkeit, die Erbitterung und die Animosität, die ehemals den Streitigkeiten der deutschen Völker und Staaten innewohnten, sind auf unser Parteileben übergegangen", schrieb Fürst Bülow in seiner „Deutschen Politik".

Er machte auch auf eine andere eigentümliche Neigung des deutschen Geistes aufmerksam, der es liebe, „das Parteidenken zu internationalisieren", das heißt, die Parteiideale über die Grenze hinaus auszudehnen, so daß etwa die deutschen Katholiken, um nur sie zu erwähnen, wirkliche „Ultramontane" seien. Diese Bemerkungen des Fürsten Bülow dürfen gewiß nicht übersehen werden. Falls Deutschland in neue innere Krisen verfiele oder sich nach einer Periode der Beruhigung und Scheinbesserung endgültig

unfähig zeigte, eine dauerhafte Ordnung herzustellen und die alte Autorität durch eine neue zu ersetzen, ist es klar, daß die Parteikämpfe sich beträchtlich verschärfen würden. Spaltungen, wie sie die beiden Kanzler vorhersahen, könnten eintreten. Ein Beispiel dafür ist die stürmische Zurückweisung, die Bayern gegen den als ein Berliner Erzeugnis betrachteten Sozialismus an den Tag legt. Auf diese Weise erlangt der Gegensatz der Meinungen und Auffassungen durch die Macht der Tatsachen einen territorialen Charakter. Er könnte sogar leicht einen internationalen Charakter im Sinne des Fürsten Bülow annehmen. Denn ein konservativer Bayer würde mehr Verwandtschaft mit einem konservativen Frankreich als mit einem sozialistisch gefärbten Preußen empfinden. Der Partikularismus, der früher durch die Religionsstreitigkeiten unterstützt wurde, könnte heute, immer nach dem Urteil, das Fürst Bülow in ruhigen Zeiten über die Deutschen fällte, „durch den Kampf der Stände und Klassen" unterstützt werden.

Mit andern Worten: die deutsche Einheit muß nach einer Gleichheit der politischen Gefühle und Gedanken bei den Hauptgruppen der Bevölkerung streben, aus denen sich das Reich zusammensetzt. In einem wohlgeordneten Deutschland sind die konservativen Bayern zufriedengestellt, treu, ebenso nationalistisch und alldeutsch wie ostelbische Stockpreußen. In einem anarchischen oder sozialistischen Deutschland würde das konservative Bayern einen Fremdkörper bilden, der rasch seinen eigenen Neigungen folgen würde. In dieser Hinsicht behalten die pessimistischen Bemerkungen der beiden Kanzler ihren Wert.

Wenn indessen Deutschland fortfährt, sich zu konsolidieren, so wird das durch die Berliner Regierung geschehen, und es wird sich allmählich in einem Zustand befinden, der dem von 1914 recht ähnlich ist. Man kann darauf wetten, daß von den

beiden Bildern, die ihm vor Augen stehen, auf der einen Seite das mächtige und blühende Reich der Vorkriegszeit, auf der anderen das Chaos, das der Revolution gefolgt ist, das erstere sich als das stärkere erweisen wird. Um es zu verwirklichen, sind die preußische Verwaltung und die preußische Überlieferung am meisten berufen. Darum ist es wenig wahrscheinlich, daß Bayern, wie manche zu glauben versucht sind, sich eines Tages an die Spitze der Wiederherstellung Deutschlands setzen könne. Es besitzt keines der Mittel, deren es für eine so schwere Aufgabe bedarf. Es ist sogar unwahrscheinlich, daß es ihm auch nur gelingt, einen Teilbund der Südstaaten zustande zu bringen. Nicht, daß es ihm im Laufe seiner Geschichte an Ehrgeiz gefehlt hätte, den ersten Platz unter den deutschen Ländern einzunehmen. Es hat aber niemals damit Erfolg gehabt. Der Charakter seiner Einwohner, seine geographische Lage, das Fehlen ursprünglicher und kraftvoller ziviler und militärischer Einrichtungen, die für eine so große Rolle ausgereicht hätten, verleihen ihm die Fähigkeiten nicht, die die Übernahme einer Hegemonie erfordert. Es ist ein Trugbild, wenn man sich ein Deutschland vorstellt, dem durch den mäßigenden Einfluß des bayrischen Elementes seine Gefährlichkeit genommen wäre. Das bayrische Element kann nur dann eine wohltätige Wirkung ausüben, wenn es sich in partikularistischem Sinne betätigt, und wir haben gesehen, unter welchen Bedingungen der Partikularismus sich entwickeln kann. Im übrigen muß der absolute Grundsatz festgehalten werden, daß ein großes Deutschland für uns ungünstig ist, einerlei, ob es seine Hauptstadt im Süden oder im Norden hat. Das Haus Österreich, gegen das Frankreich zweihundert Jahre zu kämpfen hatte, hatte seinen Hauptsitz in Wien. Was würden wir dabei gewinnen, wenn wirklich München die Nachfolge von Wien und Berlin anträte? Nur ein autonomes und

im Gegensatz zu Preußen stehendes Bayern verdiente unsere Aufmerksamkeit und unser Interesse.

*

Die deutschen Länder und ihre Nachbarschaft haben indessen, wiewohl sie sich nach Ordnung sehnen, noch keine unbestrittene Festigkeit erlangt. Krisen, und zwar vielleicht Krisen einer neuen Art, stehen ihm noch bevor. Wir haben die Wirkungen geschildert, die ein verlängerter oder verschärfter revolutionärer Zustand in Deutschland hervorrufen könnte. Augenscheinlich würde ein solcher unheilbarer revolutionärer Zustand den Separatismus begünstigen. Welche Folgen dagegen würde unter territorialen Gesichtspunkten und im Hinblick auf die Gruppierung der Länder und Staaten ein Erfolg der Reaktion nach sich ziehen?

Es wäre kaum anzunehmen, daß die Reaktion, wenn sie endgültig in Berlin den Sieg davontrüge, auf Deutschland beschränkt bliebe. Sie würde ebensowenig auf Deutschland beschränkt bleiben wie auf das Gebiet des sozialen Lebens. Trotz der Unruhen, die noch an vielen Stellen der Alten Welt ausbrechen und ausbrechen werden, trotz des Fortbestandes des russischen Bolschewismus ist die Revolution im Begriffe, das Spiel zu verlieren, obwohl es niemals so günstig für sie gestanden hat. Die alte Gesellschaftsordnung, die man zerstört glaubte, hat eine geradezu erstaunliche Widerstandskraft bewiesen. In vielen Ländern, vor allen Dingen in Frankreich, ist sie kaum erschüttert worden. Wir wohnen einem erregenden Kampfe bei. Der Endsieg ist kaum zweifelhaft. Die Reaktion, die man kurz vor dem Kriege, 1912 und 1913, ahnen konnte, hat zunächst ein Verdunkelung durch den Triumph der liberalen Mächte durch den Sturz dreier großer Monarchien und durch den Grundsatz der allgemeinen Demokratie erfahren, der die

Friedensverträge beherrscht. Das Chaos hat sich schnell eingestellt, und die alte zivilisierte Welt sah sich dem Untergang nahe. Dann hat die Gegenrevolution begonnen, und wenn man ihre Vorgeschichte in Betracht zieht, ist es kaum möglich, daß sie nicht bald oder später auch die Karte Europas verändert.

Der Trieb zur Erhaltung des Bestehenden, die konservative Tendenz, die stets die stärkste ist, wird sich auch auf dem Gebiet der allgemeinen Politik auswirken. Die Völker und die Regierungen werden nach der Wiederherstellung der Ordnung im Inneren notwendigerweise nach einer außenpolitischen Stabilität trachten. Die Verwirrung, die aus einer willkürlichen Verteilung der Staaten in Mittel- und Osteuropa hervorgeht, wird dann als eine internationale Anarchie betrachtet werden, die ebenso üble Folgen zeitigt wie die innere Anarchie und geeignet ist, sie hervorzurufen. Die unbeschränkte Anwendung des Nationalitätsprinzips ist ein Versuch, der keine günstigen Ergebnisse gehabt hat. Indem er die schwachen und rivalisierenden Staaten vervielfachte, hat er auch den Bürgerkrieg und den Staatenkrieg vervielfacht. Um mit diesen beiden Landplagen fertig zu werden, wird eine Reorganisation als unerläßlich erscheinen. Nachdem Europa eine soziale Ordnung wiederhergestellt haben wird, die der früheren sehr viel ähnlicher sein wird, als man glauben möchte, wird es geneigt sein, die Staatsschöpfungen zu revidieren, die nicht lebensfähig sind oder infolge ihrer Unfähigkeit zur Selbstverteidigung und Selbstverwaltung eine unaufhörliche Ursache der Unruhe bilden.

Diese diplomatische Gegenrevolution wird die unerläßliche Folge der innerpolitischen Gegenrevolution sein. Sie wird

sich derselben Mittel bedienen, das heißt, sie wird nicht ohne Kämpfe und Schmerzen vor sich gehen und von den am stärksten veränderten und den am wenigsten stabilen Teilen Europas ihren Ausgang nehmen. Ein bekannter Historiker konnte dreißig Jahre im voraus ankündigen, daß die österreichische Frage im Anschluß an die Orientfrage aufgeworfen werden würde. Dennoch bedurfte es zur Zerstörung der österreichisch-ungarischen Monarchie einer Krise ohnegleichen; Kämpfe waren dafür erforderlich, an denen die meisten Völker teilgenommen haben. Die Wiederherstellung irgendeines politischen Gebäudes an Stelle der Ruinen, die die Vergangenheit übriggelassen hat, wird wahrscheinlich eine der Aufgaben der nächsten Zukunft sein. Es ist sehr unwahrscheinlich, daß sie ohne eine andere Krise oder einen neuen Rückgriff auf die Gewalt erfüllt werden kann. Man kann sich viele andere Kombinationen denken als die, die die Verträge in Mittel- und Osteuropa geschaffen haben. Zwei Fälle indessen haben die geringste Wahrscheinlichkeit. Zunächst der Fall, daß das, was der Friedensvertrag geschaffen hat, viel länger dauern werde als die Voraussetzungen, unter denen die neuen Staaten geschaffen und ihre Grenzen abgesteckt wurden. Sobald die Alliierten nicht mehr den Willen oder die Fähigkeit haben, sich diesen Veränderungen zu widersetzen, sobald sie nicht mehr in ihrer Überwachung und ihrer Schutzherrschaft über die allzu verschiedenen Völker einig sind, wird es nicht mehr lange dauern, bis diese Völker eine neue Verfassung erhalten. Der andere ebenso unwahrscheinliche Fall ist der, daß diese Völker aus eigenem Antrieb, in voller Freiheit und mit allgemeiner Zustimmung, ein Gebilde schaffen, das in gewisser Weise an das alte Österreich erinnern würde. Wenn einige Millionen Deutsche und sogar die Slowaken nicht zwangsweise dem tschechischen

Staat einverleibt worden wären, wären sie niemals freiwillig in ihn eingetreten. Wenn sie sich aus der Tschecho-Slowakei befreien können, so wird das durch den Einfluß einer ausländischen Macht geschehen. Deshalb werden umgekehrt die Erben der österreichisch-ungarischen Monarchie sich nicht durch ein gemeinsames Abkommen zusammenschließen, so groß ihr Interesse an einer Lebensgemeinschaft sein mag. Man hat lange an einen Balkanbund geglaubt, der sich niemals gebildet hat. Eine Donauföderation, die ganz von allein entstünde, einfach weil das die vernünftigste Lösung wäre, ist ebenso ein Trugbild. Wer von Einigung spricht, spricht damit vom Einiger; wer sich einen Bund vorstellt, muß sich fragen, wer diesen Bund schafft. Die Donauländer haben bisher nur einen Einiger erlebt: den Habsburger. Als der Kaiser im Jahre 1848 aus Wien vertrieben war, hätte sich das Reich bereits aufgelöst, wenn es nicht die Armee, den Fürsten Windischgrätz und Radetzky gehabt hätte, in dessen Lager nach dem berühmten Vers Österreich war. Ein anderer Habsburger stürzte im Jahre 1918. Er behielt weder ein Heer noch Heerführer. Man kann nicht ernstlich an der Annahme festhalten, daß Kaiser Karl oder irgendein anderes Mitglied seiner Familie, wenn er plötzlich auf den Thron berufen würde, Österreich allein dank des Legitimitätsprinzips wiederherstellen könne. Dieser Grundsatz allein ist ebenso unfähig, ein Reich zu schaffen, wie das Ideal des republikanischen Föderalismus. Die Volksteile der ehemaligen österreichisch-ungarischen Monarchie werden trotz der Vorteile, die eine Vereinigung böte, in einem Zustand der Feindseligkeit oder mindestens des Mißtrauens weiterleben und untereinander wechselnde Koalitionen bis zu dem Tage bilden, wo der wahre Einiger erscheinen und sich durchsetzen wird; diese Aufgabe wird dem Robustesten

zufallen, der am besten imstande ist, die andern zu vereinigen, indem er sie beherrscht.

Man hat Frankreich öfters einen Vorwurf daraus gemacht, daß es seit dem Waffenstillstand versucht habe, eine Donauföderation zustande zu bringen. Indessen war dies sein Recht und seine Pflicht. Das Gleichgewicht und die Ruhe Europas verlangen es, aber es ist höchst unwahrscheinlich, daß Frankreich allein durch diplomatisches Zureden zu einem Erfolge kommen wird. So wenig wie die Aufteilung Deutschlands wird die Konzentration Österreichs auf Kommando geschehen. Die Gelegenheit dazu muß durch die Ereignisse und durch das Spiel der natürlichen Kräfte geschaffen werden. Es wird sich darum handeln, diese Kräfte zu erkennen, zu unterscheiden und im richtigen Sinne zu leiten. Es ist keineswegs gesagt, daß die große Donaumacht, die sich neu bilden könnte, auf jeden Fall unserm Interesse entspräche. Man müßte sich auch davor hüten, daß ihr Entstehen nicht in einer Weise vor sich ginge, die geeignet wäre, die Völker zu alarmieren, die imstande sind, wirksamen Widerstand zu leisten.

Wenn man von diesen Grundsätzen ausgeht, so kommt man zu dem Schluß: wenn eine Einigung zustande kommen soll, so muß das einigende Element nicht notwendigerweise die zahlreichste, aber die robusteste und wehrhafteste Nationalität sein. Nur für zwei Nationalitäten, Jugoslawien und Ungarn, trifft das zu. Es scheint, daß die letztere trotz des über sie hereingebrochenen Unheils die erforderlichen Bedingungen vereinigt, während sie der anderen fehlen. Die Ungarn haben ein kraftvolles Nationalgefühl und einen harten Willen. Sie haben, so paradox das scheinen mag, ihren Nachbarn gegenüber, die sich auf ihre Kosten vergrößert haben, den Vorteil, daß sie keine neu hinzugekommenen Bevölkerungsteile zu assimilieren brauchen. Ihre

Einheit ist rein. Sie können die verschiedenen kleinen oder mittleren Staaten beunruhigen, die sie umgeben, aber keine der Großmächte hat einen unmittelbaren Grund, sich ihrer Wiedererhebung und ihren Fortschritten entgegenzustellen. Das Königreich der Serben, Kroaten und Slowenen dagegen wäre, selbst wenn es aus hinreichend gehärtetem Stahl bestünde, um auswärtige Pläne größeren Umfangs durchzuführen, sofort der Gegnerschaft Italiens ausgesetzt, das sich alsbald um jedes mögliche Bündnis gegen Serbien bemühen würde. Andererseits hat Ungarn, soweit man überhaupt so unsichere Faktoren einschätzen kann, den Umstand für sich, daß es als erster Staat in die Bewegung einer europäischen Reaktion eingetreten ist, die, wenn sie endgültig Erfolg haben sollte, den Sieg nicht ohne einige neue Kämpfe davontragen wird. Sei es, daß die gegenrevolutionäre Strömung anwächst oder daß die Revolution wieder zur Offensive übergeht, sei es, daß ein weißes Europa mit einem roten Europa zusammenstößt — Ungarn scheint in seinem jetzigen Zustande in einer günstigen Stellung, um die konservativen Elemente seiner Nachbarschaft, sogar soweit sie deutsch sind, um sich zu kristallisieren. So könnte man an eine Ausdehnung der Donauföderation denken, die bis nach Bayern hin ausstrahlte.

Wohlverstanden ist es keineswegs sicher, daß die Entwicklung, selbst wenn sie ungefähr so verläuft, wie wir sie uns gelegentlich vorstellen, notwendigerweise und vollständig unseren Interessen entsprechen muß. Anstatt Gebiete zu seinen Gunsten zu vereinigen, könnte Ungarn sie sehr wohl zum Nutzen Deutschlands vereinigen, indem es selbst durch die Anziehungskraft eines neugeordneten, kraftvollen Deutschland beeinflußt wird und ihr erliegt. In dieser Hinsicht wird alles von der Schnelligkeit der politischen Restaurationsbewegung in den Ländern abhängen, die imstande

sind, Einfluß auszuüben und die Initiative zu ergreifen. Ein Deutschland, das sehr schnell zur Ordnung in allen seinen Gebieten zurückkehrte, hätte davon auch den außenpolitischen Vorteil. Nicht nur, daß ein solches Deutschland die konservativen Elemente des Südens an sich fesselte, anstatt sie abzustoßen, es würde auch fremde Elemente anziehen, die gleichfalls nach Ordnung, nach einer konservativen Politik— und nach Revanche verlangen. Wie vor 50 Jahren würde dann Berlin für die Ungarn das Ziel eines politischen „Gewaltmarsches" sein. Österreich-Ungarn würde dann ganz oder teilweise wiederhergestellt werden, aber zugunsten des Deutschen Reiches und als Dependance dieses Reichs. Abgesehen davon, daß an dem Tag, wo der Anschluß der österreichischen Republik vollzogene Tatsache sein wird und das Berliner Deutschland sich in Wien festgesetzt hat, es am Vorabend des Einmarsches in Budapest stünde und damit endlich das berühmte Mitteleuropa errichtete. Alles hängt davon ab, von welchem Punkte die Bewegung ausgeht. Die europäische Zukunft hängt von einer neuen Schlacht von Königgrätz oder von dem politischen und moralischen Äquivalent eines zweiten Königgrätz ab. Dieser Teil des Kontinents ist zu sehr zerstückelt und zu schlecht eingerichtet, als daß er nicht eines Tages seinen Zusammenschluß finden müßte. Das bedeutet für Frankreich einen Grund mehr, sehr sorgfältig die Punkte zu beobachten, von denen die künftigen Zusammenschlüsse ausgehen können, einen Grund auch, weshalb Frankreich überall Interessen behält und sich nirgends zurückziehen kann.

Man darf die Rolle nicht vernachlässigen, die Ungarn spielen kann, so klein es geworden ist oder eben weil es klein geworden ist. Schon weil es an der Donau eine außerordentlich günstige Mittellage einnimmt, kann es in der Zukunft im Bösen oder im Guten eine Rolle spielen. Für die Vor-

aussicht und das politische Handeln muß man sich an den Rat halten, den ein Staatsmann des 18. Jahrhunderts hinterlassen hat und den man zu Unrecht allzu leicht genommen hat: „Alles berechnen und nicht alles fürchten." Man muß sich mit Friedrich II. daran erinnern, daß es „eine Art Verhängnis gibt, oder an Stelle eines Verhängnisses sekundäre Ursachen, die den Ereignissen oft eine Wendung geben, die alle Pläne und alle Voraussicht umstoßen". Friedrich fügt hinzu: „Sowie günstige Umstände in Erscheinung treten, geht von ihnen eine Art Aufhellung aus, aus der die Geschicklichkeit Nutzen zieht." Man muß sich bereit halten, aus diesen günstigen Umständen Nutzen zu ziehen.

*

Man hat dreißig Jahre lang wiederholt, daß die Orientfrage einen allgemeinen Krieg entfesseln werde. Alle Propheten stimmten darin überein. Diese Warnung war völlig wertlos. Ein berühmtes Gleichnis besagte: „Der Balkan und die Straßburger Schanze beherrschen die europäische Politik." Heute hat das Gleichnis sich verändert. Man könnte jetzt sagen, daß die europäische Politik von der Hagia Sophia und den schlesischen Hochöfen beherrscht wird. Man könnte auch andere Gleichnisse wählen. Mit der Veränderung der gewohnten Größen der Politik hat sich ihr Schauplatz beträchtlich nach Osten ausgedehnt. Überall haben sich weite Abgründe eröffnet, die um so tiefer sind, je weiter man nach dem Osten geht. Man darf keine Furcht vor Schwindel kennen, wenn man in sie hineinblicken will.

Das europäische System, das wohl oder übel von 1871 bis zum Weltkrieg bestanden hat, beruhte auf einer Hexarchie, der Vorherrschaft der sechs Großmächte (Frankreich, England, Italien, Deutschland, Österreich, Rußland), deren vorherige Übereinstimmung für die Regelung der Schwierig-

keiten im Orient erforderlich war. Das war das „europäische Konzert". Ohne daß diese Mächte sich untereinander ins Einvernehmen setzten, hätte nicht die geringste Angelegenheit in Mazedonien entschieden werden können, oder aber sie hätte die gefährlichsten Ausmaße angenommen, da dann die „Hexarchen" zusammengestoßen wären. Das „europäische Konzert" war die Versicherung gegen diese Gefahren. Es war zugleich ein gewisses Fortbestehen der alten Christenheit, eine Art europäisches Zivilisationssyndikat gegenüber dem Islam. Dazu kam ein Grundsatz, der damals ein Dogma war: die Unverletzlichkeit des Ottomanischen Reiches. So offensichtlich dessen Hinfälligkeit war, man stieß stets wieder auf die Notwendigkeit, es möglichst unberührt zu lassen, einmal, um nicht in die stürmische Epoche der Aufteilung und der damit verbundenen Rivalitäten einzutreten, und dann infolge der Auffassung, daß die alte Türkei die gemäßigtste und Europa am nächsten stehende Form des Islam darstellte. Man hätte nichts dabei gewonnen, wenn die alten türkischen Diplomaten, die vorsichtigen und durchtriebenen Wesire, an deren Verhandlungsweise man gewöhnt war, durch Fanatiker ersetzt worden wären. Die jungtürkische Revolution hatte einen Vorgeschmack davon gegeben, was die Wiedererweckung des Nationalismus durch den Liberalismus im Orient hervorbringen würde. Vor allem war Konstantinopel, „dieses verhängnisvolle Konstantinopel", eine Stadt, die soviel Begehrlichkeiten hervorruft, daß sie am besten türkisch blieb, damit sich niemand ihrer bemächtigen konnte.

Nach den zwischen den wichtigsten Alliierten während des Krieges abgeschlossenen Vereinbarungen sollte Konstantinopel allerdings an Rußland fallen. Was wäre eingetreten, wenn Rußland der Entente bis zum Ende treu geblieben und nach dem gemeinsamen Siege seinen Anteil an der

Beute verlangt hätte? Es hätte ohne Zweifel ihn ebensowenig erhalten, wie wir den unsrigen am Rhein erhielten; man hätte sich aus der Affäre gezogen, indem man auf den üblichen Ausweg zurückgekommen wäre und die Unversehrtheit der Türkei aus Gründen der europäischen Staatsräson aufrechterhalten hätte. Die Türken haben vielleicht durch den Zusammenbruch des russischen Kaiserreiches mehr verloren, als sie wissen. Auch im Orient gab es ein klassisches Gleichgewicht, das die Begehrlichkeiten neutralisierte und das noch durch nichts ersetzt ist.

England hat lange geschwankt und streckte seine Hand mehrmals aus, um sie dann wieder zurückzuziehen, aber zum Schluß hat es doch nicht gewagt, sich Konstantinopels zu bemächtigen. Es hat Konstantinopel nur seinen Strohmännern, den Griechen, in Reichweite gebracht. Die Stadt selbst verbleibt dem Sultan oder vielmehr der Sultan verbleibt in der Stadt. Aber wie groß ist seine Autorität? Wo sind die Türken, die ihm gehorchen? Die Griechen schließen ihn nahezu in die Bannmeile seiner Hauptstadt ein[1]. Eine internationale Meerengenkommission besitzt mehr Souveränität als er. Besatzungstruppen unter internationalem Kommando werden dauernd am Bosporus bleiben. Theoretisch gehört Konstantinopel niemand. Eines Tages jedoch wird es jemandem gehören müssen. Das System, die hochempfindlichen Punkte der Karte zu internationalisieren, ersetzt das verschwundene natürliche Gleichgewicht durch ein künstliches. Das ist nur eine vorläufige Lösung, ein Übergang. Die Alliierten

[1] Im Friedensvertrag von Sèvres (10. August 1920) erhielt Griechenland Thrazien mit der Halbinsel Gallipoli bis zur Tschataldschalinie; ferner die ägäischen Inseln (außer Rhodos) und Smyrna. Erst der Sieg Kemals über die Griechen in Kleinasien (August 1922) führte zur Revision des Friedens von Sèvres, die der Türkei ihre heutige Gestalt gab. D. Ü.

haben in Konstantinopel einen gefährlichen Prozeß nur aufzuschieben vermocht.

An einem der wichtigsten Punkte der Welt ist damit eine Leere, ein weiter Raum für das Unbekannte entstanden. Über die Zukunft Konstantinopels und Kleinasiens ist eine Vorhersage unmöglich. Nur eins ist sicher: wenn Griechenland imstande sein soll, die weiten Gebiete zu behaupten, die es erhalten hat und deren Verteidigung sehr schwierig ist, so muß es viel stärker werden, als es jetzt ist — so stark, daß es ihm nicht schwerer fallen dürfte, Konstantinopel an sich zu reißen, als Smyrna zu behaupten. Griechenland muß die Nachfolge des byzantinischen Kaiserreiches antreten, oder es wird auch Thrazien und Jonien verlieren. Kleinasien ist ebenso zerschlagen und zerstückelt worden wie Mittel- und Osteuropa. Die Ähnlichkeit geht so weit, daß Armenien[1] im kleinasiatischen Raum dieselbe Rolle spielt wie Polen in Osteuropa; ebenso wie dieses ist es zwischen zwei Feinde eingeklemmt, die sich nur zu verbinden brauchen, um es zu vernichten. Aber wenn die Zukunft für Mittel- und Osteuropa schon dunkel ist, so sucht man für Kleinasien vergebens nach irgendeiner Richtweisung. Das Chaos ist um so schlimmer, als sich dort Nationalitäten mit Mandaten der europäischen Mächte vermengen, die Kreuzzüge mit der Société des Nations, die Reste des christlichen Protektorats Frankreichs mit dem Petroleumhandel und dem Schutz des Weges nach Indien, wobei sich dies alles angesichts des Islam abspielt, einer Kraft, deren Richtung und Entwicklung sich jeder Vorausberechnung entzieht; dahinter steht dann immer noch die Drohung, die Rußland bedeutet, wenn es ihm gelingt, auf seinen Anteil Anspruch zu erheben.

[1] Von dem durch den Friedensvertrag von Sèvres geschaffenen armenischen Staat fiel Westarmenien bald an die Türkei zurück, den Rest eignete sich 1921 Sowjet-Rußland an. D. Ü.

An dieser Grenze zweier Welten und zweier Zivilisationen hat der Friedensvertrag einen Zustand des Verfalls geschaffen, der so vollständig ist, daß niemand zum Beschützer des armenischen Waisenkindes werden wollte. Überall herrscht Mißtrauen und Zurückhaltung, die nichts zu einer Lösung beitragen. Auch hier ist nur eine Ursache der Unsicherheit zu den bereits vorhandenen hinzugetreten. Im Fall eines neuen europäischen Zusammenstoßes liegt in Kleinasien der Stoff für einen ungeheuren Brand bereit. Hinc movet Euphrates, illinc Germania bellum. Das galt zu Vergils Zeiten, es galt 1914, und kann auch weiterhin gelten. Zwischen dem Euphrat und dem Rhein besteht fast dauernd eine Beziehung, und Frankreich sieht sich in Kleinasien stark in Anspruch genommen, um in Syrien wenigstens eine Parzelle seines alten Erbes zu bewahren, während ihm gleichzeitig für lange die Aufgabe bleibt, seine Rechnung mit Deutschland zu machen.

Das türkische Reich hatte in gewisser Weise wie die österreichisch-ungarische Monarchie seine Dauer der Schwierigkeit verdankt, die seine Beseitigung und seine Ersetzung für Europa bedeuteten. Solche alten Staatskonstruktionen bieten die Annehmlichkeit, bekannt zu sein. Außerdem neutralisierten sie die Konflikte der Rassen und der Religionen. Den Diensten, die sie ehemals leisteten, wird man noch einmal nachtrauern. Wenn sich die Türkei ebenso wie Österreich auf die schlechte Seite geschlagen hat, so lag der Ursprung des Übels im Vorhandensein eines großen Deutschlands. Und so lange der Grund des Übels fortbesteht, muß man auch mit dem Einfluß rechnen, den ein mächtiger deutscher Staat in diesen Gegenden ausübt, wo die alten politischen Gebilde verschwunden sind. Sicher ist folgendes: für Frankreich, ein altes Land, sind Umwälzungen nicht günstig; es hat überall eine im Verlauf der Zeiten erworbene Stellung;

seine Interessen sollten es darum konservativ machen, da es, seitdem es seine nationalen Ziele erreicht hat, durch Umwälzungen nur verloren hat. Bei jeder haben wir etwas von unserm Kapital eingebüßt. Jedesmal, wenn sich die Szenerie des alten Europa gewandelt hat — und das geschah stets mit unserm Willen oder mit unserer Zustimmung! —, hat Frankreich seit der Mitte des letzten Jahrhunderts mit einer verblüffenden Regelmäßigkeit als erstes Land darunter zu leiden gehabt. Besonders im Orient, wo wir kostenlos eine bevorzugte Stellung einnahmen, gebot die Vorsicht, an das Bestehende nicht zu rühren oder die Schäden wenigstens auf den geringsten Raum zu beschränken. Die Türken werden nur einige kleinasiatische Provinzen behalten. Unser Einfluß wird sich dort nur auf ein geringes Gebiet beschränken. Wir werden wenig Nutzen, aber viel Last davon haben. Und was wird die Welt dabei gewinnen? Vielleicht wird die Leere an diesem gefährlichen Berührungspunkte Europas und Asiens andere Eroberer herbeirufen; dann wird man denen nachtrauern, die durch den Lauf der Jahrhunderte gezähmt worden waren.

10. Kapitel

Die Stellung Frankreichs

Nachdem wir während des Krieges 25 Verbündete und Assoziierte gehabt hatten, fand Frankreich im April 1920 nur Belgien bereit, mit ihm nach Frankfurt zu gehen, und es hat überhaupt niemanden gefunden, der sein polnisches Unternehmen vier Monate später unterstützt oder auch nur gebilligt hätte. Wenn bei Warschau eine Katastrophe eingetreten wäre, so wäre unsere Isolierung vollständig gewesen. Eine günstige Wendung trat erst nach der Rettung Polens ein. Diese Erfahrung sollte uns als Richtschnur für unsere Außenpolitik dienen.

Obwohl wir eine Armee unterhalten und unserer nationalen Verteidigung ungeheure Beträge opfern müssen, sind wir gezwungen, Garantien und politische Sicherheiten im Auslande zu suchen. Trotzdem wir über Deutschland gesiegt haben und die Überlegenheit genießen, die der Sieg mit sich bringt, befinden wir uns in einer Lage, die sich nicht wesentlich von der unterscheidet, in der wir uns nach 1870 befanden. Damals mußten 21 Jahre verfließen, bis wir eine noch recht unvollkommene und unbestimmte Militärkonvention mit Rußland erreichten. Wir brauchten weitere zwölf Jahre, um die Annäherung an England zu vollziehen; diese Annäherung war 1914 noch nicht einmal abgeschlossen, da es damals kein ordnungsmäßiges französisch-englisches Bündnis gab. Im neuen zerstückelten Europa wird die

Suche nach Bundesgenossen für uns nicht leichter sein, vielleicht sogar schwieriger.

Die deutsche Frage beherrscht weiterhin die Politik und zeichnet ihr den Weg vor. Wenn man von Belgien absieht, so ist die deutsche Frage für niemand so gestellt wie für uns. Im Jahre 1871 hat die Errichtung des Deutschen Reiches keine der europäischen Großmächte beunruhigt oder auch nur verstimmt. England sah infolge eines tragischen Irrtums in ihr ein Pfand des kontinentalen Gleichgewichts und darum einen Grund zur Freude. Warum soll es sich heute beunruhigen, wo Deutschland besiegt ist und alle Vorkehrungen getroffen sind, damit es auf lange Zeit nicht mehr als Rivale zur See auftreten kann? Wir werden nur solche Völker als Verbündete finden, die wie wir das Bedürfnis haben, sich gegen ein mögliches Erstarken des Deutschen Reiches zu schützen und sich zugleich stark genug fühlen, um einen Konflikt mit ihm zu wagen. Das ist noch nicht alles. Wir werden uns darüber hinaus gegen ein russisch-deutsches Bündnis zu sichern haben, das einstweilen freilich nur eine Möglichkeit darstellt, die man aber vorsichtigerweise als wahrscheinlich betrachten sollte. Das steigert natürlich die Schwierigkeit, Partner zu finden, die bereit sind, dieses doppelte Risiko zu laufen. Das Beispiel des August 1920 beweist uns, daß Polen bei einem Angriff Rußlands, mit einem feindlichen Deutschland im Rücken, nicht die geringste Hilfe bei seinen Nachbarn gefunden hat. Wir mußten ihm zur Hilfe eilen; das ist aber die Art von Bündnis, von der man sich möglichst fernhalten sollte. Denn es würde sich begreiflicherweise genau dasselbe abspielen, wenn Polen eines Tages von Deutschland angegriffen wird, während Rußland sich bereit hält, durch einen Dolchstoß von hinten Nutzen aus seinem Zusammenbruch zu ziehen.

Der Weg Deutschlands ist klar vorgezeichnet. Seine Befreiung und seine Revanche wird ihren Ausgang vom Osten nehmen. Wenn wir nicht entschlossen in dem Augenblick einschreiten, wo es versuchen wird, seine Ostgrenzen wiederherzustellen, wenn wir die verhängnisvolle Zurückhaltung Napoleons III. bei der Schlacht von Königgrätz wiederholen, dann wird ein Jahr, zehn Jahre oder zwanzig Jahre später die Gefahr an unsere eigene Türe klopfen. Aber im Falle eines zweiten Königgrätz müssen wir, insbesondere wenn die von Deutschland gewählte Gelegenheit günstig und die diplomatische Vorbereitung des Gewaltstreiches geschickt ist, darauf gefaßt sein, allein oder fast allein zu stehen und uns vielleicht sogar der Mißbilligung auszusetzen. Diese Isolierung und diese Mißbilligung sind geradezu vorbestimmt durch den Garantiepakt, der dem Vertrag von Versailles angehängt wurde und den übrigens bisher weder England noch die Vereinigten Staaten ratifiziert haben. Diese Garantie ist uns nur für den Fall eines „nicht provozierten Angriffes" und für keinen anderen zugesagt. Das heißt, sie setzt einen unmittelbar gegen Frankreich gerichteten Angriff voraus. Selbst dann würden unsere Garanten, wenigstens wenn die Lage nicht ebenso unzweideutig wie 1914 ist, zunächst eine Umfrage und Parlamentsdebatten veranstalten, ehe sie uns zu Hilfe kommen. Das bedeutet, daß ein durch eine Emser Depesche geschickt manipulierter Angriff uns keinen Anspruch auf diese sehr bedingte Garantie gewähren würde.

Ein indirekter Angriff, dessen Opfer ein uns befreundetes und verbündetes Land wäre (man denke vor allem an das stets gefährdete Polen), eine Annektion, gar wenn sie sich ohne Anwendung von Gewalt vollzöge (wie etwa in Österreich), die in gefährlicher Weise das Gebiet und die Kräfte Deutschlands vermehrte — alle diese Fälle, deren Rück-

wirkungen wir doch zu spüren bekommen werden, wenn wir untätig bleiben, fallen unter die Kategorie derer, in denen wir wegen unserer Intervention als die Angreifer betrachtet werden würden. Es bliebe uns nichts anderes übrig, als kühn Partei zu ergreifen und der Welt zu erklären, daß man den Fehler von 1866 nicht wiederholen dürfe, wenn man ihr ein 1914 ersparen wolle.

Die zukünftigen Schwierigkeiten werden, soweit sie sich bereits jetzt abzeichnen, einen doppelten Charakter haben. Zunächst: sie werden immer größer werden. Die Gefahr wird anfänglich nur sehr geübten Augen und sehr scharfsichtigen Menschen erkennbar sein. Die Massen werden sie nicht empfinden, und die Regierungen werden versucht sein, sie abzuleugnen. Zweitens: diese Schwierigkeiten werden vor allen Dingen auf dem Festland auftreten. Auf den Meeren Europas gibt es für das englische Weltreich keine ernsthafte Konkurrenz zur See mehr. England wird darum geneigt sein, sich an den kommenden Konflikten zu desinteressieren, solange sich kein Zwischenfall ereignet, der die Meerengen und Konstantinopel in Mitleidenschaft zieht.

Man lebt immer noch in dem Glauben, daß das Bündnissystem des Weltkrieges fortdauern werde. Das wäre wünschenswert, aber höchst unnatürlich. Eine Koalition, insbesondere von so umfassender Art, kann die Bedingungen nicht überdauern, die sie geschaffen haben. So viele Völker können nicht die gleichen Gesichtspunkte beibehalten und nur ein Interesse kennen. Das Interesse Frankreichs ist, seine Zahlungen von Deutschland zu erhalten und ihm gegenüber in Sicherheit zu sein. Bündnisse mit Ländern, die nicht in gleichem Maße wie wir Grund haben, die deutsche Frage als das Hauptproblem zu betrachten, Bündnisse, die uns nötigten, auf einen Teil unserer Rechte zu verzichten, wären sehr beschwerlich. Sie würden für uns eine Abhängig-

keit schaffen oder aber sie würden nur unter ständigen Reibungen funktionieren. Das ist noch nicht alles. Wir brauchen Verbündete, die die deutschen Angelegenheiten mit den gleichen Augen wie wir ansehen. Aber wir müssen auch dafür sorgen, daß unsere Bündnisse nicht derart sind, daß sie Deutschland seinerseits Verbündete zuführen. Ohne die hartnäckige Wiederholung zu scheuen, haben wir bereits darauf hingewiesen, daß unsere Option für Polen die Gefahr einer deutsch-russischen Verbindung vergrößert. Diese Gefahr darf nicht anderswo wiederholt werden. Eines Tages kann ein Syndikat der Besiegten und der Unzufriedenen in Erscheinung treten, das ungleich aktiver und ungleich leichter zu bilden wäre als ein Syndikat der Sieger und Nutznießer. Man muß sich daran erinnern, daß der Krieg von 1914 so lange gedauert hat und der Sieg so schwierig, so kostspielig und so spät war, weil die Politik der Entente außerstande war, den gegnerischen Block anders als mit den Waffen zu sprengen. Darum muß man vor allen Dingen vermeiden, diesen Block wiederherzustellen, freilich auch zugleich, uns die Staaten zu entfremden, die mit uns zusammengehalten haben, aber weniger Forderungen an Deutschland als an Ungarn oder Bulgarien haben. Das ist eine sehr unerfreuliche Aufgabe. Daß wir alle diese Staaten auf unserer Seite haben könnten, ist bestimmt ein Trugbild. Noch trügerischer wäre die Hoffnung, daß wir sie alle mit ihren ehemaligen Gegnern versöhnen könnten und daß Frankreich eine väterliche Schutzherrschaft über die Familie der kleinen und mittleren Staaten ausüben könne. Der Ausweg muß für uns in dem Versuche bestehen, gruppenweise Aussöhnungen herbeizuführen, wobei es vor allen Dingen darauf ankäme, einem mitteleuropäischen Block unter der Führung Deutschlands zuvorzukommen und die Linie Berlin—Wien—Buda-

pest—Sofia zu durchschneiden. Unzweifelhaft wäre eine Abspaltung Bulgariens von der gegnerischen Koalition für uns zweckmäßiger gewesen als das Bündnis mit Rumänien; selbst diesem hätte sie mehr Nutzen gebracht. Unter solchen Umständen muß man seine Wahl zu treffen wissen. Ähnlich wäre eine neutrale, möglicherweise sogar feindliche Tschecho-Slowakei einem deutsch-ungarischen mitteleuropäischen System noch vorzuziehen. Eine solche Wahl ist sehr heikel. Man darf sie nicht leicht nehmen. Es ist besser, hierin die Initiative zu ergreifen als die Dinge auf sich zukommen zu lassen. So werden wir, um noch ein Beispiel anzuführen, es niemals erreichen, daß Ungarn sich in gleicher Weise allen drei Ländern nähern wird, denen es Gebiete hat abtreten müssen. Indessen gebietet ihm sein eigenes Interesse, diese drei Nachbarn nicht dauernd im gleichen Mißtrauen und in der gleichen Feindseligkeit gegen sich zu vereinigen; es muß sich also mit dem einen oder mit dem anderen aussöhnen. Wie nun auch die Sympathien und Abneigungen beschaffen sein mögen, die man haben kann, so ist für das nüchterne Urteil klar, daß eine Verständigung der Ungarn, Rumänen und Bulgaren, wenn sie unter unserer Obhut zustande käme, eine wirkliche Sperre bilden würde. Sie würde der Barriere überlegen sein, die durch die Friedensverträge errichtet worden zu sein scheint, weil sie besser zusammengeschlossen wäre und sich in besserer Stellung befände, während die durch die Verträge vorgezeichnete Entente zum mindesten den Fehler hat, weit auseinander zu liegen und einem feindlichen Block wie 1914 die berühmten „inneren Linien" zu überlassen.

*

Wir haben nur einige Seiten des Bündnisproblems beleuchtet. Wir müssen noch eine zusammenfassende Wiederholung versuchen.

Zunächst Deutschland. Wir müssen mit seinem dauernden bösen Willen rechnen, der vermutlich im gleichen Maße anwachsen wird, wie Deutschland sich wiedererhebt und kräftigt. Wir müssen es überwachen, uns vor seinen Listen und seinen offensiven Gegenstößen hüten und zum mindesten bereit sein, es zur Erfüllung seiner wichtigsten Verpflichtungen zu zwingen. Diese Aufgabe wird eine angespannte Aufmerksamkeit und langdauernde Anstrengung erfordern. Unsere Außenpolitik bleibt endgültig durch die deutsche Frage bestimmt. Das mußte der Fall sein, sowie wir die Nachbarn eines geeinten Deutschlands wurden, auf das wir keinen Einfluß ausüben und demgegenüber wir nur von einer Seite und durch eine befristete Besetzung eine Handhabe zur Einwirkung haben, eines Deutschlands endlich — und das ist der unermüdlich wiederholte Kehrreim dieses Buches —, *das zwanzig Millionen Einwohner mehr zählt als wir.*

Die Überwachung Deutschlands, die, wenn nicht unbeschränkte, so doch wenigstens teilweise Durchführung des Vertrages von Versailles, wird fast unsere gesamte Energie und fast alle unsere Kräfte während der kommenden Jahre in Anspruch nehmen. Einem geeinten Deutschland gegenüber ist nicht nur eine wirkliche Verständigung, sondern selbst eine Entspannung ausgeschlossen, solange wir nicht auf unsere elementarsten Forderungen, einschließlich derjenigen unserer Sicherheit, Verzicht leisten. Es ist zwecklos, sich mit dieser Annahme aufzuhalten. Es ist sogar gefährlich, auch nur in Gedanken mit ihr zu spielen. Die französischen Urheber des Versailler Vertrages handelten folgerichtig, als sie, nachdem sie die deutsche Einheit aufrechterhalten hatten, nach einer Garantie gegen die fortdauernde Gefahr suchten und den Fall eines neuen Angriffs ins Auge faßten.

Clemenceau glaubte, wie erwähnt, diese Garantie bei den Vereinigten Staaten und England gefunden zu haben. Um sie zu erhalten, hat er den amerikanischen und englischen Auffassungen bedeutende Zugeständnisse gemacht. Jedenfalls würden wir, mit einem größeren oder geringeren Maß an Schwierigkeiten und Verzögerungen, auf den Beistand der angelsächsischen Mächte rechnen können, wenn wir auf die gleiche Weise und unter den gleichen Bedingungen wie 1914 angegriffen werden würden, wenn also die Geschichte sich selbst wiederholte. Immerhin ist es von diesem Bündnisfall, der für eine offene Gefahr und den schlimmsten Fall vorgesehen ist, recht weit bis zu einem engen und dauernden Bündnis, das im Alltagsleben und bei der unbeschränkten Durchführung des Friedensvertrages eine Rolle spielen würde. Ein solches Bündnis setzt voraus, daß die Vereinigten Staaten und Großbritannien auch weiterhin über Deutschland ebenso dächten wie wir und die deutsche Frage als das Hauptproblem betrachteten; dazu dürften sie aber keine anderen Interessen und Sorgen haben als Frankreich, das vor allem eine kontinentale und europäische Macht ist.

Amerika hat nicht lange gebraucht, bis es zur rein amerikanischen Politik zurückgekehrt ist, aus der es nur durch eine am eigenen Leibe fühlbare Bedrohung herausgerissen werden konnte. Im günstigsten Fall werden die Vereinigten Staaten, wenn sie den Wilsonismus überwunden haben, uns in unsern Bewegungen freie Hand lassen und uns ihre moralische Billigung erteilen, sobald wir eine Politik der Erhaltung und der Ordnung treiben. Wenn sie mit den Ideen des Präsidenten Wilson brechen, so deshalb, weil ihnen die Société des Nations die Furcht einflößt, in die europäischen Verwicklungen hineingezogen zu werden. Es wäre darum unvorsichtig, von ihrer Seite eine tätige Hilfe zu erwarten.

Englands Politik ist die des britischen Weltreiches. Die Erleichterungen, die ihm der Friedensvertrag für die ungemessene Erweiterung seines imperialistischen Programms gewährt hat, haben seine Neigung sogar erhöht, die europäischen Angelegenheiten nur im Zusammenhang der ganzen Weltlage zu betrachten. Wir müssen alles der Regelung unseres Verhältnisses mit Deutschland unterordnen. Für England ist dieses Kapitel abgeschlossen. Seine Sorgen liegen anderswo. Man würde England falsch einschätzen, wenn man von ihm verlangen wollte, die Probleme in der gleichen Rangordnung wie wir zu sehen. Es besteht kein französisch-englisches Bündnis. Es besteht nicht mehr, seitdem die Verpflichtungen des Londoner Vertrages vom September 1914 durch den gemeinsam errungenen Sieg erfüllt worden sind und der Vertrag von Versailles unterzeichnet wurde. Höchstens besteht die Solidarität, die der Vertrag zwischen den Unterzeichnern geschaffen hat, die seine Respektierung fordern müssen — was freilich nicht heißen will, daß sie ihn immer in der gleichen Weise auslegen. Alle Bemühungen, England in eine positive und endgültige Abmachung einzubeziehen, sind bislang gescheitert. Die englische Regierung hat den Vorschlag, einem französisch-belgischen Bündnis beizutreten, höflich abgelehnt. Sie erntete bei einem erheblichen Teil der englischen Presse Lob dafür, einen solchen Vorschlag gebührend (very properly) zurückgewiesen zu haben. Alles, was sie tun zu können glaubte, war das Angebot einer fünfjährigen Garantie für Belgien, also gewissermaßen eine Rückkehr zum System der belgischen Neutralität für eine sehr beschränkte Frist. Wie sollte uns das überraschen? Noch am Vorabend des Krieges von 1914 widerstrebte den Engländern ein regelrechtes Bündnis. Wir sind niemals über eine freundschaftliche Verständigung, eine „Entente cordiale", hinausgekommen. Nachdem Deutsch-

land geschlagen ist, strebt England von neuem danach, sich von den Angelegenheiten des Kontinentes zu entlasten, sie nur aus der Ferne zu überwachen und zu kontrollieren, ohne sich ernstlich in sie einzumischen. Man geht vielleicht zu weit, wenn man von einer Rückkehr zur „splendid isolation" spräche. England weist nicht das Prinzip der Bündnisse an und für sich zurück, sondern nur die Festlandsbündnisse. Alle seine Sorgen gelten dem Meer. Der Völkerbundspakt gibt ihm einen guten Vorwand, um sich Bündnisgesuchen zu entziehen. Trotz des Paktes indessen zögert es nicht, besondere Vereinbarungen einzugehen, sowie es sich um See- und Kolonialinteressen handelt. Mit Portugal und Japan hat es bereits seine traditionell gewordenen Verträge erneuert. Griechenland ist der Beobachter, den es in das östliche Mittelmeer vorgeschoben hat. Darum können wir uns auch am ehesten in See- und Kolonialfragen mit den Engländern verständigen. Allerdings unter einer Voraussetzung: wir müssen unsere Stellung und unsern Anteil im Orient behalten, so daß wir dort stark sind und nicht als die armen Verwandten erscheinen. Wir dürfen uns dort weder verdrängen noch zu kostspieligen Verpflichtungen verleiten lassen. Noch weniger dürfen wir uns jetzt, wo uns alles gebietet, unsere Kräfte zu konzentrieren, durch das Zusammengehen mit England dazu bringen lassen, uns zu verzetteln, überall die Wache zu beziehen und in entlegenen Gebieten Krieg zu führen, wo vor den großen Zerstörungen niemals ein französischer Soldat erschien und erscheinen mußte. Frankreich muß mit großen Kosten eine mächtige Armee unterhalten, weil es in bezug auf Deutschland nicht die erforderliche Sicherheit besitzt. Frankreich besitzt als einziges unter den Ländern der Entente eine wirkliche militärische Organisation, die niemals als Luxus angesehen werden kann. Für diejenigen, die uns nur allzu gerne

die schwere Last der allgemeinen Wehrpflicht überließen, liegt die Versuchung nahe, daraus Nutzen zu ziehen und uns die undankbarsten Frondienste aufzuerlegen; man möchte uns das Amt übertragen, die Schläge entgegenzunehmen und die Rachegefühle zu ernten, und das für Sachen, die mit den unsrigen nur in ganz loser Beziehung stehen. Als Büttel im Dienste anderer haben wir uns dann gegen den Vorwurf des Imperialismus und des Militarismus seitens einer unerträglichen Heuchelei zu verteidigen. Das kann nicht so bleiben. Unsere Armee ist ein nationales Kapital, das wir nicht vergeuden dürfen und das wir, wenn wir es herleihen, nur zu den höchsten Zinsen verleihen dürfen, das heißt nur für unsere eigenen Interessen.

England hat selbst zahlreiche Sorgen und zahlreiche Aufgaben, aber es besitzt keine Armee. Es hat die allgemeine Wehrpflicht aufgehoben, die es nur als zeitweilige Maßnahme während des Krieges zögernd eingeführt hat und die seinen Gewohnheiten widerstrebt. Deutschland und Rußland gegenüber schaltet es jede energische Lösung aus, weist sie zurück oder verschiebt sie auf später. In Kleinasien läßt es gerne Frankreich oder, wenn sich dieses versagt, Griechenland für sich fechten. England hat eben nicht genug Truppen für seinen eigenen Bedarf, für Ägypten, für Indien, für Mesopotamien, für Irland. Wenn die englische Regierung Deutschland und Sowjetrußland gegenüber Schonung und Aussöhnung empfiehlt, ja verlangt, so liegt der Grund nur hierin. Ende Juli 1920 wurde dem englischen Parlament ein Bericht des Marschalls Sir Henry Wilson übergeben, dessen Schlußfolgerungen einleuchtend sind:

Wir müssen aus der Geschichte unseres Feldzuges in Nordrußland eine harte Lehre ziehen. Er beginnt mit der Ausschiffung von 150 Mann

Marineinfanterie im April 1918; ihnen folgten Ende Mai 368 Mann und am 23. Juni 600 Mann Infanterie und Maschinengewehrschützen. Von diesem Tage an folgten sich die Bitten um Verstärkung ununterbrochen, und unsere Verpflichtungen wuchsen im gleichen Maßstabe, ohne daß wir ihnen eine Grenze setzen konnten. Ich glaube, daß das britische Kontingent die Zahl von 18 400 Mann erreichte.

Der mesopotamische Feldzug begann gleichfalls mit der Entsendung zweier Brigaden und nahm schließlich beinahe 900 000 Mann in Anspruch. Aus den 6 Divisionen, mit denen wir in Frankreich und Belgien in den Krieg eintraten, wurden 63, ehe wir den Sieg erlangt hatten. Die Schlußfolgerung ist leicht zu ziehen: wenn ein militärisches Kontingent in Operationen verwickelt ist, so ist es ihm bekanntlich unmöglich, die Ausdehnung seiner Erfordernisse zu begrenzen. Bei dem chaotischen Zustand, in dem sich heute die Welt befindet, wäre es nicht richtig, diesen Grundsatz aus dem Auge zu verlieren, denn wir müssen Bitten um Truppenentsendungen, und wäre es auch nur in Stärke einer oder zweier Kompanien, aus allen Winkeln der Welt erwarten, und mitunter wird es schwierig sein, ihnen nicht zu entsprechen. Wir müssen es heute energisch ablehnen, irgendeiner Bitte dieser Art nachzukommen, die nicht von einem Gliede des britischen Weltreiches ausgesprochen wird, es sei denn, daß eine aufmerksame Prüfung ergibt, daß gegebenenfalls ein solches Ersuchen unseren Verpflichtungen entspricht.

Damit erkennt die höchste militärische Autorität des vereinigten Königreichs das Chaos Europas und die Bedrängnis des englischen Weltreiches an. Die Streitkräfte des englischen Weltreiches sind durch allzu weitläufige und allzu dringliche Bedürfnisse in Anspruch genommen, als daß ihm etwas übrigbliebe, um auf dem europäischen Festland zu figurieren. Außerdem könnte es hier nur figurieren und nicht handeln: Marschall Wilson weiß sehr wohl, daß es von Übel ist, „eine oder zwei Kompanien" in alle Weltgegenden gleichzeitig zu entsenden. Er erinnert sich sehr wohl daran, daß er uns gebeten hat, in den Ländern, in denen Volksabstimmungen stattfinden, die englischen Soldaten durch die unsrigen abzulösen. Er scheut die Expeditionen, die mit einigen Korporalschaften beginnen und mit Armeekorps aufhören. Im Grunde stellt er fest, wenn auch nur zwischen

den Zeilen seines Berichtes, daß England aus den kontinentalen Fragen infolge des Übermaßes seiner eigenen Lasten ausscheiden muß, auch wenn es keine anderen Gründe hätte, sich zu desinteressieren. Das britische Weltreich hat wirkliche Sorgen, die der Preis für sein ungemessenes Wachstum sind. Es leidet, vielleicht ohne sich darüber Rechenschaft zu geben, ebenfalls darunter, das haben bestehen zu lassen, was hätte zerstört werden müssen, und das zerstört zu haben, was besser erhalten geblieben wäre. Die Bedrängnisse, unter denen England leidet, erschweren seine Politik außerordentlich. Sie belasten sie gleichsam mit einer Hypothek. In einem gewissen Umfange vermindern sie den Wert seines Bündnisses. Wenn England Geschwader hat, die wir nicht besitzen, so haben wir eine Armee, die es ebensowenig besitzt. Dieser Vergleich stellt die Ebenbürtigkeit wieder her. Damit gewinnen wir aber auch freie Hand.

Ein Soldat wie Marschall Wilson verschließt die Augen nicht vor der Tatsache, daß Europa ein Chaos ist. Das Chaos bedeutet den Mangel an Stabilität und infolgedessen die Bewegung. Die Aussichten wachsen, daß das Gesicht, das der Vertrag von Versailles Europa gegeben zu haben glaubte, nur vorläufig Bestand hat. Die Ereignisse selbst werden uns ohne Zweifel zwingen, ein unvollkommenes und schlecht ausgewogenes Werk neu zu beginnen. Sollte dann Frankreich, das allein die Mittel hat, auf dem Kontinent zum Handeln zu kommen, seine äußere Politik der Englands unterordnen, das nach seinem eigenen Eingeständnis diese Mittel nicht besitzt und sich infolgedessen jedesmal zur Untätigkeit entschließt?

Frankreich verfügt nicht nur — wie lange freilich noch? — über die Mittel zum Handeln. Es besitzt auch Erfahrung in den europäischen Fragen. Es besitzt Ideen und wirksame Lösungen. Warum wird es nicht vor allen anderen befragt?

Warum sind es nicht seine Gesichtspunkte, die vorwiegen? Und warum handelt es nicht entsprechend seiner Unabhängigkeit, wenn es nötig ist? Mit richtigem Instinkt hat Marschall Wilson vorhergesehen, daß die Erschütterung, zu der in Polen bereits das Zeichen gegeben wurde, ihre Folgen haben würde. Viele Dinge müssen neu begonnen werden, wenn man nicht will, daß sie von selbst neu beginnen. Da der Vertrag von Versailles nicht zum Ende geführt hat, „muß man zu Ende führen, was man begonnen hat", wie ehemals eine Kaiserin gesagt hat. Dazu braucht man das, was den Urhebern des Friedensvertrags gefehlt hat: Methoden und leitende Ideen. Die kommenden Stürme werden beweisen, daß alles unvollendet bleibt, solange Deutschland die politische Macht behält, die jede andere Macht hervorbringt und die ihm früher oder später trotz aller Verbote seine militärische Macht wiedergeben wird. Indessen wird Deutschland selbst inmitten dieser europäischen Stürme zweifellos auch Erschütterungen und Krisen erleiden. Hierbei könnte die französische Politik, ohne durch Fesseln behindert zu sein, die Ereignisse unterstützen und lenken. Seine Doktrin (und ohne eine Doktrin kann man keine Politik machen) ist auf die Erfahrung gegründet und besagt, daß es in Europa keine Ruhe und keine Sicherheit gibt, wenn Deutschland stark bleibt, und daß niemand es hindern wird, stark zu werden, wenn es geeinigt und zentralisiert ist. Das gibt die größte Zeitung der Finanzkreise, der Liberalen und der Anhänger des deutschen Einheitsstaates, die „Frankfurter Zeitung", zu, wenn sie von den föderalistischen Plänen des Dr. Heim, des Führers der bayrischen Volkspartei, sagt: „Ein föderatives Deutschland nach dem Rezept Heims würde ohne Zweifel in Frankreich Beifall finden, weil es ein ohnmächtiges Deutschland wäre." Das ist vortrefflich gesagt. Wir dürfen uns nur aus dieser Sache nicht ausschalten lassen. Und wir

haben das, was dazu erforderlich ist, die Mittel und die Ideen, um Freunde und Feinde im Verfolg der nächsten Ereignisse zu diesem entscheidenden Gesichtspunkt hinzuführen.

*

Wer werden diese Verbündeten sein? Wie werden wir sie finden? Es ist nicht unsere Meinung, daß man um Bündnisse betteln muß. Man erlangt sie durch die Kraft und das Ansehen, das man besitzt, durch die Dienste, die man leisten kann. Man erlangt sie ferner durch die Übereinstimmung der Interessen. Die ehrgeizigsten Systeme sind nicht die beständigsten. Pedetemptim, Schritt für Schritt, das ist der Wahlspruch der Starken und Klugen. Zweig um Zweig werden wir das Rutenbündel sammeln.

Seit der Unterzeichnung des Vertrags von Versailles, oder man kann sogar sagen seit dem Waffenstillstand, ist die Gemeinsamkeit der Kriegszeiten nicht wiederhergestellt worden, außer für einige Stunden durch die Herausforderungen und Ungeschicklichkeiten Deutschlands. Das ist nicht erstaunlich, wenn man die Geschichte des einheitlichen Oberbefehls kennt und weiß, welcher Gefahr es bedurft hat, daß am 23. März 1918 der Oberbefehl dem Marschall Foch übergeben wurde. Die heutige Gemeinsamkeit hat nur gelegentlichen Charakter. Sie ist von kurzer Dauer. Wenn der Zwischenfall vorüber ist, der sie hat entstehen lassen, kehrt jeder zu seinen eigenen Angelegenheiten und zu seinen eigenen Gedanken zurück. Die Erinnerungen an den Krieg verblassen und finden ihren Platz in den Geschichtsmuseen. Nur Frankreich und Belgien bleiben, das Gesicht zum Rhein, dauernd zusammengehalten durch dieselbe Sorge um ihre Sicherheit und den gleichen Selbsterhaltungstrieb. Das französisch-belgische Bündnis ist der feste Ausgangspunkt, um den sich andere Bündnisse kristallisieren müssen. Um es

zu knüpfen, bedurfte es indessen langer Monate und der Zwischenstufe einer Militärkonvention. Dieses Bündnis ist auch nicht von selber zustande gekommen; zu seinem Entstehen bedurfte es vielmehr auf beiden Seiten Männer, die die Initiative ergriffen. Es ist einen Augenblick wegen der Luxemburger Frage ins Stocken geraten, als ob diese Frage nicht durch das Bündnis gelöst werden müßte, anstatt daß das Bündnis von ihr abhängig gemacht wurde. Man verlor Zeit damit, eine englisch-französisch-belgische Verbindung zu finden, die England nicht wünschte, als ob es nicht die beste Methode gewesen wäre, die englische Regierung zu interessieren, indem man ihr die vollzogene Tatsache vorgelegt hätte. Schließlich gab es in Belgien selbst Widerstände, die im Parteienkampf wurzelten. All das wird sich anderswo wiederholen können und beweist, daß selbst in den einfachsten, klarsten Fällen, zwischen zwei Völkern, die die gleiche Invasion erlitten haben, deren Erinnerung noch frisch im Gedächtnis haftet, die Verständigung und Zusammenarbeit immer noch Hindernissen begegnet. Man findet am leichtesten Bündnisse gegen jemand oder gegen etwas. Das Bündnis mit Belgien ist auf die Gleichheit der Interessen und Anschauungen gegenüber der deutschen Gefahr gegründet. Andere gemeinsame Gefahren werden uns andere Verbündete zuführen. Diese Gefahren sind nicht nur politischer und militärischer Art. Es gibt auch Gefahren, denen die Gesellschaft ausgesetzt ist. Es kann keinem Zweifel unterliegen, daß sich Frankreich in Europa an die Spitze des Widerstandes gegen sie gestellt hat. Es ist zum eigentlichen Land der Ordnung geworden, der Gegenpol des Bolschewismus und der Anarchie. Seit langem, vor allen Dingen aber seit dem Kampf um Warschau, haben wir aufgehört, Revolutionen feilzuhalten. Wir üben keine Anziehungskraft mehr auf Menschen der „Linken" aus, und die Konservativen aller Welt

richten ihre Augen auf uns. Was ist unsere Revolution von 1789 neben der von Moskau? Die fortschrittlichen Ideen von heute sind die sozialistischen Ideen, die Frankreich um keinen Preis will und die es nicht einmal wollen kann. Sein Charakter, seine Geschichte, sein sozialer Aufbau, kurz alles, verbietet sie ihm. Infolgedessen können wir nur auf dem Wege fortschreiten, auf den uns die Macht der Tatsachen gedrängt hat, wie sie die Menschen ohne ihr Wissen auf diesen Weg brachte, ohne daß sie ahnten, daß sie für den Dienst an einer Reaktion geboren seien. Seitdem zwei alte monarchische Regierungen gestürzt worden sind und an ihre Stelle die Unordnung, das Chaos und eine düstere Verneinung traten — seit diesem Rückfall, dessen Heftigkeit und Schnelligkeit unvergleichlich ist, hat sich die intellektuelle, moralische und politische Stellung des französischen Volkes vollständig gewandelt. Allein durch die Tatsache, daß es blieb, was es war, daß es fortfuhr, in denselben Formen zu leben, ist Frankreich gegenrevolutionär geworden. Es ist von selbst auf dem Wege weitergeschritten, auf den es gewiesen worden war. Es gibt sich nicht immer Rechenschaft darüber, aber einer der schönsten Verse unserer Sprache sagt: „Selten wagt ein Geist das zu sein, was er ist." Werden wir wagen, zu sein, was wir sind? Seitdem Frankreich instinktmäßig seine Abneigung gegen den revolutionären Geist kundgetan hat, wie er im zwanzigsten Jahrhundert unter glattweg asiatischen Formen in Erscheinung getreten ist, ist es eine Banalität, zu sagen: Frankreich ist für die ganze Welt zum Lande der Gegenrevolution geworden. Das springt derartig in die Augen und ist so sicher, daß uns das reaktionäre Etikett überall angehängt wird. Im gegenwärtigen Zustand der Welt sollten wir es ruhig beibehalten. Es wird uns zahlreiche Sympathien einbringen, denn niemand trägt es in solchem Glanz und mit solchem Ansehen. Unser moralischer Ruf hat

sich dadurch erneuert. Außerdem gibt es ein wachsendes Bedürfnis nach Ordnung, das kein anderes Land ebenso befriedigen kann. Uns fällt hier eine wichtige Rolle zu. Es ist zugleich die einzige Rolle, die wir übernehmen können. Wenn wir in den alten, aus Zugeständnissen an die revolutionären Ideen zusammengebackenen Radikalismus zurückverfallen, verlieren wir jede Existenzberechtigung. Wir liefen Gefahr, uns ohne Ruhm und ohne Nutzen zwischen die Reaktion und die Revolution zu setzen. Wir überließen den anderen die Nutznießung der Reaktion. Die Liebhaber der Revolution aber werden in Zukunft bestimmt nicht mehr ihre Vorbilder in Frankreich, sondern in der Moskauer Schule suchen. Sehr allmählich, im Laufe eines halben Jahrhunderts, hat die dritte Republik die Entwicklung durchgemacht, die die zweite in einigen Monaten durchlaufen hatte. Nichts ähnelt der Republik von 1848 so wenig wie die Republik von 1849. Der gleiche Unterschied besteht zwischen der Republik, wie wir sie 1920 sehen, und der, die wir vor 1914 und sogar noch während des Krieges gekannt haben. In weitem Umfange hat heute wie vor 72 Jahren der Gegensatz zwischen der vertrauten und natürlichen Festigkeit der französischen Nation und den anarchischen Zuckungen in anderen Teilen Europas das Land und seine Regierung in konservativem Sinne umgestimmt und eine konservative Politik im Innern und nach außen hervorgerufen. Wir wollen auch dies zu den Lehren des Krieges rechnen, daß nach dem katastrophalen russischen Experiment die revolutionären Ideen veraltet sind, daß sie die verführerische Anziehung und die Macht verloren haben, die sie 1849 besaßen. Millerand erscheint mit mehr Glück und in einer ungleich günstigeren Atmosphäre wie der weise Bastide[1] dieser

[1] Jules Bastide, 1848 einer der Leiter der Februarrevolution; 18. Mai bis 20. Dezember 1848 Minister des Auswärtigen.

republikanischen Epoche, den seine Feinde das „Löschhorn" nannten, weil er überall in Europa das Feuer der Revolution hemmte. Die Umstände sind weit günstiger als damals, um eine umfassende, zugleich nationale und gegenrevolutionäre Politik durchzuführen, dank deren Frankreich seine Kraft wiederkehren und sein Ansehen wachsen sehen wird. Es gibt keinen andern Ausweg aus den unzähligen Schwierigkeiten, die uns der Friedensvertrag hinterlassen hat. Wir wünschen der dritten Republik auf ihrem neuen Weg, auf den sie die Ereignisse gewiesen haben, daß sie nicht schließlich an einer Sinnwidrigkeit scheitert, wie es der zweiten widerfahren ist.

Inhalt

Seite

Einleitung von Prof. Dr. Friedrich Grimm 7

Geleitwort von Pierre Gaxotte 21

Vorwort 23

1. Kapitel: Gewalt der Tatsachen oder Schuld der Menschen? 25

2. Kapitel: Das Wesen des Friedensvertrages 37

3. Kapitel: Die Rettung der deutschen Einheit 61

4. 60 Millionen Deutsche als Schuldner von 40 Millionen Franzosen 83

5. Kapitel: Die ewige Unwissenheit 101

6. Kapitel: Spiel mit 32 Karten 107

7. Kapitel: Der Alarm von 1920 und die Zukunft der Slawen 124

Anhang zum 7. Kapitel: Deutschland und Polen .. 145

8. Kapitel: Die adriatische Verwicklung 149

9. Kapitel: Hypothesen und Wahrscheinlichkeiten ... 160

10. Kapitel: Die Stellung Frankreichs 180

Im gleichen Verlag erschienen:

JACQUES BAINVILLE

Geschichte zweier Völker

Frankreichs Kampf gegen die deutsche Einheit. Mit einer Einleitung von Professor Friedrich Grimm. 30. Tausend. 195 S. In Leinen RM. 3,80, kart. RM. 2,80 / Dieses Buch bietet in seiner Grundeinstellung den Schlüssel zur deutsch-französischen Frage. Schonungsloser ist es noch nicht ausgesprochen worden, daß das Grundprinzip der französischen Politik kein anderes sein kann, als die deutsche Einheit zu verhindern oder, wo sie besteht, zu schwächen und zu zerstören. (Rhein. Landeszeitung)

Zu einer geschichtlich vertieften Betrachtung des deutsch-französischen Verhältnisses sind auch folgende Bücher sehr nützlich:

Frankreich und der Korridor. Von Friedrich Grimm. 122 Seiten. Kartoniert RM. 2,40

Frankreich an der Saar. Der Kampf um die Saar im Lichte der historischen französischen Rheinpolitik. Von Friedrich Grimm. Mit 6 Abb. 136 Seiten. Kart. RM. 2,—, Leinen RM. 3,50

Nationalismus und Demokratie im Frankreich der dritten Republik 1871 bis 1918. Von Walter Frank. 3. Aufl. Mit 7 Abb. 656 Seiten. Broschiert RM. 10,50, Leinen RM. 12,50

Erfüllung und Befreiung. Der Kampf um die Durchführung des Tilsiter Friedens 1807/08. Von Hans Haußherr. 272 Seiten. Kartoniert RM. 10,80, Leinen RM. 11,80

Deutsche gegen Deutschland. Geschichte des Rheinbundes. Von Wilhelm Koppen. 246 S. Kart. RM. 5,50, Leinen RM. 6,50

Österreichs Weg ins Reich 1917–1938. Von Hans-Heinrich Welchert. 264 Seiten. Kart. RM. 3,80, Ln. RM. 4,80

Volk ohne Führung. Das Ende des zweiten Reiches. Von Wilhelm Ziegler. 15. Tsd. 310 S. Kart. RM. 4,80, Ln. RM. 5,80

Versailles. Die Geschichte eines mißglückten Friedens. Von Wilhelm Ziegler. 20. Tsd. 272 S. Kart. RM. 4,30, Leinen RM. 5,50

BAINVILLE
Frankreichs Kriegsziele